Nr. 184. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Generalstreik in Schweden.

(Originalbericht des „Vorwärts".)

Stockholm, den 6. August.

Bei herrlichem Sonnenschein fand heute mittag auf Lilljans die erste allgemeine Generalstreikversammlung statt. Schon von 10 Uhr an sah man die Massen der Arbeiter Stockholms hinausströmen nach ihrem alten, historischen Demonstrationsplatz, einem hügeligen Waldterrain im Norden vor der Stadt. Nach mäßiger Schätzung waren hier um die Mittagszeit 40 000 Menschen versammelt. Die Landschaft ist wie geschaffen für Massenversammlungen. In der Mitte die Rednertribüne mit der roten, weithin leuchtenden Fahne daneben, ringsherum und auf den Hügeln und Felsen die ungeheure Masse der Männer und Frauen. Alles geht eigenartig und für Leute, die das schwedische Volk nicht kennen, auffallend ruhig vor sich. Mit Musik und Gesang wird die Versammlung eingeleitet. Bald darauf erhält der Vertreter der Landesorganisation Tholin das Wort und schildert in klaren Worten die Entwickelung des großen sozialen Kampfes, der die gesamte Arbeiterschaft Stockholms hier zusammengeführt hat, der überall in Schweden in Massenversammlungen besprochen wird. Er schildert Tatsachen, läßt sie ihre beredte Sprache sprechen, zeigt, wie die Dinge jetzt stehen, wie es nun hier in Schweden so auffallend zutage tritt, daß die Gesellschaft in zwei Parteien, zwei Klassen geteilt ist. Er mahnt zu besonnenem, ruhigem Ausharren in diesem Riesenkampfe. Alles lauscht und alle hören und verstehen offenbar, was gesagt wird. Man merkt es an ihren Beifallsäußerungen, daß die Masse begriffen hat, um was es sich handelt. Das Streikkomitee schlägt eine Resolution vor. Um den Generalstreik noch wirkungsvoller zu gestalten, sollen die Typographen und die Eisenbahner ersucht werden, die Arbeit ebenfalls einzustellen. Es wird gefragt, wer dagegen ist. Keiner. Wer dafür ist, soll mit Ja antworten. Und ringsherum aus aller Munde schallt das kräftige Ja, das dem Willen der Masse Ausdruck gibt. Mit Musik und Gesang schließt die Massenversammlung. Polizei oder gar Militär war nirgends auf dem Versammlungsterrain vertreten. Es wäre auch höchst überflüssig gewesen. Machte es doch nicht einmal den durch rote Schleifen und Karten kenntlichen Ordnungsmännern der Arbeiterschaft auch nur die geringste Mühe, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Alles ordnet sich von selbst. So ruhig, wie sich die Massen versammelten, so ruhig ziehen sie von dannen. Ein Demonstrationszug ist für heute nicht beabsichtigt. Aber alle Welt weiß natürlich, daß die Massen, die nun die Straßen füllen, die streikenden Arbeiter Stockholms sind. Als man von Lilljans herunterkommt, stehen am Eingang zur Stadt zwei Polizisten zu Pferde und zwei zu Fuß. Sie haben natürlich nichts zu tun. Zur Mittagszeit schwebte ein Militärballon über der Stadt. Man wollte offenbar von dort oben aus den „Landesfeind" beobachten. Was man entdeckte, hätte man selbstverständlich auch ohne Ballon gewahr werden können.

•

Unser nach Schweden entsandter Mitarbeiter schreibt uns:

Stockholm, den 8. August.

Der vierte Generalstreiktag ist ebenso ruhig verlaufen, wie die drei ersten Tage. Keinerlei Straßenunruhen, keinerlei Störung der öffentlichen Ordnung, außer der großen Stockung in Industrie, Handel und Verkehr, die allerdings einen noch immer größeren Umfang annimmt, nicht allein dadurch, daß die Folgen der allgemeinen Arbeitsniederlegung immer stärker hervortreten, sondern auch dadurch, daß die Arbeitsniederlegung selbst sich immer mehr ausdehnt. Wie ein Land im Kriege nicht die gesamte Heeresmacht mit einem Schlage ins Feuer schickt, sondern erst die am leichtesten zu mobilisierenden Truppen, dann die Reserven und schließlich den Landsturm, so handelt auch in diesem gewaltigen wirtschaftlichen Kampfe nach wohlerwogenen Gründen die schwedische Arbeiterschaft. Die Massen, die am 4. August in den Kampf zogen, sie waren gleichsam das große stehende Heer der Arbeiterschaft. Nun folgen die Reserven, vor allem die Buch- und Zeitungsdrucker, -Arbeiter und -Arbeiterinnen. Nicht ohne zwingende Gründe wollte man diese Truppen mobilisieren, zumal das nicht ohne Bruch des bestehenden Tarifvertrages möglich war. Ein Gesuch des schwedischen Typographenverbandes an die Allgemeine schwedische Buchdruckervereinigung, den Verband für die Zeit des Generalstreiks von dem Vertrag zu entbinden, wurde abgelehnt. Aber Not bricht Eisen und bricht auch Verträge. Wie im Kriege die zwischen Staatsmächten feierlichst geschlossenen Verträge hinfällig werden, so ist es auch in diesem wirtschaftlichen Riesenkampfe. Und das schwedische Unternehmertum hat am wenigsten Grund, großes Geschrei darüber zu erheben, denn es hat selbst zuvor unter weniger zwingenden Umständen Vertragsbruch geübt. Die vom Vorstand des Typographenverbandes ausgegebene Parole zur allgemeinen Arbeitsniederlegung am Montagabend wird ohne Zweifel im ganzen Lande befolgt werden. Von diesem Zeitpunkt ab ist die Presse lahmgelegt. Auch die sozialdemokratischen Zeitungen werden nicht mehr erscheinen, solange der Generalstreik dauert. Das Unternehmertum kann also nicht mehr den Vorwurf erheben, daß man alle bürgerlichen Zeitungen ausschalten wolle, um die Oeffentlichkeit nur durch die sozialistische „Hetzpresse" zu beeinflussen. Um aber die Oeffentlichkeit über den weiteren Verlauf des Generalstreiks zu unterrichten, wird mit Zustimmung des Typographenverbandes das Landessekretariat der Gewerkschaften tägliche Mitteilungen herausgeben. Uebrigens wird ja auch das Unternehmertum mit Hilfe von Buchdruckereiprinzipalen und dergleichen Leuten in der Lage sein, hier und da ein kleines Blättchen drucken zu lassen, und im übrigen versuchen, durch Masseneinfuhr von Zeitungen aus Dänemark oder Norwegen die Oeffentlichkeit zu beeinflussen. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken" teilt mit, daß sie bereits drei Automobile angeschafft hat, die Schweden tagtäglich nach allen Richtungen durcheilen sollen, um das Blatt hier überall in so großen Massen wie nur möglich zu verbreiten. Aber alle dergleichen Aushilfsmittel werden selbstverständlich die Wirkung des Zeitungsstreiks nicht abschwächen können. Daß die Typographen der Parole ihrer Verbandsleitung allgemein folgen werden, daran ist nicht zu zweifeln. Sie haben den Wahlrechtsstreik von 1902 mitgemacht und werden diesmal wie die gesamte Arbeiterschaft mit um so größerer Stärke in den Kampf ziehen, als der jetzige Generalstreik nun schon ungefähr viermal soviel Arbeiter umfaßt, als der politische jenes Jahres.

Nach den Typographen werden die Landarbeiter das nächste Aufgebot im Generalstreik bilden. Der Vollziehungsausschuß ihres Verbandes hat bereits den Tag der Arbeitsniederlegung festgesetzt, hält aber vorläufig noch mit der Veröffentlichung zurück. Wie es in der Industrie der Fall ist, so wird es auch in der Landwirtschaft sein, daß nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern auch die unorganisierten massenhaft mit in den Kampf ziehen.

Die Eisenbahner werden den Landsturm des großen Heeres der Arbeiterschaft bilden. Sie stehen kampfbereit und warten der Parole. Zu einem großen Teil ist der Eisenbahnverkehr schon jetzt infolge des Generalstreiks ohne weiteres lahmgelegt. Tag für Tag wächst die Anzahl der Züge, die eingestellt werden müssen, weil es an den Gütern fehlt, die sie expedieren sollten. Aller Geschäftsverkehr stockt ja.

Die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen wirtschaftlichen Kriegszustandes wie die immer mehr anwachsenden Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft drängte selbstverständlich die Regierung, auf Mittel zu sinnen, dem Kampfe sobald als möglich ein Ende zu machen. Aber trotz der gesetzlichen Regelung der Vermittelung in wirtschaftlichen Kämpfen scheint es diesmal ungeheuer schwer zu sein, die beiden großen Parteien einander nahe zu bringen. Man fürchtet in der jetzigen Phase des Kampfes denselben Mißerfolg, den die Vergleichsbeamten bei den Vorgefechten, den Aussperrungen, erlitten haben. Nun hat man gestern zunächst die oberste Spitze des Staates, den König selbst, vorgeschickt. Er hat den Genossen Lindquist, den Vorsitzenden der Landesorganisation der Gewerkschaften, zu sich gerufen, hat mit ihm eine dreiviertelstündige Unterredung gepflogen und ebenfalls den Herrn v. Sydow, den Vorsitzenden der schwedischen Arbeitgebervereinigung, kommen lassen, um sich von beiden Seiten über die Lage des Kampfes zu informieren. Eine größere Bedeutung darf man natürlich dieser Unterredung nicht beimessen. Der König hat ja keinerlei Macht, die Parteien zur Einigung zu zwingen. So ist denn nach wie vor damit zu rechnen, daß der Riesenkampf fortdauert.

•

Die Arbeitseinstellung zieht von Tag zu Tag immer weitere Kreise. Bis auf die Eisenbahner streiken nunmehr fast sämtliche Verkehrsarbeiterbranchen im ganzen Lande. Der Dampferverkehr ist zwar nicht völlig lahmgelegt; da aber die Hafenarbeiter nicht völlig arbeiten, kann an eine dauernde Aufrechterhaltung der Schiffahrt nicht gedacht werden.

Außer den Gasarbeitern in Stockholm haben die Arbeiter der Gaswerke in Landskrona die Arbeit eingestellt. In Stockholm stellten die Eisfahrer die Arbeit ein, was bei der jetzigen Hitze ziemlich wirksam sein dürfte. Krankenhäusern und Apotheken soll indes die Eislieferung nicht entzogen werden. Die Arbeiter der Stockholmer Wasserwerke haben der Aufforderung des Generalstreikkomitees entsprechend beschlossen, die Arbeit fortzusetzen; die Militärüberwachung ist hier zurückgezogen worden, sonst wäre schließlich der Beschluß, trotz der Wünsche der Streikleitung, anders ausgefallen.

Das Landessekretariat der Gewerkschaften fordert die Streikkomitees und die Leitungen der örtlichen Parteiorganisationen auf, die Zahl der in den einzelnen Orten am Ausstande Teilnehmenden statistisch festzustellen. Die Feststellung soll am heutigen Tage vorgenommen werden, wobei Männer und Frauen, Organisierte und Unorganisierte besonders gezählt werden. —

Von großer Bedeutung kann auch der Beschluß des Landarbeiterverbandes, sich an dem Ausstande zu beteiligen, werden. Der Verband ist zwar noch sehr jung, aber er hat in den südlichen Teilen Schwedens seit mehreren Jahren festen Fuß gefaßt und wird hier die von ihm noch auszugebende Parole auf Einstellung der Arbeit zweifellos befolgt werden. —

Die Unterstützungsaktion der Arbeiter im Auslande für ihre kämpfenden schwedischen Brüder setzt bereits mit aller Wucht ein. Der dänische Schmiede- und Maschinenbauerverband hat beschlossen, einen Extrabeitrag von 2 Kronen pro Mitglied und Woche zu erheben, was einem Betrage von 20 000 Kronen oder 24 000 M. gleichkommt. Die österreichischen Gewerkschaften leiten ebenfalls allgemeine Sammlungen ein, und die Gewerkschaften Ungarns haben nach Maßgabe ihrer Verhältnisse Unterstützung zugesagt. In Schweden selbst haben die Postbeamten, nicht die „Forstbeamten", wie der Druckfehlerteufel uns in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" sagen läßt, beschlossen, mindestens einen Tagesverdienst wöchentlich für die Ausständigen abzuliefern.

Ueber die Lage am Montag geht uns folgendes Privattelegramm zu:

Stockholm, den 9. August. Die Arbeit ist heute nirgends aufgenommen. Die Stockholmer Straßenbahngesellschaft läßt zwar in der inneren Stadt 6 Wagen unter Polizeieskorte fahren. Obgleich sie eine ungeheure Provokation der Ausständigen bedeuten, sind Ruhestörungen nicht vorgekommen. Die Straßenbahner selbst denken nicht an eine Wiederaufnahme der Arbeit, bevor der Kampf entschieden ist.

Die Buchdrucker Stockholms haben ohne Debatte den Anschluß an den Generalstreik einstimmig beschlossen. Die Buchdrucker sind damit in allen wichtigen Druckorten einig, die Arbeit heute einzustellen.

Die Zahl der insgesamt Ausständigen wird heute auf 300 000 geschätzt. Es ist bisher an jedem Tage eine Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Die Regierung hat zwar eine ruhig gehaltene Proklamation erlassen, in der sie die Arbeiter vor weiterer Ausdehnung des Streiks warnt. Die Proklamation macht indes keinen Eindruck und wird auf die Entschlüsse der Gewerkschaften keinerlei Einfluß ausüben.

Ueber den Inhalt der in obigem Privattelegramm des „Vorwärts" erwähnten Regierungsproklamation unterrichtet eine Telegramm des Wolffschen Bureaus, das folgendermaßen lautet:

Stockholm, 7. August. Die Regierung hat heute einen Aufruf an Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerichtet, worin sie die Parteien nachdrücklichst zum Frieden mahnt.

Der Aufruf erinnert an die erfolgreiche Friedensvermittelung seitens der Regierung im vorigen Jahre. Damals habe man hoffen können, daß sich das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern allmählich ruhiger gestalten würde. Verhältnismäßig unbedeutende Differenzen hätten aber bereits nach so kurzer Zeit erst eine Reihe von Arbeitseinstellungen, diese dann trotz der Vermittelungsversuche seitens des Staates den gegenwärtigen schweren Konflikt zur Folge gehabt. Die Regierung halte es aber auch jetzt noch für ihre Pflicht, an beide Parteien ernstliche Mahnungen zu richten. Der Bruch feierlicher Vereinbarungen sei von beiden Seiten gebilligt worden, noch immer versuche man, weitere Kreise dazu zu verleiten, die Abmachungen zu übertreten. Unter solchen Rechtsbeugungen leide das allgemeine Rechtsbewußtsein, und das ganze Erwerbsleben und das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern würden hierdurch so sehr geschädigt, daß es vieler Jahre bedürfen würde, um es wieder zu bessern. Daher sei die Regierung fest entschlossen, die öffentliche Ordnung mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen. Beide Parteien wiesen die Vermittelung der Regierung zurück, jede wolle den Kampf auf eigene Faust durchkämpfen. Darüber dürfe man aber nicht vergessen, daß, wenn jetzt während des Kampfes die verbindlichen Vereinbarungen mit Füßen getreten würden, jede Verhandlung und jeder ehrliche Friedensschluß bedeutend erschwert würden.

Die schwedische Presse wird mit dem heutigen Tage einstweilen ihr Erscheinen einstellen müssen. Auch die sozialdemokratischen Blätter teilen das gleiche Schicksal. Dafür wird ein besonderer Nachrichtendienst für die Streikenden organisiert. Es ist an sich im Interesse der Ruhe und Ordnung sehr zu begrüßen, daß die Buchdrucker durch ihren Streikbeschluß den provokatorischen Schwindelnachrichten eines großen Teiles der bürgerlichen Presse ein Ende bereiten. Man kann es zudem den Buchdruckern Schwedens nachfühlen, daß es ihnen als organisierte Arbeiter schließlich unmöglich werden mußte, den Unrat von Verleumdungen und Angriffen verbreiten zu helfen, der in den Redaktionen der reaktionären Presse hergestellt wurde.

Besonders interessant ist das Schicksal zweier schwedischer Großindustrieller, die seit Jahren als die wütendsten Feinde der Arbeiterorganisation bekannt sind. Der eine ist der Direktor der weltbekannten Maschinenfirma „Separator" in Stockholm, Bernström, der beim Generalstreik zur Erringung des Wahlrechts 1902 sämtliche Arbeiter entließ und dafür sich einen Stamm von „treuen" und „braven" Arbeitsbienen anwerben ließ. Diese haben aber jetzt, trotz eines Befehls ihres Direktors, auf ihrem Posten zu bleiben, den Betrieb verlassen. Sie erklären, daß ihnen die Interessen der Arbeitersolidarität höher stehen als die ihres Chefs und bekunden durch ihre Arbeitseinstellung dies aufs tatkräftigste.

Ebenso die Arbeiter der Rettigschen Tabakfabriken. Dieser Großindustrielle hat ebenfalls durch mehrmonatliche Aussperrungen den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben gesucht und zur Aufrechterhaltung seines Betriebes sich eine unter allen Umständen treu ergebene Schutztruppe heranziehen wollen. Jetzt hat auch diese versagt. Auch diese Arbeiter erkennen die Gebote der Solidarität an und beteiligen sich am Ausstand.

So sind also auch in Schweden die Versuche, eine gelbe Schutztruppe der Unternehmer zu schaffen, fehlgeschlagen. In entscheidenden Kämpfen steht der Arbeiterschaft aller Schattierungen das gemeinsame Arbeiterinteresse doch zu hoch, als daß die Unternehmer auf die Dauer die Arbeiter wirksam zersplittern könnten.

•

Eine Wirkung des Generalstreiks.

Stockholm, 9. August. (W. T. B.) Die hiesige Eisenbahndirektion teilt mit, daß bis auf weiteres eine Einschränkung des Zugverkehrs um fünfzehn Züge täglich eintritt.

Kreta.

Die Kretafrage droht trotz aller Bemühungen der europäischen Schutzmächte, die Souveränität der Türkei auf Kreta aufrecht zu erhalten und kriegerische Maßnahmen zu verhüten, zu einem blutigen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zu führen. Seit die Türken Kreta oder Kandia den Venetianern in blutigen Kämpfen entrissen haben und dort gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts ihre Herrschaft begründeten, haben die Kreter griechischer

Abkunft; vor allem die Bergstämme der Sphakioten, immer wieder versucht, das türkische Joch abzuschütteln. Als die Griechen des Festlandes deshalb 1821 zum Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit griffen, fanden sie deshalb bei den Kretern oder Kandioten sofort eifrige Unterstützung; doch während Griechenland 1830 von den Mächten als selbständiger Staat anerkannt wurde, blieb Kreta unter türkischer Herrschaft. Durch das Londoner Protokoll vom 3. Februar 1830 wurde die Insel, deren Aufstand inzwischen von dem Vizekönig von Aegypten, Mehemed Ali, mit Hilfe albanesischer Truppen blutig niedergeschlagen war, wieder dem Sultan zuerkannt. Seitdem haben die Kreter, sobald sie die Türkei in Streitigkeiten mit anderen Mächten verwickelt sahen und ihre Aktionskraft geschwächt glaubten, immer wieder versucht, sich zu befreien und mit dem griechischen Staat zu vereinigen.

Jetzt halten sie in Anbetracht der schweren inneren Kämpfe, die die Türkei in letzter Zeit durchgemacht hat, und der Schwäche, die diese gegenüber Oesterreich-Ungarn bewies, als diese Macht Bosnien und die Herzegowina annektierte, wieder die Zeit für gekommen, die Losreißung Kretas von der Türkei zu versuchen. Aber dieser Versuch stößt heute nicht nur bei der türkischen Regierung, sondern auch bei der türkischen Bourgeoisie und dem türkischen Offizierkorps, dem eigentlichen Träger der letzten Revolution, auf ganz anderen Widerstand, wie noch vor einem Jahrzehnt. Die Revolution hat nicht nur das Selbstbewußtsein und Machtgefühl dieser Kreise gestärkt, sondern auch ihre nationale Empfindlichkeit, ihren Chauvinismus. Auf ihre Anregung haben in den letzten Tagen in verschiedenen Städten, besonders in Saloniki, große Massenversammlungen stattgefunden, in denen die Versammelten (darunter als Agitatoren viele Offiziere) ein energisches Vorgehen gegen Griechenland forderten. Das erscheint frivol; denn wenn auch Griechenland den Bestrebungen der Kreter sympathisch gegenübersteht und ihre Hoffnungen ermuntert, so hat es doch bisher nichts unternommen, was als eine Einmischung in die Händel zwischen der Türkei und Kreta gelten könnte. Griechenland könnte aber doch nur dann verantwortlich für den Abfall Kretas gemacht werden, wenn ihm nachgewiesen werden könnte, daß es diesen Abfall veranlaßt hat. Wohl steht der Türkei das Recht zu, eine militärische Expedition nach Kreta zu unternehmen, um die widerspenstige Insel unter die Botmäßigkeit des Halbmondes zu zwingen. Aber dazu hat die türkische Regierung anscheinend wenig Neigung, da sie den Kampf mit den hartnäckigen Sphakioten und den Einspruch der vier Schutzmächte, vornehmlich Italiens und Englands, fürchtet.

Trotz des Widersinns ihrer Handlungsweise hat deshalb die Pforte aus Rücksicht auf die türkische Bourgeoisie und das Offizierkorps sich dazu verstanden, an die griechische Regierung eine Note zu richten, in der an diese die Forderung gestellt wird, daß sie offiziell erkläre, keine Eroberungsabsichten auf Kreta zu haben, die Agitation der Kreter zu mißbilligen und keinerlei Handlungen unternehmen zu wollen, die als Annexionsaktionen aufgefaßt werden könnten. Falls die griechische Regierung diese Erklärung nicht abgibt, will die türkische ihre Gesandtschaft aus Athen abberufen.

Das wäre die offene Kriegserklärung! Doch ist es vorläufig noch nicht so weit; denn die vier Schutzmächte Kretas haben sofort an die Pforte das Ersuchen gerichtet, ihre herausfordernde Haltung gegenüber Griechenland aufzugeben, und zugleich wurden die Kreter benachrichtigt, daß die Schutzmächte unter keinen Umständen die Hissung der griechischen Flagge auf öffentlichen Gebäuden dulden würden. Ferner wurde an die griechische Regierung das Ersuchen gerichtet, die griechischen Offiziere, die in kretischen Diensten stehen, endgültig aus den Listen der griechischen Armee zu streichen.

Auch Deutschland hat, wie gemeldet wird, sowohl in Athen wie in Konstantinopel im Interesse des Friedens Ratschläge zur Mäßigung erteilt und beiden Regierungen nahe gelegt, die Angelegenheit nicht auf die Spitze zu treiben. Ob aber die türkische Regierung geneigt sein wird, diesen Ratschlägen zu folgen, das scheint recht ungewiß. Wahrscheinlich möchte sie selbst gerne einen Krieg mit Griechenland vermeiden, aber sie wird von kriegslüsternen chauvinistischen Elementen, besonders von dem Offizierskorps, geschoben und befindet sich diesen gegenüber gewissermaßen in einer Zwangslage. Jedenfalls erscheint trotz des Eingreifens der Großmächte die Lage recht bedenklich.

* * *

Athen, 8. August. (Meldung der Agence Havas.) Die Antwort Griechenlands auf die Note der Türkei soll am Dienstag übergeben werden. Die Vertreter der Mächte hatten mehrfache Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeußern. Die öffentliche Meinung hofft, daß die Vermittelung der Großmächte, an die sich Griechenland gewandt hat, die Türkei hindern wird, darauf zu bestehen, Griechenland in eine Frage hineinzuziehen, deren Lösung von den Mächten abhängt.

Wien, 8. August. Aus Athen meldet die „Freie Presse", daß die Antwort der griechischen Regierung auf die Note der Pforte morgen überreicht wird. Die griechische Regierung versichert, sie habe keine Autorität, sich in Kreta einzumischen, da sie sich sorgfältigst während der ganzen Vorgänge abseits gehalten habe. Alles, was die interne Lage Kretas angehe, sei Sache der Schutzmächte, wie das in der Deklaration vom 13. Juni klar ausgesprochen würde. Was die Deklaration betreffend das zukünftige Schicksal Kretas angeht, so betrachtet die griechische Regierung eine solche Erklärung als ein Ding der Unmöglichkeit, weil sie einer Verletzung der Rechte der Schutzmächte gleichkommen würde, in deren Händen die Zukunft Kretas liegt.

Gestern trafen in Volo ein österreichisches Eskader und zwei französische Kriegsschiffe ein.

Konstantinopel, 8. August. Die Botschafter der Schutzmächte werden heute der Pforte die Mitteilung machen, daß sie entschlossen sind, jede kriegerische Verwickelung mit allen Mitteln zu verhindern. Um diesem Schritt der Schutzmächte mehr Nachdruck zu verleihen, wird, wie verlautet, in den nächsten Tagen eine englische Flotte in der Sodabai erscheinen. Wie es heißt, wird auch Oesterreich-Ungarn, welches sich vollständig mit dem Vorgehen der Schutzmächte einverstanden erklärt haben soll, ein Eskader in den Piräus entsenden.

Wien, 9. August. Das „Fremdenblatt" schreibt: Auf Ansuchen der griechischen Regierung hat der kaiserliche und königliche Botschafter in Konstantinopel im Auftrage der österreichisch-ungarischen Regierung bei der Pforte im Sinne der Erhaltung des Friedens interveniert und bei diesem Anlaß auf die Gefahren hingewiesen, welche kriegerische Komplikationen zwischen dem osmanischen Kaiserreich und dem Königreich Griechenland herbeiführen würden.

Konstantinopel, 9. August. Die Botschafter der Schutzmächte hielten gestern eine Beratung ab und hatten sodann sämtlich Unterredungen mit dem griechischen Gesandten. Heute werden die Botschafter der Schutzmächte auf der Pforte gleichlautende Erklärungen abgeben. Alle diplomatischen Bemühungen zielen darauf hin, sowohl Griechenland wie die Türkei vor Ergreifung extremer Maßregeln zu warnen und einen Konflikt zu verhüten. Unterrichtete türkische Kreise rechnen mit der Möglichkeit, daß, falls die Antwort der griechischen Regierung auf die letzten Vorstellungen der Pforte nicht befriedigend sein werde, die Pforte von den Schutzmächten volle Handlungsfreiheit verlangen und Kreta besetzen lassen werde. Die Besetzungsexpedition soll von Smyrna aus erfolgen, wohin seit zwei Tagen zahlreiche Truppentransporte unterwegs sind. Auch die Flotte ist entgegen anderen Meldungen vor Smyrna vereinigt. Nach Meldungen, die der Pforte zugegangen sind, ist seit gestern keine griechische Flagge mehr auf Kreta sichtbar. Die Zunft der hiesigen Barkenführer gibt bekannt, daß in acht Tagen der Boykott sämtlicher griechischen Schiffe beginnen werde, auch Meldungen aus der Provinz besagen, daß der Boykott gegen die griechischen Waren zur Anwendung gelangen werde.

Konstantinopel, 9. August. Heute nachmittag sind die Botschafter der Schutzmächte bei der Pforte erschienen und haben die bereits angekündigten gleichlautenden Erklärungen bezüglich der Kretafrage abgegeben. Der Kernpunkt der Erklärungen besteht in dem erneuten Hinweis darauf, daß die endgültige Regelung der Kretafrage Sache der Schutzmächte sei, die diese Aufgabe auf Wunsch der Pforte selbst übernommen haben. Die Auffassung der Pforte in dieser Frage erhellt aus folgenden Darlegungen des Großwesir gegenüber einem Journalisten. Die Schutzmächte hätten bei der Räumung der Insel den Geist der dortigen Bevölkerung außer acht gelassen, es sei vorauszusehen gewesen, daß türkische Rechte verletzt würden. Dies sei durch die Hissung der griechischen Flagge geschehen. Die Pforte sei nunmehr entschlossen, die türkischen Rechte selbst zu verteidigen. Für die Türkei sei die Lösung der Kretafrage nur annehmbar durch Verleihung der Autonomie unter einem Gouverneur, der ottomanischer Untertan sein müsse. Ebenso müßten alle anderen Beamten der Insel Ottomanen sein. Unruhen unter der Bevölkerung der Insel seien vorauszusehen, doch könne dies die Türkei nicht zurückhalten. Zwei Divisionen würden genügen, die Ruhe auf der Insel widerherzustellen. Jedenfalls sei die Türkei entschlossen, zur Verteidigung ihrer Rechte vor keinem Mittel zurückzuschrecken. Wie verlautet, sind in Smyrna 25 000 Mann türkischer Truppen zusammengezogen. Die für heute erwartete Antwort der griechischen Regierung auf die türkische Note war bis 5 Uhr abends auf der Pforte nicht eingetroffen.

Die Scheu vor Fürsorgezöglingen.

Durch die Presse geht eine Notiz der „Mil.-pol. Korrespondenz" über die Schwierigkeit, Fürsorgezöglinge in geordnete Verhältnisse und ausreichende Lebensstellungen zu bringen. So sei den Provinzialverwaltungen von Westfalen, Rheinland und Hannover der Versuch, Fürsorgezöglinge für den Seemannsberuf ausbilden zu lassen, nicht geglückt. Der Zentralverein deutscher Reeder habe erklärt, unter keinen Umständen werde er Fürsorgezöglinge in seine Schiffsmannschaft aufnehmen. Aehnlich habe der Verein deutscher Küstenschiffer sowie der Seefischerei-Verein sich ausgesprochen, und auch die Heringsfischerei-Gesellschaft Neptun habe eine bereits gegebene Zusage wieder zurückgezogen. Die Notiz nennt es bedauerlich, daß „ein so guter Gedanke so kläglich scheitern mußte". Sie bezeichnet aber die von dem Zentralverein deutscher Reeder angeführten Gründe — die Besorgnis, daß die übrige Mannschaft sich weigern würde, mit Fürsorgezöglingen zusammen zu arbeiten, sowie die Notwendigkeit, gerade aus dem Seedienst die unzuverlässigen Elemente fernzuhalten — als stichhaltig.

Was hier mitgeteilt wird, das ist leider längst nicht mehr neu. Die Scheu vor den Fürsorgezöglingen ist schon in dem Jahresbericht der Berliner Waisenverwaltung über das Statsjahr 1907 beklagt worden, und auch der „Vorwärts" hat seinerzeit, als der Bericht erschien, in eingehender Besprechung hierauf hingewiesen. Es ist vielleicht gut, heute nach der Aufdeckung des Skandals von Mielczyn noch einmal auf diese Dinge zurückzukommen und die sehr vernünftigen Ausführungen jenes Berichts im Wortlaut herzusetzen. Es hieß da:

„Mit der Unterbringung von Zöglingen in Fischereibetrieben und auf Seeschiffen sind wir in verstärktem Maße fortgefahren. Die Erfolge waren teilweise über Erwarten gut, teilweise wurden wir enttäuscht; das gilt namentlich von dem Fischereibetrieb in Finkenwärder, auf den wir große Hoffnungen gesetzt hatten. Leider hat uns die Fischereiaktiengesellschaft Neptun in Emden, der wir mehrere Jahre den größten Teil unserer für den Seedienst ausgewählten Zöglinge anvertraut hatten, den mit ihr abgeschlossenen Vertrag gekündigt, anscheinend, weil sie mit dem Provinzialverband Westfalen ein ihr günstiger erscheinendes Abkommen geschlossen hat. Wir vermissen die Beziehungen zu dieser Gesellschaft um so mehr, als bei ihr im Vorjahre von 30 Zöglingen 24 regelrecht abgemustert hatten. Bedauerlicherweise haben sich in letzter Zeit mehrfach in Seeschiffahrtskreisen Bestrebungen gegen die Unterbringung von Fürsorgezöglingen im Seemannsberuf geltend gemacht, die zum Teil das zur Wahrung berechtigter Interessen erlaubte Maß überschritten haben. So bezeichnet z. B. der Deutsche Schulschiff-Verein in einer öffentlichen Kundgebung die Fürsorgezöglinge schlechthin als Taugenichtse, die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln von dem Eintritt in den Seemannsberuf ferngehalten werden müßten. Auch der Deutsche Nautische Verein hat sich mit Nachdruck in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Man scheint an diesen Stellen der Ansicht zu huldigen, daß nur verbrecherisch veranlagte Elemente der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, und berücksichtigt nicht, daß viele Minderjährige lediglich infolge trüber häuslicher Verhältnisse auf die schiefe Bahn gedrängt worden sind, die, wenn sie in die richtigen Hände gelangt sind, ordentliche Menschen und damit auch, was sich durch zahlreiche Beispiele belegen läßt, tüchtige Seeleute werden können. Wie sollte überhaupt für die Zöglinge ein Fortkommen geschaffen werden, wenn auch andere achtbare Berufskreise in gleich schroffer Weise gegen die Einstellung der jungen Leute Stellung nehmen wollten!"

Das Vorurteil, daß nur verbrecherisch veranlagte Elemente zur Fürsorgeerziehung überwiesen werden, findet sich leider nicht nur in den Kreisen der Unternehmer, die solchen jungen Leuten Beschäftigung geben sollen. Auch eine gewisse Sorte von „Erziehern" steht wohl noch auf diesem Standpunkt; anders kann man es sich kaum erklären, daß es immer noch Anstalten gibt, in denen mit Stock und Peitsche, mit Fesselung und Nahrungsentziehung gearbeitet wird. Schon die Tatsache, daß eine „Erziehungsmethode", wie sie in Mielczyn sich unserem entsetzten Auge enthüllt hat, noch angewendet werden durfte, ist geeignet, das Vorurteil gegen Zöglinge solcher Anstalten nur noch zu steigern. Kein Verbrecher darf so behandelt werden, wie dort Fürsorgezöglinge gepeinigt worden sind, und man versteht es, daß entflohene Zöglinge verzweifelnd erklärt haben, sie würden lieber durch ein Verbrechen sich ins Gefängnis bringen, als nach Mielczyn zurückgehen.

Geradezu unbegreiflich ist, daß sogar der Berliner Magistrat selber dazu beigetragen hat, Vorurteile gegen Fürsorgezöglinge zu wecken und zu stärken. Um den Skandal von Mielczyn zu vertuschen, sind vom Rathaus aus Nachrichten verbreitet worden, die den Anschein erregen mußten, daß in Mielczyn der Auswurf der Menschheit versammelt gewesen sei. Diese schmählichen Versuche, die Schuld vom Pastor Breithaupt, abzuwälzen auf die Jungen, die zu schwer (für ihn zu schwer!) zu erziehen gewesen seien, sind gemacht worden mit dem Wissen des Magistrats. Wird die Waisenverwaltung nun noch darüber klagen wollen, daß ihr kein Mensch gern die Fürsorgezöglinge abnehmen mag?

Das Attentat auf Plehwe.

Unter dem Titel „Asew, Harting und Co." wird in den nächsten Tagen im Verlag der „Vita" (Berlin-Charlottenburg) die Uebersetzung eines von Jean Longuet und Georges Silber verfaßten Buches erscheinen, das auf Grund der Enthüllungen Burzews und der vom Zentralkomitee der russischen revolutionär-sozialistischen Partei veranstalteten Untersuchungen das Treiben der russischen Lockspitzel Ewno Asew und Harting-Landesen schildert. Das 236 Seiten starke Buch, zu dem Jean Jaurès ein Vorwort und W. Burzew eine längere Einführung geschrieben haben, liest sich, obgleich sich die Verfasser strenge an die festgestellten Tatsachen halten und Sensationsmacherei vermeiden, fast wie ein gutgeschriebener Detektiv- und Kriminalroman.

Aus den uns vom Verlagshaus „Vita" zur Verfügung gestellten Aushängebogen geben wir folgende Ausführungen über die Vorbereitungen des Attentats auf den Minister Plehwe wieder:

Nach der Verhaftung Gerschunis im Mai 1903 war Asew sofort nach Genf gegangen. Er arbeitete dort an der technischen Erneuerung der revolutionären Taktik und bestand hartnäckig auf der Anwendung mächtigerer und wirksamerer Mittel als bisher . . . .

Asew widmete sich einem gründlichen Studium der Explosivstoffe, deren regelmäßige Anwendung das Charakteristische der neuen Phase der terroristischen Bewegung ist. Er formulierte eine Reihe von Grundsätzen, die von der Partei ohne Diskussion angenommen wurden, nämlich die absolute Trennung zwischen der terroristischen Unternehmung und dem revolutionären Milieu im allgemeinen. Die von ihm gepredigten Vorsichtsmaßregeln gingen so weit, daß er alle Beziehungen zwischen den in ein terroristisches Komplott verwickelten Genossen und der allgemeinen Organisation der Partei untersagte. Es war den Kameraden, die an solchen Unternehmungen teilnahmen, nicht erlaubt, sich durch die allgemeine Organisation etwa Wohnungen oder Pässe besorgen zu lassen. Sie mußten die Sorge hierfür sowie für alles andere der Organisation des Kampfes überlassen. Mit seiner gewohnten Kühnheit versicherte Asew, daß, wegen der zahlreichen in den Parteigruppen vorhandenen Lockspitzel es unheilvoll sein würde, die terroristischen Genossen mit diesen Gruppen in Verbindung zu bringen.

Diese Isolierung beraubte augenscheinlich die Kampfgruppen der Möglichkeit, Auskünfte über das Leben und die Gewohnheiten der aufs Korn genommenen hochgestellten Persönlichkeiten einzuholen. Asew erklärte, daß solche Auskünfte oft problematisch und bisweilen selbst gefährlich seien. Er verwarf sie also, indem er an ihre Stelle ein ganzes System äußerer Ueberwachung der für ein Attentat in Aussicht genommenen Personen setzte, das durch die Kräfte der Kampfesorganisation selbst ausgeübt werden sollte. Nichts ward in dieser Hinsicht vernachlässigt. Revolutionäre, als Kommissionäre, Kutscher, Briefträger oder Kamelots verkleidet, stellten sich, als ob sie simple Gaffer oder friedliche Bürger auf der Suche nach Wohnungen seien. Sie wurden an strategisch wichtigen Punkten placiert, um alle notwendigen Informationen zu sammeln. Ja noch mehr: diejenigen, die mit der Beobachtung beauftragt waren, die auf Grund ihrer wichtigen Kenntnisse die Bomben fabrizierten, die endlich die Beschlüsse der Organisation auszuführen hatten, bildeten ebenso viele isolierte Gruppen, die miteinander nur durch die Vermittelung von besonders zu diesem Zweck ausgewählten Kameraden verkehrten. Solange das Attentat noch nicht vollständig vorbereitet war, lebten die zukünftigen Exekutoren wie friedliche Bürger. Aber wenn ihre Stunde kam, dann verschwanden alle diejenigen, deren Hilfe nicht mehr nötig war; es blieben nur noch die Kämpfer, die nach dem im voraus entworfenen Plane die Bomben zu werfen hatten, und mit ihnen die Techniker, die sie verfertigt hatten und die im Falle des Mißlingens sie wieder an sich nehmen und entladen mußten. Endlich mußte ihnen der „Oberoffizier" als Vermittler dienen; er überwachte persönlich die Ausführung des Planes . . . .

Auf diesen neuen Grundlagen rekonstruierte Asew in Genf im Juli 1903 die Organisation des Kampfes; nach ihnen arbeitete er bis in die geringsten Einzelheiten den Attentatsplan gegen Plehwe aus . . . .

Zu Beginn des Jahres 1903, als Gerschuni noch mit Asew an der Spitze der Kampfesorganisation stand, war ein erstes Attentat gegen Plehwe mit sehr unzureichenden Mitteln vorbereitet worden. Die im gegebenen Moment von Plehwe benachrichtigte Polizei — so versichert die Anklageschrift im Prozeß Lopuchin — konnte ihre Vorsichtsmaßregeln treffen. Man hat Grund zu der Annahme, daß die Namen der in diese Untersuchung verwickelten Terroristen nicht von Asew angegeben worden sind; denn kein einziger wurde verhaftet. Es genügte der Polizei, den Reiseweg des Diktators zu ändern, um das Attentat zum Scheitern zu bringen. Entmutigt rief Gerschuni aus: „Das ist eine Unternehmung, die über meine Kräfte geht!"

Dieses so schwierige Werk wollte Asew zum Staunen und zur Bewunderung seiner Kameraden zu Ende führen. Mit peinlicher Sorgfalt wählte er unter Wahrung des tiefsten Geheimnisses, nur mit Unterstützung von Michel Goh, aus den Genossen ein Elitebataillon: Ssasonow, Schweitzer, Kalajew, Dora Brillant, Ssawinkow, Pokotilow und noch einige andere. Er überführt seinen Generalstab nach Paris, wo die Vorbereitungen fortgesetzt werden. Asew kehrt dann nach Rußland zurück, wohin die Mitglieder der Kampforganisation nach einigen Monaten nachkamen, nachdem sie Asew mit Pässen versehen hatte . . . .

Während Asew so seine Polizeitätigkeit entfaltete, die Stolypin die Erklärung gestattete, daß Asew der erste war, der die Komplotte gegen Plehwe zur Anzeige brachte, verfolgte er mit der Kampforganisation die Vorbereitungen zu dem großen, gegen den Diktator gerichteten Attentat. Ein erster Versuch fand am 18. März nahe dem Hause des Ministers statt. Nachdem er Hand die letzten Vorbereitungen gelegt, verließ Asew Petersburg unter dem Vorwande, daß ihn eine wichtige Angelegenheit zum Zentralkomitee rufe. Die Ausführung des Planes wurde den schon genannten Terroristen Ssasonow, Kalajew, Ssawinkow, Schweitzer und Pokotilow anvertraut. Ssasonow hatte sich als Kutscher verkleidet, und vier mit Bomben bewaffnete Terroristen besetzten den Weg, den der Minister passieren mußte. Aber trotz der sehr sorgfältig geübten Ueberwachung mußte das terroristische Detachement, nachdem es zwei Stunden vergeblich gewartet hatte, sich zurückziehen, ohne auf Plehwe gestoßen zu sein. Asew hatte Ssawinkow in Dwinsk in Litauen ein Rendezvous gegeben. Aber Ssawinkow fand ihn dort nicht, und seine Gefährten von der Kampforganisation blieben drei Wochen ohne Nachricht von ihm. Sie wurden sehr unruhig und fürchteten, er sei verhaftet worden. Inzwischen verfolgten sie die Verwirklichung des Planes, den sie entworfen hatten, und setzten die Ausführung auf den 10. April fest. Als einige Tage vorher Pokotilow nach Petersburg ging, traf er Asew im Zuge. Er sprach ihm von der Angst und den Qualen, die die Mitglieder der Kampforganisation seinetwegen ausgestanden hätten, wie ihr erster Versuch gescheitert sei, und unter welchen Verhältnissen sie ihn wiederholen wollten. Asew billigte die Dispositionen, die sie getroffen hatten, doch nahm Abstand davon, nach Petersburg zurückzukehren.

Pokotilow war bereits wieder seit einigen Tagen in Petersburg, als eine furchtbare Katastrophe die Pläne der Terroristen von neuem störte. Die Bomben, die Pokotilow mitgebracht hatte, explodierten zufällig am 1. April im Hotel du Nord, wo er unter einem falschen Namen abgestiegen war. Pokotilow wurde durch

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. August 1909.

Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags.

Das Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 22. April (2. Mai) 1907 ist amerikanischerseits am 7. d. M. zum 7. Februar 1910 gekündigt worden.

Der Anfang vom Ende?

Staatssekretär v. Schön hat einen längeren Urlaub angetreten. Das wäre an sich nichts Besonderes, wenn nicht gerade momentan durch die Kretafrage die politische Situation wieder eine recht bedenkliche Zuspitzung erlitten hätte. Herr v. Bethmann Hollweg versteht zugestandenermaßen von der auswärtigen Politik blutwenig; und der Leiter der auswärtigen Politik, Herr v. Schön, geht just in diesem Moment auf Urlaub. Das berechtigt zu der Annahme, daß dieser Urlaub der Vorläufer der Entlassung ist, und daß Herr v. Schön den deutschen Chauvinisten in Schleswig-Holstein als Opfer dargebracht wird. Trifft diese Kombination zu, dann verspricht die Aera Bethmann Hollweg recht interessant zu werden.

Dr. Schädler und die „Köln. Volksztg."

Der Streit im Zentrumslager um die schärfere Hervorkehrung der „katholischen Weltanschauung" zieht immer weitere Kreise in seinen Bereich. Auch der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der Domdechant Dr. Schädler, ergreift öffentlich Partei. In einer Rede in Minden stellte er sich auf die Seite der die christlichen Gewerkschaften begönnernden „Köln. Volksztg." und leistete sich einige Verspottungen der Herren Roeren, Bitter und des hyperorthodoxen Schnapsfabrikanten Unterberg. Er sagte:

„Die Deutschen sind Spintisierer. Da haben sich hochachtbare Männer zusammengetan, um eine Definition des Zentrums zu suchen. Das ist ja eine ganz nette Beschäftigung, aber diese Herren — hochachtbare Männer — sollten doch andere damit verschonen, andere, die da meinen, daß eine bald vierzigjährige Geschichte der Partei deutlicher spricht als alle Definitionen. Und dabei kann man trotz aller persönlicher Freundschaft die Frage aufwerfen, woher gerade diese Herren — immer den guten Willen vorausgesetzt — die Legitimation haben, und ob sie sich auch der Konsequenzen ihres Versuchs bewußt sind. Etwas ganz Aehnliches wiederholt sich auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisationen. Mancherseits besteht der Wunsch, auch die Gewerkschaftsorganisationen auf konfessionellen Boden zu stellen. Ich meine allerdings, wir hätten angesichts der gefährlichen Lage auch andere Arbeit auf diesem Gebiete genug. Daß wir mit unseren christlichen Gewerkschaften nicht auf falscher Fährte sind, das beweist der Haß unserer Gegner."

Die Zentrumsbauern und die neuen Steuern.

Im „Bayrischen Vaterland" veröffentlicht der katholische Pfarrer Münsterer von Pondorf in Niederbayern einen sehr bemerkenswerten Artikel, in dem er das Zentrum u. a. wegen seiner Steuerpolitik heftig angreift. Er schreibt:

„Das in wirtschaftlicher Beziehung ohnehin schwache, katholische Volk sagt sich eben immer und immer wieder: „400 Millionen der neuen Steuern muß das werktätige Volk zahlen und nur 100 Millionen trägt der Besitzer". Und dabei hat das Zentrum in entscheidender Weise mitgeholfen. Darüber kommt der einfache, katholische Mann im Volke nicht hinweg, offen gestanden, ich auch nicht.

Auch die Bauern machen arg harte Köpfe. Auch sie sagen sehr richtig: „Den Hinteren heißt halt allemal der Hund." Der Vorsteher unseres Raiffeisenvereins, ein gleichfalls intelligenter, kernchristlicher Bauer gebraucht dabei als begeisterter Imker folgendes drollige Bild: „Hört's ma auf mit all' dö Zuschuß und was sonst da Staat für'n Bauern tut. Der macht's akurat wie i' mit meine Imb'm: Vorn hängt er ihnen nei, damit er's hinten wieder 'rausnehmen kann. Dös sieht ma wieder bei dö neuen Steuern."

Und an anderer Stelle sagt Pfarrer Münsterer:

„Die Erbitterung unter den organisierten, katholischen Arbeitern gegen das Zentrum ist zurzeit ganz verteufelt intensiv. Nicht bloß in der Pfalz, sondern auch bei uns in Altbayern. So hatten wir hier bald nach Annahme der Finanzreform eine Arbeitervereins-Versammlung. Mir gegenüber nehmen sich meine Leute kein Blatt vor den Mund, das beruht nämlich auf freundschaftlicher Gegenseitigkeit. Donnerwetter, was ich da über „dös Zentrums — — — im Reichstage" schimpfen hörte, war nicht schlecht. Ich konnte, offen gestanden, weiter nichts darauf sagen, als: „Leut'l, wenn es sich nur net um andere G'schicht'n handeln tät, als bloß um dö Konsumsteuern, nachher saget i' ja selber: „Hau'n wir's Alle mitananda zum Teufel!'" Ja, 's soll' scho'", brummten sie dann erbittert und gaben mir auch wieder recht."

Der Zentrumspresse sind diese Auslassungen begreiflicherweise sehr peinlich. Sie wird vielleicht, wie sie das in solchen Fällen gern tut, erklären, das „Bayerische Vaterland" sei eben kein wirkliches Zentrumsorgan. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim Miteigentümer des Blattes ist. Auch Pfarrer Münsterer bekennt sich offen als Zentrumsmann. Unter solchen Umständen werden also alle Abschüttelungsversuche vergeblich sein.

„Liberale" Auslegung des Vereinsgesetzes.

Das Kölner Polizeipräsidium fährt fort, die loyalen Verheißungen der Regierung bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes in ihrer Weise „wahr" zu machen. In der Nr. 168 des „Vorwärts" wurde bereits eine Probe davon gegeben, mit welcher nahezu vorsintflutlichen Begründung das Polizeipräsidium dem sozialdemokratischen Verein in Kalk bei Köln die Genehmigung zu einem kleinen Festzuge auf Kölner Gebiet versagte, die vom Kalker Bürgermeister anstandslos für dieses Gebiet gewährt worden war. Die ganze Form des ablehnenden Bescheides erinnerte an die schlimmsten Zeiten des Schandgesetzes. Jetzt, einige Wochen nachher, hat das Kölner Polizeipräsidium eine fast noch schlimmere Leistung vollbracht. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Köln, also eine gewerkschaftliche Organisation, hatte die Genehmigung zu einem kleinen Festzuge nachgesucht, der sich von der Schiffbrücke in dem auf der anderen Rheinseite gelegenen Vororte Deutz zu einem an der Peripherie des Ortes gelegenen Gartenlokal bewegen sollte. Ein gleichartiger Zug war dem Gemeindearbeiterverbande in den früheren Jahren stets genehmigt worden. Obwohl niemals das mindeste vorgekommen ist, hat das Kölnische Polizeipräsidium jetzt die Genehmigung zu dem Umzuge versagt. In der Begründung heißt es: „bei der politischen Gesinnung (!) der weitaus meisten Mitglieder des Verbandes" und ihrer großen Anzahl (?) sei „zu erwarten, daß der gelegentlich des Sommerfestes von dem Verbande beabsichtigte Festzug zu einer größeren Demonstrationen gegen die heutige staatliche und wirtschaftliche Ordnung ausartet." Eine derartige Demonstration aber wirke auf alle der Sozialdemokratie abgeneigten Kreise der Bevölkerung „beunruhigend und aufreizend".

In der bestimmtesten Form heißt es dann weiter: „Gegenkundgebungen und daraufhin weitere Ausschreitungen auf beiden Seiten (wie gütig!) werden nicht ausbleiben, und es ist zu befürchten, daß aus Anlaß des Festzuges die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährdet wird."

Was das Polizeipräsidium sich da zurecht „begründet", wird auch nicht durch den Schatten irgendwelcher Vorkommnisse unterstützt. Nie ist in Köln das geringste vorgekommen. Die absolutistische Polizeibureaukratie aber darf trotz des neuen Reichsvereinsgesetzes nach wie vor einen großen Volksteil von den gesetzlichen Rechten ausschließen, während den Karnevals-, Krieger- und ähnlichen Vereinen, insbesondere auch zurzeit dem in Köln tagenden Eucharistischen Kongreß, die verkehrreichsten Straßen der Stadt zu stundenlanger Benutzung freigegeben werden.

Arbeiterentlassungen im Tabakgewerbe.

Die Folgen der Tabakbesteuerung beginnen sich zu zeigen. Die Firma Bruns in Eisenach entläßt zum 15. August ihre sämtlichen in der Filialfabrik Langenselbold beschäftigten 31 Arbeiter. Die Firma Strauß (Sitz Mannheim) hat ihren sämtlichen 50 Arbeitern der Filialfabrik in Michelbach (Bayern) zum 15. August gekündigt. Der Zigarrengroßindustrielle Schiok in Frankenberg in Sachsen hat seinen sämtlichen 150 Heimarbeitern ebenfalls zum 15. August gekündigt. Die nächsten Tagen dürften aus allen Teilen des Deutschen Reiches ähnliche Nachrichten bringen. Wie von den Sozialdemokraten ganz richtig vorausgesagt wurde, sind es in erster Linie die Heimarbeiter- und die in den ländlichen Filialfabriken beschäftigten Arbeiter, die mit dem Inkrafttreten der Steuer sofort brotlos werden.

Verteuerung der 4. Wagenklasse.

Die Zweite Württembergische Kammer hat auf Antrag ihrer Finanzkommission der von der Regierung für den 1. Dezember in Aussicht genommenen Erhöhung des Tarifes für die vierte Wagenklasse von 2 auf 2,3 Pf. pro Kilometer mit 56 Stimmen gegen 18 Stimmen der Sozialdemokraten zugestimmt.

Steigende Ausgaben für den Militarismus.

Im Kriegsministerium beschäftigt man sich zurzeit mit der Frage der Aufbesserung der Offiziere des Beurlaubtenstandes, die nach den geltenden Bestimmungen noch die alten Sätze beziehen. Es besteht die Absicht, die Reserveoffiziere, wenn sie zum Dienst eingezogen sind, im Gehalt mit den aktiven Offizieren gleichzustellen. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß man nicht weiß, woher die Mittel genommen werden sollen, um Deckung für diese Ausgaben zu finden.

Viel vernünftiger wäre es unseres Erachtens, wenn das Kriegsministerium sich mit der Frage beschäftigen würde, wie die Mittel beschafft werden können, um endlich den Soldaten die so dringend notwendige Aufbesserung zuteil werden zu lassen.

Poeplau der Leutnantscharge verlustig.

Poeplau, der wegen seiner Mitteilungen über Kolonialskandalosa zu einer geringen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist nunmehr auch infolge einer ehrengerichtlichen Verhandlung die Leutnantscharge aberkannt worden, da er sich der Verletzung der Standesehre unter erschwerenden Umständen schuldig gemacht habe.

Poeplau gehörte zu den wenigen Beamten, die die Ungeheuerlichkeiten unserer Kolonialpolitik auf die Dauer nicht tatlos anzusehen vermochten, sondern die Flucht in die Oeffentlichkeit unternahmen, als sie sich überzeugt hatten, daß die Regierung selbst weder willens noch fähig ist, der Korruption entgegenzutreten.

Poeplaus Vorgehen machte seinem Charakter alle Ehre, stellte seinem Ehrgefühl das beste Zeugnis aus. Mit Recht glaubte er, daß er ehrlos handeln würde, wenn er von seinem Wissen um die skandalösesten Ausschreitungen, die ungesühnt geblieben waren, keinen Gebrauch mache. Die Tatsache, daß Poeplau gerade durch sein Vorgehen als Ehrenmann handelte, wird nicht im geringsten dadurch beeinträchtigt, daß er wegen angeblichen Verstoßes gegen seine Amtspflicht zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Und daß jetzt der militärische Disziplinargerichtshof auf Ausstoßung Poeplaus aus dem Offiziersstande erkannt hat, vermag noch weniger einen Schatten auf die Ehre Poeplaus zu werfen.

An dem Schicksal Poeplaus tragen die bürgerlichen Parteien, an die sich Poeplau vertrauensvoll wandte, und die vor der Auflösung des Reichstages und dem Stattfinden der Hottentottenwahlen seine Informationen sowohl in der Presse als auch im Parlament mit Vergnügen benutzten, die Hauptschuld. Sowohl die freisinnigen Herren Müller-Sagan und Konsorten, als auch die Herren Roeren, Erzberger usw. gaben den Mann preis, sobald eine klägliche Opportunitätspolitik ihren Parteien gebot, die Frage der Kolonialskandale in Vergessenheit geraten zu lassen. So kam es denn, daß gerade diejenigen Kolonialbeamten, Poeplau und Wistuba, als Opfer der Kolonialskandale auf der Strecke blieben, die sich um die Enthüllungen der beispiellosen Korruption ein Hauptverdienst erworben hatten.

Bülow-Wallfahrt.

Für den gestrigen Sonntag war von Wilhelmshaven aus eine Huldigungsfahrt zum Fürsten Bülow nach Norderney arrangiert worden. Derselbe widerwärtige Kult, der seinerzeit mit Bismarck getrieben wurde, soll nun offenbar auch mit Bülow getrieben werden. Daß Fürst Bülow derartigen schützenfestähnlichen Veranstaltungen nicht unfreundlich gegenübersteht, ist allerdings bekannt.

Spanien.

Die Ruhe nach dem Sturm.

In Barcelona ist nach den verschiedensten Berichten die heilige „Ordnung" wieder hergestellt; doch ist es absurd, wenn behauptet wird, die Bevölkerung wäre in allen Teilen froh, daß die schrecklichen Tage des Aufstandes überstanden wären. Hat auch das Volk den Bajonetten und Kanonen der Soldaten — zurzeit sind neben der Zivilgarde (Gendarmerie) 14 000 Mann in Barcelona stationiert — weichen müssen, so glimmt doch unter der aufgezwungenen Ruhe die Erbitterung fort und erhält durch die stupide Brutalität, mit der das Kriegsgericht scholtet und täglich massenweise neue Verurteilte erschießen läßt, neue Nahrung.

Während aber für das niederträchtige Wüten des Kriegsgerichts die sogen. anständige Presse kein Wort der Mißbilligung hat, erfindet sie täglich neue Grausamkeiten, die angeblich die „viehischen" Revolutionäre begangen haben sollen. Meist sind diese Erzählungen frech erlogen. Auch die Geschichte von der grausamen Quälerei des Pfarrers von San Pedro de Taulat, die dieser Tage in verschiedenen Blättern erzählt wurde, stellt sich jetzt als erlogen heraus. Das bischöfliche Sekretariat berichtigt, daß der Pfarrer keines Martertodes starb, sondern in dem Rauch erstickte.

Die Regierung weiß zurzeit keine vernünftigere Beschäftigung für sich, als Statistiken der verloren gegangenen Werte, der Barrikaden, zerbrochenen Fensterscheiben usw. aufnehmen zu lassen. Nach ihrem Bericht wurden während der Unruhen 65 Kirchen und 31 Klöster angezündet und 139 Barrikaden errichtet. Auf den Trümmern der verbrannten Klöster und Kirchen sind bereits vielfach neue Altäre errichtet, an denen Messen gelesen werden. Das Militär sendet immer noch Streifwachen aus und hält die wichtigen Punkte, sowie die religiösen und öffentlichen Gebäude besetzt.

Türkei.

Belgrad, 9. August. Aus Kurschumlija wird gemeldet, daß bei einem am 5. d. M. an der serbisch-türkischen Grenze stattgefundenen Kampfe in der Nähe von Merdare drei serbische Bauern getötet und drei schwer verletzt wurden. Die Albanesen ließen auf serbischem Gebiete 4 Tote zurück. Es scheint jedoch, daß die Albanesen weit größere Verluste hatten. Wie verlautet erhob die serbische Regierung bei der Pforte energischen Protest wegen Grenzverletzung durch die türkischen Soldaten.

Asien.

Beilegung des japanisch-chinesischen Konflikts.

Der Londoner Berichterstatter des Matin hatte eine Unterredung mit einer hochgestellten gutunterrichteten Persönlichkeit über den chinesisch-japanischen Konflikt bezüglich der Bahnlinie Antung-Mukden. Der Widerstand der chinesischen Regierung gegen das japanische Bahnprojekt beruhe auf der Opposition der Bevölkerung der Gegenden, welche der neue Schienenweg durchschneidet. Als die Japaner die gegenwärtige Linie bauten, hätten sie den chinesischen Bauern das erforderliche Terrain genommen, ohne den gesetzlichen Eigentümern den reellen Wert dafür zuzahlen, häufig sogar ohne überhaupt etwas dafür zu bezahlen. Damals war eben Krieg, und Japan, das die Macht hatte, zog aus dieser seiner Macht Vorteil. Wenn die Chinesen jetzt sich dem Bahnbau widersetzten, so geschehe dies, weil sie das bezahlt haben wollten, was die Japaner ihnen schon genommen hätten oder noch nehmen wollten. Wenn Japan diesen chinesischen Standpunkt anerkenne, dann würden die gegenwärtigen Schwierigkeiten bald gelöst sein. —

Nach Meldung eines Londoner Blattes aus Peking hat Japan, um so wenig wie möglich Anlaß zu Reibungen zu geben, die Frage des Landankaufs in Zusammenhang mit der Antung-Mukden-Bahn vertagt und will zunächst die Ausbohrung der erforderlichen Tunnels vornehmen, die an vielen Stellen eine beträchtliche Länge haben müssen, besonders in dem mittleren gebirgigen Abschnitt. Diese Arbeit allein wird zwei Jahre in Anspruch nehmen. Nach den Bestimmungen des Abkommens mit China kann dieses die Eisenbahn 15 Jahre nach Fertigstellung der Verbesserungen, die in zwei Jahren hätten ausgeführt sein müssen, zurückkaufen.

London, 9. August. Wie dem Reuterschen Bureau aus Tokio gemeldet wird, hat China alle Einwände gegen den Umbau der Antung-Mukden-Bahn zurückgezogen.

---

die Explosion getötet. Mehrere Monate vergingen, ohne daß die Behörde seine wahre Persönlichkeit hätte entdecken können; sie wurde erst durch eine Erklärung Asews am 4. Juli „enthüllt".

Durch diesen neuen Mißerfolg entmutigt, beschloß die Kampforganisation, die durch die Abwesenheit ihres großen Chefs übrigens in Verwirrung gebracht war, ihre Kräfte bei einer leichteren Unternehmung zu versuchen. Es handelte sich darum, den Gouverneur von Kiew, General Kleighels, zu töten, dessen Name als eine Verkörperung erbarmungsloser Unterdrückung galt.

Ssawinkow und die übrigen Kameraden gingen nach Kiew. Hier traf Ssawinkow unerwartet auf Asew, dem er eiligst die neuen Projekte, die sie geschmiedet hatten, mitteilte. Der große Chef verhehlte seine Unzufriedenheit nicht, weil man seine Instruktionen nicht befolgt hatte: „Wir haben die Affäre Plehwe begonnen", sagte er, „wir müssen sie bis zum Ziele durchführen. Als euer Chef widersetze ich mich formell der Unternehmung gegen Kleighels, und ich wünsche, daß ihr nach Petersburg zurückkehrt."

Es wurde so beschlossen, und die Terroristen kehrten in die Hauptstadt zurück. Zwei Monate hindurch bereitete man das große Werk vor. Neue Mitglieder wurden durch Asew in das Detachement eingeführt, und man setzte das Attentat auf den 8. Juli fest. Vorher hatte sich Asew entfernt, wiederum unter dem Vorwande von Geschäften, die ihn zum Zentralkomitee riefen. Aber ein fataler Zufall schien sich gegen die Terroristen verschworen zu haben, und das Leben Plehwes zu schützen. Einer der Hauptteilnehmer des Komplotts verfehlte den Zug, der ihn nach Petersburg bringen sollte; die Mitglieder der Kampforganisation kamen nicht dazu, sich zu treffen, und wiederum mußte man die Ausführung des Attentats verschieben, die man endlich auf den 15. Juli festsetzte. Vorher fand in Wilna eine letzte Besprechung zwischen Ssawinkow und Asew statt. Dieser letztere erteilte seine Instruktionen und bestimmte Warschau als Rendezvous mit Ssawinkow nach dem Attentate. Ssawinkow, der aus dieser Stadt stammte, machte einige Einwendungen gegen den Ort der Zusammenkunft, wo er leicht erkannt werden könnte. „Was," erwiderte Asew in spöttischem Tone, „du hast also Angst?"

Der furchtlose Ssawinkow, der die Gefahr nicht kannte, antwortete ruhig: „Nun wohl, es sei, wie du willst — ich werde in Warschau sein."

Am 15. Juli, morgens 9.45, fuhr der Wagen Plehwes in lebhaftem Tempo nach dem Warschauer Bahnhofe. Der Minister wollte den 10-Uhr-Expreßzug zur Fahrt nach Peterhof erreichen, wo er dem Zaren den üblichen Bericht zu erstatten hatte. In einem besonderen Wagen, der dem Ministerwagen vorausfuhr, befand sich der Polizeipräfekt von Petersburg, und neben der Kutsche Plehwes radelten einige Agenten, und außerdem waren alle 40 Schritte auf dem Trottoir Spitzel verteilt, die über die Person des furchtbaren Diktators besonders zu wachen hatten.

Drei Terroristen, jeder mit einer Bombe versehen, hielten sich in dieser Straße verborgen. Es waren Ssasonow, der als Eisenbahnbeamter verkleidet war, Kalajew als Portier und Sikowski, der den weiten Mantel eines Marineoffiziers trug.

Zufällig fuhr in diesem Augenblick der Wagen des Ministers an einer in gleicher Richtung fahrenden Droschke vorüber, in der sich ein Gardeoffizier befand. Um ihn zu überholen, wendete Plehwes Karosse sich schräg nach dem Trottoir zu. In diesem Augenblick näherte sich Ssasonow schnell und warf seine Bombe durch das Fenster des Plehwschen Wagens. Eine furchtbare Detonation wurde hörbar. Die Gewalt der Explosivstoffe war so groß, daß der Minister und sein Kutscher im Augenblick in die Luft flogen. Alle Fenster der benachbarten Häuser zersprangen, und als der Rauch sich verzogen hatte, konnte man nahe bei der Obwodny-Brücke den völlig zerstückelten Leichnam Plehwes sehen, ein wenig weiter seinen Kutscher, der gleichfalls tot war. Ssawinkow, der das terroristische Detachement kommandierte und die Ausführung des Komplotts überwachte, kam als erster an dem Platze an.

„Die Straße war noch leer," so erzählt er uns. „Ich bemerkte Ssasonow auf dem Pflaster, durch die Bombe verwundet und mit Blut bedeckt. Ich näherte mich ihm schnell, nur daran denkend, ihm zur Flucht zu verhelfen, und ich neigte mich ängstlich über sein Gesicht. Er war unbeweglich wie ein Leichnam.

In diesem Augenblick näherte sich mir ein Polizeioffizier, leichenblaß und an allen Gliedern zitternd. Mit bebender Stimme sagte er zu mir: „Mein Herr, gehen Sie weiter." Das war alles.

Ssawinkow konnte sich ruhig entfernen und ohne Schwierigkeit den Zug nach Warschau benutzen. Außer Ssasonow und Sikowski, die verhaftet wurden, konnten alle Mitglieder der Kampforganisation über die Grenze gelangen. Schweitzer, der erst am nächsten Tage mit einem Koffer voll Dynamit abreiste, konnte gleich seinen Kameraden die Hauptstadt verlassen.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat mit Zustimmung aller Zentralvorstände beschlossen, die an der Aussperrung beteiligten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter während ihres Kampfes zu unterstützen.

Als Zentralstelle für Groß-Berlin kommen wir der Aufforderung nach und richten an die Berliner Arbeiterschaft die Bitte, diese Unterstützung so schnell wie möglich zu vollziehen.

Der Ausstand der schwedischen Arbeiterschaft kann in Anbetracht der dabei beteiligten nach Hunderttausenden zählenden Arbeiter nur ein kurzer sein; darum ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe!

Für Groß-Berlin sind alle Gelder an die

Berliner Gewerkschaftskommission, SO 16, Engelufer 15, A. Körsten,

abzuliefern.

Listen für Vertrauenspersonen der Partei und der Gewerkschaften sind in unserem Bureau, daselbst, Zimmer 23, von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags täglich zu haben.

Die Quittung über die eingezahlten Beträge erfolgt öffentlich im „Vorwärts".

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.
J. A.: A. Körsten.

Deutscher Malervereinstag in Dresden.

Auf dem Malervereinstage in Dresden, auf dem zirka 400 Malermeister aus ganz Deutschland vertreten waren, bezeichnete der erste Referent, Malermeister Stolz-München, die Schaffung von Tarifverträgen für eine der Hauptaufgaben des Arbeitgeberverbandes. Es werde hoffentlich möglich sein, nach dem Muster der Buchdrucker einen Reichstarif zu schaffen. Auch die Errichtung von Tarifämtern sei in Vorbereitung. Es sei zu begrüßen, daß die Gehilfenorganisation den Arbeitgeberverband als gleichberechtigten Faktor anerkennt. Der zweite Referent, Kruse-Berlin, Vorsitzender des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, stellte sich auf einen anderen Standpunkt. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß man in Mannheim beschlossen habe, das Ansinnen des sozialdemokratischen Malerverbandes, nur mit ihm unter Ausschluß der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen zu verhandeln, abzulehnen.

Die Unternehmer würden sich durch den neuen Tarifvertrag kein Jota von dem Erreichten nehmen lassen. Der Tarif stehe und falle mit der Leistungsklausel. — Die Debatte bewegte sich in ähnlichen Gedankengängen für und wider. Am 2. Verhandlungstage hielt der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan eine Rede über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die dahin ging, den Bundesrat zu ersuchen, die Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zu verleihen. Es kann darin die Haftbarkeit der Vereine ausgesprochen werden für Schäden, die sie selbst oder ihre Mitglieder, insbesondere durch Tarifvertragsverletzungen, verursachen.

Berlin und Umgegend.

Die Generalaussperrung der Schlosser.

Wie der „Vorwärts" schon am Sonntag berichtete, hat die Generalaussperrung der Schlosser von Groß-Berlin nur einen sehr bescheidenen Umfang angenommen. Am Sonnabendnachmittag wollten bürgerliche Zeitungen schon wissen, daß die Zahl der Ausgesperrten 1500 betrage. Man scheint diese Nachricht absichtlich in die Presse lanziert zu haben, um den Schlossermeistern, die sich gegenseitig nicht recht trauen, Mut zum Aussperren zu machen. Der Liebe Mühe dürfte nicht den erwünschten Ertrag bringen. Besonders die größeren Betriebe haben nur einen kleinen Teil der Schlosser entlassen; so hat eine Firma von 55 Gesellen nur 19 ausgesperrt. Es haben sich bis Montag vormittag im ganzen 260 Ausgesperrte gemeldet, die sich auf etwa 35 Firmen verteilen, worunter viele sehr kleine Meister sich befinden. Teilweise Aussperrungen werden von der Streikleitung nicht gestattet; die Arbeiter wollen nicht so töricht sein, erst die dringenden Aufträge fertig zu stellen und damit den Meistern aus der Verlegenheit zu helfen und sich dann aussperren zu lassen.

Die Ausgesperrten versammelten sich am Montagmorgen im Gewerkschaftshause, um über den Stand der Dinge Beratung zu pflegen. Otto Handke erklärte, die Meister hätten keine Ursache, auf den Erfolg der angedrohten allgemeinen Aussperrung stolz zu sein. Da die Anordnung, auszusperren, so schlecht befolgt worden ist, haben die Unternehmer beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche die einzelnen Betriebe kontrollieren soll; sie haben auch sofort eine Versammlung einberufen. Wenn sie damit rechnen, daß die Ausgesperrten einen starken Druck auf alle Streikenden ausüben werden, um den Kampf zu beenden, so übersehen sie einen großen Fehler in ihrer Rechnung; sie rechnen nicht mit dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Die Ausgesperrten wissen auch, daß allen gemeinsam das zu statten kommt, was die Streikenden gewinnen. Handke warnte davor, daß sich die Ausgesperrten auf irgendwelche Sonderabmachungen mit den Meistern einlassen. In allen Fällen ist die Streikleitung in Kenntnis zu setzen, auch da, wo die **Aussperrung plötzlich rückgängig** gemacht werden soll. Es ist anzunehmen, daß die Meister zuerst noch versuchen werden, die Aussperrung auszudehnen, aber das Mißlingen könnte schnell ihre Taktik ändern und dann muß die Organisation mitsprechen.

* * *

Eine Berliner Korrespondenz verbreitete gestern die folgende Nachricht:

„Blutiger Zusammenstoß zwischen Streikenden und Streikbrechern. Ein schwerer Exzeß, wobei drei Personen angeschossen und einige andere Teilnehmer blutig verletzt wurden, hat sich in der Nacht zum Sonntag auf dem Gesundbrunnen abgespielt. In der Buttmannstraße waren eine größere Anzahl von streikenden Geldschrankarbeitern mit Streikbrechern aneinandergeraten. Es mischten sich auch noch andere Männer in die Streitigkeiten ein und es dauerte nicht lange, so fiel ein Revolverschuß, dem kurz darauf weitere folgten. Die Exzedenten gerieten jetzt hart aneinander. Mit Messern, Stöcken, Schlagringen und Schußwaffen gingen die Gegner aufeinander los. Erst als eine stärkere Schutzmannspatrouille auf der Bildfläche erschien, konnte dem Kampf ein Ende bereitet werden. Die Beamten mußten von der blanken Waffe Gebrauch machen, um die Streitenden auseinderzutreiben. Mehrere der Teilnehmer an dem Exzeß wurden verhaftet. Fünf der schwerer Verletzten mußten nach der Rettungswache bezw. nach dem Krankenhause gebracht werden. Dem 28 Jahre alten Schlosser Max Wilhelm, Stettiner Straße 25, wurde das linke Auge durch einen Revolverschuß vollständig zerschossen. W. wurde sofort nach der Königl. Klinik gebracht, doch konnte das Auge nicht mehr gerettet werden. Einen Schuß in die Brust erhielt der Geldschrankarbeiter Fritz Baum aus der Buttmannstr. 5. Außerdem wurde Baum im Gesicht und am Kopf durch Messerstiche und Schläge mit einem stumpfen Instrument übel zugerichtet. Der 23 Jahre alte Schlosser Emil Schmidt, Pankstr. 56, wurde ebenfalls durch einen Schuß in die linke Brustseite verwundet. Dem Schlosser Paul Münchow, Soldiner Straße 11, wurden nicht weniger als acht blutige Verletzungen beigebracht. Schwer verwundet wurde ferner der Lackierer Adolf Schiffler, Badstr. 45. Einige der Haupt übeltäter sind entkommen."

Einige Zeitungen schmückten die Notiz noch weiter aus und sprachen von einer „Rotte streikender Geldschrankschlosser, die sich dem Alkoholgenuß zu stark ergeben hatten". Die Erfahrung machen streikende Arbeiter oft, daß sie für allerlei Exzesse, die sich zur Zeit eines Streiks ereignen, aber mit diesem in keinerlei Verbindung stehen, verantwortlich gemacht werden. Ob in dem vorliegenden Falle die Streikenden eine Schuld trifft, wird von der Streikleitung genau untersucht werden. Die in der verbreiteten Notiz genannten Arbeiter sind der Leitung unbekannt, gehören also nicht zu den Streikenden. Noch immer hat die Streikleitung davor gewarnt, sich durch provokatorisches Vorgehen der Streikbrecher zu Gewalttätigkeiten verleiten zu lassen. Die Streikbrecher aber werden zu einem Vorgehen gegen die Streikenden oftmals sogar noch von Söldlingen des Kapitals ermutigt und rechnen dabei auf die Unterstützung durch die Polizei. Sie, die mit Revolvern, Schlagringen und anderen Waffen versehen sind, nehmen jedes derbe Wort gleich als Beleidigung auf. Dadurch wird es den Streikenden oft schwer gemacht, die nötige Ruhe zu bewahren. Die Schuld bei Zusammenstößen trifft in der Regel allein die Streikbrecher.

Jedenfalls dürfen die Streikenden auf ihr gutes Recht, ihren Mitarbeitern das große Unrecht des Streikbruchs klarzumachen und sie durch gute Gründe für ihre Sache zu gewinnen, nicht verzichten. Da der berichtete Exzeß sich in der Nacht abspielte, können **Streikposten überhaupt nicht daran beteiligt gewesen sein.**

Die Untersuchung hat stattgefunden. Die so arg beschuldigten streikenden Geldschrankschlosser haben sofort ihre Erkundigungen eingezogen und festgestellt, daß es sich um einen

infamen Lügenbericht

handelt. **Kein Streikender** ist an der Affäre beteiligt, ja, man kann nicht einmal behaupten, daß ein Streikbrecher dabei war. Die ganze Sache hat mit der Streikangelegenheit **nicht das mindeste** zu tun, und doch bürdete die bürgerliche Presse ohne ein Wort des Vorbehalts den Streikenden die Schuld auf. Vom Streikbureau ist der Presse eine Berichtigung zugesandt worden. Ob die Zeitungen, die sofort die Lügennotiz brachten, jetzt der Wahrheit die Ehre geben werden? —

Uebrigens ist der Bericht sensationell aufgebauscht worden. Eine gewöhnliche Schlägerei hat stattgefunden, die durch den Gebrauch des Revolvers einen tragischen Ausgang nahm, indem ein Angeschossener ein Auge verlieren wird. Die übrigen beiden Verletzten, die Schrotschüsse am Arm und an der Brust erlitten, haben nur leichte Wunden davongetragen.

Die Nachricht von der Schlägerei hat die Polizei auf dem Gesundbrunnen gegen die Streikenden mobil gemacht. Ein starkes Aufgebot ist vor den Fabriken von Panzer und Arnheim vertreten und lockte am Nachmittag eine große Menschenmenge an. Zwei Polizeioffiziere waren vor Panzers Fabrik zu sehen, ferner Wachtmeister und mehrere Schutzleute, auch „Geheime" fehlten nicht, und als die Streikbrecher am Abend um 5 Uhr Feierabend machten, da wurden sie, etwa zwanzig an der Zahl, unter polizeilicher Bedeckung die Straße entlang geleitet. — Und die Polizei muß doch wissen, daß die gegen die Streikenden gerichtete Notiz eine Lüge war.

* * *

Gegenüber den tendenziösen Lügenberichten der bürgerlichen Presse verbreitet das Wolffsche Telegraphenbureau folgende amtliche Darstellung des Vorganges:

„Eine hiesige Zeitung veröffentlichte am Montag eine übertriebene Darstellung über einen „Kampf zwischen Streikenden und Arbeitswilligen".

Die Mitteilung ist sowohl in bezug auf den Anlaß wie den Verlauf des Vorgangs nicht zutreffend.

Es handelt sich um eine Schlägerei zwischen jungen Leuten, wie sie in den Nächten vom Sonnabend zu Sonntag häufiger vorkommen. Dabei ist allerdings ein Schuß abgegeben worden, die Patrone war aber nur mit Vogeldunst geladen. Durch den Schuß wurde ein Mann am Auge und ein zweiter an der Brust getroffen. Beide Verletzungen sind ganz leichter Art, die Verletzten wurden auf der Unfallstation, die sie selbst aufgesucht hatten, verbunden und dann nach Hause entlassen.

Ein Schutzmann war bei dem Streit nicht zugegen.

Deutsches Reich.

Die Organisation im Gastwirtsgewerbe.

Die Organisation der Angestellten im Gastwirtsgewerbe steckt bekanntlich noch in den Kinderschuhen, soweit es sich um die moderne Arbeiterbewegung handelt, wenngleich gerade in diesem Berufe die gewerkschaftliche Aktion notwendig wäre, wie irgendwo. Der „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen" hat es doch schon auf rund 10 000 Mitglieder gebracht, wozu allerdings auch der kürzlich erfolgte Anschluß des Hoteldienerverbandes beitrug. Immerhin ist das ein verschwindend kleiner Prozentsatz der etwa 800 000, die im Gastwirtsgewerbe beschäftigt sind.

Unter der Mitwirkung der Unternehmer, wie auch der Stellenvermittler haben sich eine Reihe von Vereinigungen in diesem Gewerbe breit machen können, deren Einfluß ein nicht zu unterschätzender, und deren Tätigkeit für die Angestellten, denen sie eigentlich dienen sollten, recht verderblich ist. Da ist z. B. der „Genfer Verband", der eine Art Elitevereinigung sein will, und der so ziemlich den ganzen Dünkel dieses Standes repräsentiert. Er tut sich ganz besonders etwas auf die vielen Hoteliers und sonstigen Unternehmer, die er als Ehrenmitglieder in seinen Reihen zählt, zu gute. Mit deren Hilfe vermag er natürlich auch den Arbeitsnachweis an manchen Orten zu beherrschen. Das letztere trifft nicht minder auf den „Deutschen Kellnerbund" zu, der in Deutschland etwa 5000 Mitglieder zählt und der tatsächlich fast nur durch die Stellenvermittelung erhalten wird. Seine Führer sind zwei aus dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbande übernommene Redakteure, die mit Macht im Schackschen Sinne auch unter den Kellnern arbeiten, d. h. vor allen Dingen und mit allen Mitteln gegen die moderne Arbeiterschaft.

Ein neueres Pflänzchen, der „Reichsverband deutscher Kellnerlokalvereine", der in Hannover vegetiert und etwa 800 Mitglieder zählen mag, hat sich kürzlich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Er hofft, mit deren Hilfe den Kampf gegen die organisierten Gastwirtsgehilfen besser aufnehmen zu können. Der Anschluß an die Zentrumsgewerkschaft ist nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten gegangen, denn einer von den wenigen angeschlossenen Lokalvereinen, nämlich der Kasseler, hat sich infolgedessen schon wieder von diesem famosen Reichsverbande getrennt, mit der Begründung, „man wolle sich nicht organisieren, um zu beten, sondern um die Verhältnisse zu bessern, und dazu braucht man keine Verbindung mit dem Papste."

Die Arbeiterschaft hat vielfach Gelegenheit, die gastwirtschaftlichen Angestellten auf die Organisation aufmerksam zu machen. Der Kampf des „Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen", der allein für die organisierte Arbeiterschaft in Frage kommt, gegen die nationalen Vereinigungen ist um so schwieriger, als diese sich in einem sogenannten „Nationalen Kartell" vereinigt haben, welches von vornherein nur zu dem Zweck gegründet wurde, den Zentralverband zu bekämpfen.

Die Arbeiter der Bremen-Besigheimer Oelfabrik sind Sonnabend, den 7. August, in den Ausstand getreten. Sie befinden sich seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Sonnabend wurden dann plötzlich 6 Arbeiter entlassen, die teils der Lohnkommission, teils dem Arbeiterausschusse angehörten. Die Arbeiter erblickten in dieser Maßnahme eine Maßregelung und erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch. Sie beschlossen einstimmig, die Arbeit nur dann wieder aufzunehmen, wenn die 6 Entlassenen wieder eingestellt werden.

Metallarbeiter-Aussperrung. In der Jüterboger Schrauben- und Mutternfabrik A.-G. sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Die Akkordlöhne sollten den Arbeitern und Arbeiterinnen noch mehr gekürzt werden. Am Freitag wurde 5 Arbeiterinnen eine Arbeit, für welche es bisher 6 Pf. gegeben hat, zum Preise von 4 Pf. angeboten. Die Arbeiterinnen, die nur einen Verdienst von 4 bis im Höchstfalle 9 Mk. wöchentlich erreichen können — 9 M. soll eine außerordentliche Seltenheit sein —, können und wollen sich eine weitere Reduktion der Akkorde nicht mehr gefallen lassen.

Darauf wurde der Betrieb am Freitag früh stillgelegt mit dem Bemerken, wer zu den reduzierten Bedingungen arbeiten will, könne sich am Sonnabend zur Arbeit melden. Die Arbeiter wählten eine Kommission von 5 Mann, um mit dem Direktor Schrader zu verhandeln. Der Direktor lehnte jedwede Verhandlung ab und stellte den Betrieb ein. Die Akkorde sind in diesem Betriebe überhaupt ganz nach Willkür festgesetzt worden. Erhielt beispielsweise ein Arbeiter für eine bestimmte Arbeit 8 Pf., so ist es wiederholt vorgekommen, daß am nächsten Tage ein anderer Arbeiter nur 6 Pf. für dieselbe Arbeit bekam. Unter solchen Umständen betrug der Verdienst der Männer bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit wöchentlich zwischen 9 bis 12 M.

Wir ersuchen daher, den Zuzug nach Jüterbog unter allen Umständen fernzuhalten. Es kann ja wohl auch als selbstverständlich gelten, daß es bei Verdiensten von 9 bis höchstens 12 M. wöchentlich niemand nach diesem Dorado gelüstet.

Deutscher Metallarbeiterverband. 8. Bezirk.

Der Streik der Schneidemühlenarbeiter in Tilsit hat mit einem Erfolge der Arbeiter sein Ende gefunden. Die Vereinbarungen fanden vor dem Gewerbegericht statt. Der für drei Jahre abgeschlossene Vertrag sieht folgende Lohnsätze vor: Vom 1. März bis 1. Oktober wird ein Stundenlohn von 30 Pf. gezahlt; früher gab es während der „Sommermonate", die das Unternehmertum willkürlich bestimmte, 26 bis 30 Pf. pro Stunde. In den Monaten Oktober, November, Dezember, Januar und Februar werden die Arbeiter fortan mit 25 Pf. Stundenlohn abgerechnet werden. Im dritten Vertragsjahr erhöht sich der Lohnsatz im Winter und Sommer um einen Pfennig pro Stunde. Ueberstunden, früher als gewöhnliche Arbeitsstunden entlohnt, werden nunmehr von 6 bis 8 Uhr abends mit 5 Pf., weitere Ueberstunden nach 8 Uhr mit 10 Pf. Zuschlag entlohnt. Ueber die Tarifabmachungen wird eine Kommission wachen, die aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitern besteht. Diese Kommission amtiert unter der Leitung des Gewerbegerichtsvorsitzenden.

Zum Kampf im Baugewerbe in Hamburg.

Die beteiligten Gewerkschaften beschäftigten sich in den letzten Tagen mit den Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Das Einigungsamt hat den Parteien den folgenden Vorschlag gemacht:

„Seitens der Arbeitnehmer der sämtlichen in Betracht kommenden Nebengewerbe wird die Arbeit zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen sofort wieder aufgenommen, nachdem den Arbeiterorganisationen von dem Arbeitgeberverband offizielle Anzeige gemacht ist, daß die Stillegung des betreffenden Nebengewerbes laut Bekanntmachung in den „Hamburger Nachrichten" vom 24. Juli 1909 seitens des Baugewerbeverbandes aufgehoben worden ist. Die Vertreter des Baugewerbeverbandes akzeptieren den Antrag des Herrn Paeplow:

Den an der heutigen Verhandlung beteiligten Arbeitnehmerorganisationen, mit Ausnahme derjenigen der Gipser und Plattenansetzer, vom 1. Januar 1910 ab eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde auf die bisherigen Löhne zu gewähren, wenn und insoweit den Angehörigen der drei Zentralverbände eine Lohnerhöhung überhaupt zugebilligt wird."

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trotz Eulenburg!

Düsseldorf, 9. August. (W. H.) Ein **Hauptmann von der 13. Division** wurde unter der Beschuldigung des Vergehens gegen **§ 175 St.-G.-B. verhaftet.** Er soll die Verfehlungen mit einem **Ulanen vom hiesigen Ulanen-Regiment begangen haben.**

Unwetter.

Emsdetten, 9. August. (W. T. B.) Ein stundenlanger Wolkenbruch hat zwei Drittel des Ortes unter Wasser gesetzt, das teilweise eine Höhe von $1^1/_2$ Metern erreichte. In Kellern und Parterreräumlichkeiten wurde großer Schaden angerichtet. Einiges Vieh ist ertrunken.

Ein Musterpostamt.

Budapest, 9. August. (W. H.) Im Postamt zu Szaszfeber wurden Unterschlagungen aufgedeckt, die viele Jahre zurückreichen. Der dortige Postmeister, der Postoffizial und eine Postbeamtin sowie der Briefträger wurden in Untersuchung gezogen. Dem letzteren wurde allein nachgewiesen, daß er in der letzten Zeit über **1000 meist aus Amerika kommender Briefe** unterschlagen und den Geldinhalt der Briefe für seine Zwecke verwendet hat.

Abgestürzte Touristen.

St. Gallen, 9. August. (W. H.) Am Piz Vandile an der Schweizer Grenze sind der Notar Kantelli und der Photograph Patti aus Norditalien **abgestürzt. Beide Touristen sind tot.**

Unglücksrennen.

Brüssel, 9. August. (W. H.) Bei dem Radrennen „Rund um Belgien" ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Der Rennfahrer **Renaix** rannte gegen einen Baum und wurde **tödlich verletzt** aufgehoben. Zwei andere Fahrer wurden von der Hitze überwältigt und liegen **schwer erkrankt danieder.**

Politischer Mord.

Konstantinopel, 9. August. (W. H.) Der Chefredakteur des jungtürkischen Blattes „Seperi i Saika", Kiasim Bei, wird seit fünf Tagen vermißt. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist er **aus politischen Gründen ermordet worden. Der Verdacht richtet sich gegen die klerikale Partei.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

16. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche.

(Vorversammlung.)

Bremen, den 8. August.

Unter äußerst lebhafter Beteiligung wurde heute abend im „Kasino" die 16. Jahresversammlung durch den Verbandsvorsitzenden **Fräßdorf**-Dresden eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache weist der Verbandsvorsitzende auf die starke Zunahme des Verbandes hin seit der Zeit, daß die Regierung sich mit der Gesetzesänderung befaßt. Durch die beabsichtigte Maßnahme sei vielen Kassen erst der Weg zur Organisation gezeigt worden. Die Mitgliederzahl beläuft sich jetzt auf rund 4 Millionen. Der Verbandstag konstituiert sich dann in folgender Weise: Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Herren **Fräßdorf**-Dresden, **Rhein**-Bremen und **Wüstner**-Leipzig, zu Schriftführern die Herren **Starke**-Dresden, **Lohrberg**-Hannover und **Meier**-Braunschweig. Der Verbandstag tritt alsdann in die Beratung über die Festsetzung der

Tagesordnung

ein, die in folgender Gestaltung Annahme findet:

1. **Bericht der geschäftsführenden Kasse.** 2. **Besprechung der Reichsversicherungsordnung:** a) Umfang und Träger der Reichsversicherungsordnung, Versicherungsbehörden, gemeinsame Vorschriften (Referent: Herr **Pollender**-Leipzig); b) Umfang und Gegenstand sowie äußere Verfassung der Krankenversicherung (Referent: Herr **Gräf**-Frankfurt a. M.); c) innere Verfassung der Krankenversicherung, Aufbringung der Mittel, Verhältnis der Kassen zu den Aerzten (Referent: Herr Professor Dr. **Stier-Somlo**-Bonn); d) Versicherung der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, der Dienstboten, der unständigen Arbeiter, der im Wandergewerbe beschäftigten Personen und der Hausgewerbetreibenden, Ersatzkassen, Schluß- und Strafbestimmungen (Referent: Herr **Kohn**-Berlin); e) Unfallversicherung (Referent: Herr **Bauer**-Berlin); f) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (Referent: Herr **Starke**-Dresden); g) Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten und Spruchverfahren (Referent: Herr **Bauer**-Berlin). 3. **Antrag der Ortskrankenkasse zu Magdeburg:** „Die geschäftsführende Kasse mit einer Zusammenstellung sämtlicher Beschlüsse des Zentralverbandes zur Abänderung der Versicherungsgesetze behufs Eingabe an Reichstag und Bundesrat, sowie der Verhandlungen der Unterverbandstage zur Reichsversicherungsordnung zu beauftragen." 4. **Antrag der allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M.:** „Die Krankenkassen haben beim Abschluß von Verträgen mit den Aerzten die Forderung aufzustellen, daß alle Kassenärzte verpflichtet sind, auch den von ihnen behandelten Unfallverletzten auf Wunsch ein ärztliches Gutachten auszustellen, damit diese auch in der Lage sind, einen Kampf um die zu niedrig bemessene Unfallrente zu führen. (Referent: Herr Gräf-Frankfurt.) 5. **Die prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen** (Referent: Herr Kohn-Berlin). 6. **Neuwahl der Kassenvertreter für das Zentral-Tarifamt.** 7. **Wahl der geschäftsführenden Kasse für die Jahre 1909—1912.** 8. **Wahl des Ortes der nächsten Jahresversammlung.**

Nach Festlegung vorstehender Tagesordnung wird zur Prüfung der Rechnung des Verbandsdirektors die Allgemeine Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. bestimmt.

Zweiter Tag.

(Telegraphischer Bericht.)

Bremen, den 9. August.

Zu der heutigen ersten geschäftlichen Sitzung sind etwa 500 Delegierte erschienen. Der Senat Bremens ist durch Senator **Lürmann** und Regierungsrat **Schmidt**, die Kammer für Kleinhandel durch Generalsekretär **Meinert** vertreten. Ferner ist von dem Verband der österreichischen Krankenkassen Reichsratsabgeordneter **Enderſch**-Wien, vom Zentralverband für das Krankenkassenwesen Deutschlands **Simanowski**-Berlin, von der Landesversicherungsanstalt Oldenburg **Geheimer Regierungsrat Dittmann** erschienen.

Der **Vorsitzende der Bremer Ortskrankenkasse Rhein** begrüßte den Krankenkassentag namens der Bremer Ortsgruppe. Die Beratungen gelten dem Wohl der Millionen von Versicherten, deren Interessen wir wahrzunehmen haben. Die Reichsversicherungsordnung schwebt wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Versicherten. Man ist dabei, die Selbstverwaltung der Krankenversicherung zu vernichten. (Sehr richtig!) Als aber das falsche Lied von dem Terrorismus der Krankenkassen auch in Bremen erklang, um die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ja jahrzehntelang zusammengearbeitet haben, zu verhetzen, haben wir hier festgestellt, daß weder Terrorismus, noch Parteipolitik vorhanden ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses **Fräßdorf**-Dresden begrüßte die erschienenen Regierungsvertreter und die Vertreter der Presse. Es sei erfreulich, daß sich die Vertreter der Presse so zahlreich eingefunden haben. Wir wissen ja selbst, welch großen Einfluß die Presse auf die Oeffentlichkeit hat und wir haben es deshalb immer so gehalten, daß wir in voller Oeffentlichkeit arbeiten und der Presse alles Material zugänglich machen. Die Reichsversicherungsordnung harrt der Beratung. Der verknöcherte Bureaukratismus und das Scharfmachertum will die Selbstverwaltung der Krankenkassen vernichten. Wir wollen Front machen gegen die Zersplitterung, gegenüber der sogenannten Halbierung der Beiträge. Wir werden auch Stellung zu nehmen haben zu der Aerztefrage. Sie wissen, unsere Stellung in der Aerztefrage ist immer eine lojale gewesen. Wir wissen, daß wir uns nicht in Gegensatz zu den Aerzten stellen dürfen. Wir dürfen die Aerzte nicht in ein unwürdiges Verhältnis zu den Krankenkassen zwingen, sondern die Aerzte müssen gleichberechtigt und mitbestimmend sein für alle Fragen. Aber eine kleine Gruppe von Aerzten trägt Kampf und Haß in unsere Reihen. Ich sage, eine **kleine** Gruppe, wenn auch der Leipziger Aerzteverband behauptet, er besitze 24 000 Mitglieder. Wir wollen einmal abwarten, wie viele der Fahne des Aerzteverbandes folgen. 2000 Aerzte in Deutschland sind es, die den ganzen Rummel hervorgerufen haben. Der andere Teil wünscht — das bin ich sicher — nicht den Kampf in die Kassen hineingetragen zu sehen und dieser Teil wird sicher einer gesetzlichen Ordnung zustimmen, wenn sie das Verhältnis regelt. Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, zeigen die Denunziationen und Anschwärzungen der Gegner. Sie haben dem Sozialpolitiker Prof. Stier-Somlo den Sozialdemokraten Fräßdorf an die Rockschöße zu hängen versucht. Man glaubte, nur einen **roten Lappen schwingen** zu müssen, um die Leute kopfscheu zu machen. Wir arbeiten hier aber nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Versicherten und wenn die neue Versicherungsordnung einmal in der Zukunft 20 Millionen Versicherte umfassen soll, so dürfen deren Interessen nicht 2000 Aerzten geopfert werden. Wir müssen verlangen, daß der Reichstag ohne Furcht vor den Schreereien dieser Herren einen ordentlichen Schritt macht. (Lebhafter Beifall.) — Darauf begrüßte **Senator Lürmann** namens des Senates den Verbandstag. Der Senat erkenne in vollstem Maße an, was die Ortskrankenkassen in den letzten Jahren geleistet haben. Die wirtschaftliche Depression, unter der auch andere zu leiden haben, werde hoffentlich bald vorübergehen und die Krankenkassen dann auch in erhöhtem Maße ihren Pflichten nachkommen können. (Beifall.)

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Referent, **Professor Dr. Stier-Somlo**-Bonn sprach über

„Die innere Verfassung der Krankenversicherung, die Aufbringung der Mittel und das Verhältnis der Kassen zu den Aerzten."

Er führte zunächst aus, daß er als vollständig unabhängiger Sozialpolitiker zu der Frage Stellung nehmen werde. Die Reichsversicherungsordnung bringe den Aerzten ein Geschenk; denn sie erklärt ausdrücklich, ärztliche Behandlung sei nur eine Behandlung durch einen Arzt.

Die Kassen würden Gefahr laufen, wenn die Aerzte berechtigt sein sollten, selbständig Anordnungen zu treffen. Er billige den Standpunkt, daß die Kassenvorstände gefragt werden, ehe der Arzt seine oft tief einschneidenden Anordnungen trifft. Ein weiteres Geschenk gibt die Reichsversicherungsordnung an die Aerzte durch die ausdrücklich vorgeschriebene Aerzteordnung, die für sie eine enorme Sicherheit bedeutet. Die beiden wichtigsten Grundsätze sind das Prinzip der Gleichberechtigung und der Freiwilligkeit. Dieses Prinzip ist für die Kassen nicht aufrecht zu erhalten, wenn wir es nicht auch den Aerzten bewilligen. Der Leipziger Aerzteverband ist darüber entrüstet, daß der Staat es wagt, ihm für die freiwillige Aerztewahl kein Monopol zu geben. Wer verlangt, daß die freiwillige Aerztewahl als Monopol hingestellt wird, der hat kein Gefühl für das Wesen der Selbstverwaltung. Aber dieselben Aerzte, die für sich alle Freiheiten verlangen, wollen dem Gegner ein System aufoktroyieren, das die Kassen nicht billigen dürfen. — Redner wendet sich zu den Aerztestreiks, die er als **Schande in der sozialen Entwickelung** bezeichnet. (Großer Beifall.) Im zweiten Teile seines Referats befaßt sich Redner mit der Frage der inneren Organisation und bekämpft entschieden die in dem Entwurf vorgeschlagene Halbierung der Beiträge und der Vertretung in dem Vorstand und fordert, an dem bisherigen System nichts zu ändern, zumal die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge gar nicht zahlen wollen. Die Hauptsache sei, daß die Kassen sozialpolitisch Gutes leisten, daß sie richtig verwaltet werden und daß sie sich einordnen in unser Staatswesen. Ob der Vorstand ein Liberaler oder ein Zentrumsmann sei, das habe für die sozialpolitische Wirkung kein Interesse. Der Vorstand soll neu organisiert werden und in seine Mitte den Bureaukratismus bekommen. Das sei bei den Ortskrankenkassen vorgesehen, von den Landkrankenkassen sei überhaupt keine Rede. Zur Landkrankenkasse gehören aber nicht nur die im landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Arbeiter und das sind 11 Millionen, sondern auch gewerbliche Arbeiter, die vom Landwirt beschäftigt werden. Wenn die **Landflucht** aufhören soll, so wird auch der **landwirtschaftliche Arbeiter** verlangen müssen die **Selbstverwaltung** für seine Krankenkasse. Es handelt sich da um eine Sache, an der weit über 20 Millionen beteiligt sind, ob diese Beteiligten verdrossen oder freudig der Sache gegenüberstehen. Mit der Volkstümlichkeit ist es aber vorbei, wenn die Selbstverwaltung aufhört. Dann Deutschland, gute Nacht! Der Redner schloß mit den Worten Friedrich Fischers, daß das Moralische sich von selbst versteht. So sei auch hier viel von den Fehlern, wenig von den Vorzügen des Gesetzes geredet worden. Aber wir sind alle Mitglieder eines großen Deutschen Reiches, dessen Interessen identisch sind mit seinen Angehörigen. Und wenn die Reichsversicherungsordnung Gesetz wird, so haben wir 30—34 Millionen Versicherte*), das ist mehr als die Hälfte der Einwohner des Deutschen Reiches. Wir müssen deshalb den Mut haben und frei heraus sagen, was noktut. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zu den einzelnen Paragraphen gestellte Anträge werden der geschäftsführenden Kasse als Material überwiesen.

Stadtverordneter **Pollender**-Leipzig referierte hierauf über:

„Umfang und Träger der Reichsversicherungsordnung."

Die neue Reichsversicherungsordnung erfüllt nicht die Anforderungen, die die Versicherten an sie zu stellen berechtigt sind. Heute verschlingt die Verwaltung der Arbeiterversicherung jährlich mehr als 40 Millionen Mark, eine Summe, die durch Verschmelzung bedeutend herabgesetzt werden kann. Aber der neue Entwurf denkt nicht daran, die schon seit Jahren geforderte Vereinheitlichung herbeizuführen. Bei der Unfallversicherung lassen sich die Unternehmer nicht durch die Arbeiter in die Rentenfestsetzung hineinblicken, und bei der Invalidenversicherung soll die Stellung der Regierung nicht beeinträchtigt werden. Es sei unbedingt notwendig, daß die Regierung dem Urteil derjenigen, die in der Arbeiterversicherung jahrelang gearbeitet haben, einen Wert beilegt. Es handelt sich nicht darum, daß die Kassen nur ihren Verpflichtungen nachkommen, sondern auch um die Form und darum, daß die Mittel ökonomisch verwandt werden. Hierüber müssen die Versicherten selbst mitbestimmen. Wenn man den Entwurf durchsieht, sind die Besprechungen im Reichsamt des Innern auf den Entwurf durchaus ohne Einfluß geblieben. Neben dem Ausbau der Versicherung auf bisher nicht versicherungspflichtige Personen bringt der Entwurf noch etwas ganz Neues, nämlich die freiwillige Versiche-

*) Diese Zahl beruht auf einer irrtümlichen Berechnung des Referenten. Die tatsächliche Ziffer ist niedriger. Die Berufszählung 1907 weist als Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter auf: in der **Landwirtschaft**, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei 10 581 347, in der **Industrie**, einschließlich Bergbau und Baugewerbe 8 918 269, im **Handel** und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft 2 362 657, mit **häuslichen** Diensten Beschäftigte 523 482 Personen, das sind insgesamt 22 383 755 Arbeiter. Rechnet man zu diesen noch die gute Hälfte des 1 315 021 Personen umfassenden wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildeten Verwaltungs-, Aufsichts- und Bureaupersonals, so kämen höchstens 23 Millionen nach dem Entwurf als versicherungspflichtig in Betracht. Es kann also, selbst die versicherungsberechtigten Kleinbauern, Handwerker und kleinen Geschäftsleute zugerechnet, höchstens eine Personenzahl von 25 bis 27 Millionen in Betracht kommen.

Kleines Feuilleton.

Mehr deutsche Vorgeschichte! In den Volksschulen werden unsere Kinder mit den Meinungen und Taten der altjüdischen Patriarchen traktiert, in unseren Mittelschulen sind die alten Griechen und Römer Gegenstand einer meist zwecklosen (weil formalen), aber um so ausgedehnteren Fürsorge. Was daneben noch an Geschichte geboten wird, geschieht zur höheren Ehre der Hohenzollern. Daß ein vernünftiger Geschichtsunterricht von der Vergangenheit des eigenen Volkes ausgehen und dessen Geschichte schließlich im Zusammenhang der allgemeinen menschlichen (wirtschaftlichen und kulturellen) Entwickelung behandeln müßte, ist eine pädagogische Forderung, die unsere herrschenden Klassen keinesfalls zu erfüllen geneigt sind. Gott schuf die Menschen, und das weitere besorgten die Hohenzollern.

Die lange vernachlässigte Vorgeschichte des Menschen, die im Anschluß an die naturwissenschaftlichen und völkerkundlichen Forschungen unsere eigene Vergangenheit wissenschaftlich erschließen will, findet erfreulicherweise auch bei uns jetzt bessere Pflege. Zeugnis davon legte die von der Deutschen Gesellschaft für Vorgeschichte in Hannover veranstaltete Tagung ab.

Der Direktor des hannöverschen Provinzialmuseums, Dr. Reimers, hielt dort einen Vortrag über: „Die Beziehungen zwischen Vorgeschichtsforschung und Denkmalspflege". Der Begriff des Denkmals, führte er aus, ist nicht zu definieren und daher auch nicht gesetzlich festzulegen. In der preußischen Verwaltung wird ein Gegenstand als Denkmal angesehen, wenn er der Vergangenheit angehört und von künstlerischer, kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung ist. Danach gehören also auch alle Anlagen und Gegenstände der vorgeschichtlichen Zeit ohne weiteres zu den Denkmälern. Aber auf den Denkmalstagen, die alljährlich stattfinden, um für unsere Denkmäler einen größeren Schutz zu gewinnen, sind Museumsdirektoren, die vorgeschichtliche Sammlungen zu leiten haben, fast gar nicht zu finden. Diese auffallende Tatsache läßt sich nur durch die verschiedene Wertschätzung erklären, die die Denkmäler der geschichtlichen Zeit gegenüber der vorgeschichtlichen Zeit erfahren. Wenn jemand auf fremdem Grund und Boden einen vorgeschichtlichen Grabhügel öffnet, so ist er sich nicht bewußt, eine strafbare Sachbeschädigung zu begehen und noch weniger macht er sich klar, daß er mit der leicht erbeuteten Urne ein geschlossenes Kulturbild zerstört und für die Wissenschaft unbrauchbar gemacht hat. Mit ehrfürchtiger Scheu stehen wir Hellas und Rom gegenüber; ein Stückchen Marmor von der Akropolis läßt vor unserem geistigen Auge die klassische Herrlichkeit der Welt emporsteigen, aber eine Scherbe einer vorhistorischen Urne aus unserer eigenen Heimat ist für die meisten eine wertlose Scherbe. Daß die Erforschung des klassischen Altertums auf der festen Grundlage positiven Wissens beruht, weiß jeder, aber als Prähistoriker glaubt jeder Dilettant mitreden zu dürfen. Gewiß wollen wir die klassische Bildung aus unserer Jugenderziehung nicht entbehren, aber wir müssen auch darauf hinwirken, daß mehr als bisher die Kenntnis unserer eigenen Vergangenheit unserer Jugend vermittelt werde. Nur dadurch werden wir den vorgeschichtlichen Denkmälern Wertschätzung und Schutz verschaffen können, weit weniger durch gesetzliche Maßnahmen. Mit Hilfe der Deutschen Gesellschaft für Vorgeschichte muß erreicht werden, daß unserer Jugend Begeisterung eingeflößt wird vor unserer eigenen Vergangenheit und daß die Hinterlassenschaft unserer eigenen Heimat gleichwertig erachtet wird mit dem Erbe der antiken Welt.

Wir nehmen an, daß Direktor Reimers Begeisterung wecken will vor der zähen kollektiven Kulturarbeit der ungezählten Generationen, die den Menschen vom Tier heraufentwickelten. In diesem Sinne wünschen auch wir mehr deutsche Vorgeschichte.

Der Boykott der Pfaffen. Halbes Drama „Jugend", durfte neulich auf Betreiben von katholischen Geistlichen in Bad Brückenau nicht aufgeführt werden. Wie das „Berliner Tageblatt" aus Bildungen erfährt, haben die gleichen Herrschaften dort ebenfalls durchgesetzt, daß die „Jugend" nicht mehr aufgeführt wird. Es scheint sich danach um einen planmäßigen Boykott zu handeln. Wenn katholische Geistliche das Stück nicht sehen wollen, schön — aber was geht die übrige Menschheit das an? Warum läßt sich das übrige Publikum eine derartige Zensur gefallen?

Was die Zeppelin-Begeisterung kosten kann. Die „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet aus Bochum: Ein hiesiger Wirt war am Montag mit seiner Frau nach Köln gereist, um der Ankunft des Luftkreuzers beizuwohnen. Um recht gut und recht viel sehen zu können, faßte er mit seiner besseren Hälfte Posto auf dem Plattdach eines Hotels. Mit dem Besitzer des letzteren war vereinbart worden, daß pro Stuhl und Stunde ein Platzgeld von sage und schreibe drei Mark entrichtet werden solle. Der Preis erschien zwar ein bißchen salzig, aber solches Schauspiel kommt ja nicht alle Tage vor. Der Bochumer und seine Gattin bezogen ihren Ausguck in luftiger Höhe um 11 Uhr vormittags; sie hielten in Sturm und Regenwetter über den Mittag und Nachmittag bis zum Abend mutig und unverdrossen aus. Um sieben Uhr endlich riß ihnen aber der Geduldsfaden. Fröstelnd stiegen sie wieder zu Tal, ohne den „Zeppel" gesehen zu haben. Sie hatten acht Stunden oben gesessen; machte, auf zwei Personen gerechnet, 16 Platzstunden = 48 Mark. Unser Bochumer lud das Sümmchen mit recht betrübter Miene ab; seine Gattin aber meinte sehr richtig: „Das hätten wir zu Hause billiger haben können!"

Das rückständigste Land Europas muß in den Augen eines lojalen Deutschen — das Fürstentum Liechtenstein sein. Bisher hat das Land keine Ordensauszeichnungen gekannt. Kein braver Freisinnsmann konnte dort den Vogel bekommen, wenn er seine Grundsätze verriet. Und was sind Bürgertugenden, was langjähriger Hosenverbrauch im Dienste der Volksbedrückung, wenn sie durch keinen Piepmatz belohnt werden. Die Kultur ist jetzt endlich auch nach Liechtenstein gedrungen. Nichts konnte ihr siegreiches Vordringen mehr hemmen: Fürst Johann hat Orden und Medaillen bei seinem Regierungsjubiläum eingeführt.

Die Ausnutzung der Viktoriafälle. Dem Ruhm der Niagarafälle als Kraftquelle droht eine schwere Gefahr: die größten Wasserfälle der Welt, die abgelegenen und bisher nur selten von Reisenden besuchten Viktoriafälle in Südafrika, sollen jetzt als Kraftquelle ausgenutzt werden. Eine Gesellschaft hat sich bereits gebildet und die Arbeiten sind in vollem Umfang aufgenommen. Während die Niagarafälle an ihrer weitesten Stelle eine Breite von 670 Meter haben mit einem Wassersturz von 58 Meter Tiefe, zeigen die Viktoriafälle eine Breite von 1700 Meter und einen Wassersturz von 140 Meter. Die Anlagen, die errichtet werden, um diese gewaltige Energiemenge in elektrische Kraft umzuwandeln, sollen die größten ihrer Art in der Welt sein. Die längste europäische Uebertragung elektrischer Kraft ist die von Avignonet in Frankreich, die eine Länge von 220 Kilometer hat; die längste der Welt die von Colgate in Kalifornien, die die elektrische Kraft vom nördlichen Yubaflusse auf eine Entfernung von 850 Kilometer überträgt. Bei den Viktoriafällen wird sie 1100 Kilometer in gerader Linie ausmachen. Die Eingeborenen nennen die Viktoriafälle bezeichnend Mosi-oa-tunja, den „donnernden Rauch". Die gewaltige Wassermauer, die Millionen und Abermillionen von Pferdekräften birgt, entwickelt bei dem Sturz in die Tiefe gewaltige Wolken von Schaum und Wassertropfen. Inmitten einer solchen Atmosphäre von Wasserstaub erhebt sich die kleine Insel Livingstone aus den Fluten. Die Wälder in der Gegend des Falles werden die „Wälder des Regens" genannt, da sie unausgesetzt in Wasserstaub getaucht sind.

Humor und Satire.

Juristisches. Das Oberlandesgericht Rostock hat am 4. März 1908 folgende Entscheidung in einer Ehescheidungssache gefällt: Es steht fest, daß der beklagte Ehemann wegen beharrlicher Trunksucht entmündigt ist; beharrliche Trunksucht ist an sich ein Verhalten, das im allgemeinen zur völligen Zerstörung der ehelichen Gesinnung des anderen Ehegatten geeignet erscheint. Der Ehemann ist aber seit früher Jugend geistig minderwertig. Er hat daher die tiefe Zerrüttung der Ehe, wie sie tatsächlich durch seine Trunksucht herbeigeführt ist, nicht voll verschuldet. Der Klägerin muß daher die Fortsetzung der Ehe mit ihm zugemutet werden.

Nord und Süd. Der bayerische Bauer: „Uns hoaß'n s' allaweil die G'scheert'n — bal i im Preußischen war mit meine Rindviecher, nacha hoaßet i Akrarier und derfet an Kanzler aufi schmeiß'n, bal er ma net paßt." („Simplicissimus".)

Notizen.

— **Theaterchronik.** Die königlichen Theater eröffnen die neue Spielzeit am Sonntag, den 15., die Oper mit „Carmen", das Schauspielhaus mit „Die Welt in der man sich langweilt". — Im Lessing-Theater wirkt Bassermann im Ibsen-Zyklus, der am 17. August beginnt, zum letztenmal mit, da er am 31. August aus dem Lessing-Theater austritt.

— **Musikchronik.** Die Erstaufführung von Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt" in der Gura-Oper ist nunmehr endgültig für Mittwoch angesetzt.

— Das elektrisch betriebene Luftschiff stellt nach Edison den Zukunftstypus dar. Natürlich soll es nicht mit Akkumulatoren betrieben werden (die Edison trotz aller Prophezeiungen der Blätter auch noch nicht in geeigneter Weise erfunden hat), sondern mit drahtloser Zuführung der elektrischen Energie. Diese Methode kann und wird erfunden werden, meint Edison.

rung, um den Wünschen des Mittelstandes entgegenzukommen. Ferner wurde das Schweigegebot, das bisher nur für die Aerzte bestand, auch auf die Organe der Versicherung ausgedehnt. Eine solche Verpflichtung erscheint nicht nur nicht notwendig, sondern im höchsten Grade überflüssig. Redner wandte sich dann dem § 22 des Entwurfes der Reichsversicherungsordnung zu, wonach, wenn Tatsachen bekannt werden, die „die Vertrauenswürdigkeit" der gewählten Mitglieder der Versicherungsorganisationen „für die Kassenführung ausschließen", diese durch die Aufsichtsbehörde ihres Amtes enthoben werden können. Das werde hinsichtlich der politischen Ansicht der Betroffenen von weitgehendster Bedeutung sein. Weiter hob Redner die Fragwürdigkeit der Schiedsgerichtsinstanz in Aerzte- und Apothekerangelegenheiten hervor, gegen die man nicht nur die Aerzte ankämpfen lassen soll. Auch vom Standpunkt der Krankenkassen könne man sich unmöglich mit diesen Bestimmungen befreunden.

Sodann sprach Arbeitersekretär Gräf-Frankfurt a. M. über den

„Umfang und Gegenstand sowie die äußere Verfassung der Krankenversicherung".

Redner erkennt an, daß das neue Gesetz auch Vorteile für die Versicherten bringt. Aber diese werden durch die Nachteile überwogen. Anzuerkennen sei die Ausdehnung auf einen großen Teil der bisher einer Krankenkasse nicht angehört hat. Die Behörden sind aber nicht selbständig vorgegangen, sondern erst auf Drängen der Kongresse dem Vorgehen in Süddeutschland nachgehumpelt. Die Einführung der Versicherung auf die unständigen Arbeiter begrüßen auch wir, wenn sie auch technisch schwierig sei. Die Gemeinden werden zum Teil zu den Lasten der Versicherung herangezogen werden müssen. Redner kritisiert dann die Bestimmung, wonach es dem Unternehmer freistehen soll, durch Gründung von Betriebs- und Innungskrankenkassen sich von der Versicherung zu befreien, und verlangt weiter die Heraufsetzung des versicherungspflichtigen Einkommens von 2000 M. auf 3000 M. Ferner sei zu monieren, daß die Karenzzeitfrage in dem Entwurf immer noch nicht gelöst sei. Offengelassen ist auch die Frage der Geschlechtskrankheiten, die immer noch als unmoralische Krankheiten betrachtet werden. Redner fordert weiter die Schaffung von leistungsfähigen Kassen und ferner, daß auch die Trunksucht als Krankheit betrachtet werden soll. Wenn die Krankenunterstützung auch in diesem Falle an den Kranken selbst nicht ausgezahlt werden könne, so müsse die Auszahlung an die Familie geschehen. Der Redner wendet sich sodann der vorbeugenden Tätigkeit der Krankenkassen zu, die bisher vielfach strittig von der Aufsichtsbehörde beurteilt werde. Man lasse erst die Leute krank werden und dann werden die Kranken der Krankenkasse überwiesen. Wir haben heute kein Recht, gegen die gesundheitsschädlichen Betriebe einzuschreiten, wir haben nur das Recht, zu bezahlen, aber nicht, die Krankheiten zu verhüten. Der notwendige Ausbau der Krankenkassen sei nur möglich bei leistungsfähigen Kassen. Wenn schon heute bei der Drittelung die Unternehmer Betriebs- und Innungskassen bilden, so werden sie später bei Halbierung der Beiträge noch mehr dazu übergehen und die Krankenkassen noch mehr zersplittern. Wenn bei den Landesversicherungsanstalten Deutschland nur in 31 Bezirke eingeteilt worden sei, so könne man dieses auch bei den Krankenkassen durchführen. Aber hier macht man Konzessionen an die Unternehmer. Wenn nun vielleicht die Zentralisation nicht durchgeführt wird, so soll man wenigstens an den einzelnen Orten die Krankenkassen zusammenlegen. Aber das Gegenteil sei der Fall. Denn überall werden Betriebs- und Innungskrankenkassen gegründet. Ja, in den großen Städten gebe es sogar Landkrankenkassen. Auch in Berlin sei eine solche Landkrankenkasse, wahrscheinlich, weil dort soviele Bauern wohnen. (Große Heiterkeit.) Die Ortskrankenkasse werde in Zukunft das Aschenbrödel sein, während die Innungs- und Betriebskrankenkassen die Parasiten sind. Wenn nun in Zukunft ein Unternehmer, der bisher 6000 M. Beitrag zahlte, bei der Halbierung auf 7500 M. kommen wird, so wird er doch zu der Gründung einer eigenen Kasse übergehen. Er wird dann nur noch gesunde Leute aufnehmen und wenn sie in dem Betriebe alt und krank geworden sind, dann werden sie gekündigt, weil der Betrieb nur gesunde Leute gebrauchen kann. Und dann fallen diese Leute der Ortskrankenkasse zur Last. Wenn es heißt, die Betriebskrankenkassen üben weitgehenden Wöchnerinnenschutz, so müsse er darauf hinweisen, daß eine solche Bestimmung eine Betriebskrankenkasse auch enthält, die aber nur zwei weibliche Mitglieder hat, und diese zwei sind so alt, daß sie nicht mehr Wöchnerinnen werden. (Große Heiterkeit.) Wir begrüßen, daß die Regierung endlich den Kreis der Versicherten zu erweitern bestrebt ist und die Absicht hat, weitere Kreise in die Krankenversicherung einzubeziehen. Aber wir müssen fordern, daß die Versicherten auch eine wirksame Krankenversicherung genießen. Soll das durchgeführt werden, so müssen wir eine straffe Organisation haben und müssen fordern, daß keine Innungs- und Betriebskrankenkassen mehr gegründet werden. Wir müssen darauf bestehen, daß der Arbeiter, diese höchste Arbeitskraft, erhalten wird und daß der Staat seine Steuerzahler nicht verliert, damit die Zukunft der Nation nicht in Frage gestellt wird. (Langanhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende Fräßdorf-Dresden gab sodann noch einen kurzen

Geschäftsbericht.

Er teilte mit, daß dem Zentralverband jetzt 267 Kassen mit zusammen über 4 Millionen Mitgliedern angehören. Weiter sei es erfreulich, zu konstatieren, daß den Kassen bezüglich der Beschickung des Verbandstages Schwierigkeiten nicht mehr gemacht werden.

Der 164 Druckseiten umfassende Bericht der geschäftsführenden Kasse des Zentralverbandes über die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1908/1909 enthält eine reiche Fülle sozialpolitischen Materials. Neben Berichten über die Tätigkeit der Unterverbände bringt er Materialien über das Verhältnis der Kassen zu den Aerzten, über Wohnungsreform-Bestrebungen, Bekämpfung des Alkohols, Säuglings- und Mutterschutz, Bekämpfung der Tuberkulose usw. Schließlich sind dem Bericht die an den Reichstag abgesandten Petitionen im Wortlaut beigegeben. Dem Zentralverband gehören 276 Kassen und Kassenverbände an, so daß derselbe alle größeren Ortskrankenkassen umfaßt. Der zwischen dem Zentralverband und dem Verband der Bureauangestellten abgeschlossene Tarifvertrag über die Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten ist nunmehr von 196 Kassen mit 1½ Millionen Mitgliedern eingeführt worden. Hierdurch wurde für 1131 Angestellte eine sofortige Gehaltserhöhung von 12 883 M. pro Monat bewirkt. In der Tarifgemeinschaft bestehen ein Zentraltarifamt und eine Anzahl Bezirkstarifämter, die im Jahre 1908 wiederholt in Tätigkeit treten mußten. Die geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes ist zurzeit die Ortskrankenkasse Dresden.

Der Geschäftsbericht wurde genehmigt.

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Wegen Unweiters war von 2½ Uhr nachmittags ab bis zum Schluß der Redaktion die telephonische und telegraphische Leitung mit Bremen unterbrochen. Ueber den Schluß des Verhandlungstages können wir deshalb erst morgen ausführlicher berichten.

Aus der Partei.

Generalversammlung für den 8. (Altona-Stormarn) und 10. (Herzogtum Lauenburg) schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. Am Sonntag tagte in Bad Oldesloe die von 64 Delegierten und Parteifunktionären besuchte Generalversammlung. Dem vom Organisationsleiter Bischoff-Altona erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir, daß im vergangenen Geschäftsjahr ein tüchtiges Stück Agitations- und Organisationsarbeit geleistet worden ist. Große Fortschritte wurden bei den Kommunalwahlen gemacht, ein Beweis für das Vordringen und die Werbekraft unserer Ideen. Die Agitation gegen das Dreiklassenwahlunrecht hat sich hauptsächlich, soweit öffentliche Demonstrationen in Betracht kommen, auf die größeren Orte beschränkt. Alle Veranstaltungen nahmen einen imposanten Verlauf. Die „Landpost", die sich als ein vorzügliches Agitationsmittel bewährt hat, ist in 3540 Exemplaren zur Verbreitung gelangt (im Vorjahre 2412). Ferner wurden 31 020 Broschüren und Kalender und 641 000 Flugblätter verbreitet. Infolge der wirtschaftlichen Depression hat die Presse einen kleinen Rückgang zu verzeichnen, während die Zahl der Mitglieder um 2062 gestiegen ist, die sich allerdings überwiegend auf den weiblichen Mitgliederzuwachs erstreckt (1873). Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 11 867 gegen 9805 im Vorjahre. Die Bestrebungen auf eine „Reform" der Maifeier haben in dem Bezirk keinen Resonanzboden gefunden. Die Zahl der Demonstranten, die durch Arbeitsruhe gefeiert haben, ist von 4727 auf 5916 gestiegen. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse beträgt 33 960,55 M., die Ausgabe 29 293,81 M., so daß ein Kassenbestand von 4666,74 M. vorhanden ist. In den Lokalkassen ist eine Summe von 13 131 M. angesammelt. — In der sehr umfangreichen und lebhaften Debatte sprechen sich fast alle Redner gegen eine „Reform" der Maifeier in der Richtung aus, daß das Fortbestehen der Arbeitsruhe von der Regelung der Unterstützungsfrage abhängig gemacht werde. Auch die Frage der Jugendorganisation wurde eingehend erörtert. Der Antrag: „Die Mitgliedschaften sollen mit den Gewerkschaftskartellen oder Vertrauenspersonen alljährlich vor Ostern eine Agitation unter Hinzuziehung Jugendlicher zwecks Gewinnung neuer Mitglieder für die Jugendorganisation entfalten," wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Parteitage in Leipzig sollen für beide Kreise 5 Delegierte entsandt werden, von denen in Altona zwei, in Wandsbek, Stormarn-Land und Herzogtum Lauenburg je einer zu wählen sind.

Im Befinden des Abg. Hue

ist eine Besserung eingetreten; die Krise ist überstanden. Die Aerzte hoffen, falls kein Rückschlag eintritt, ihn bald wieder herzustellen.

Die 40jährige Gedenkfeier der Gründung der „Eisenacher"

fand unter sehr starker Beteiligung, auch vieler auswärtiger Parteigenossen, am Sonntag in Eisenach statt. In überfülltem Saale sprach am Sonnabend Genosse Baudert-Weimar; am Sonntag sprachen die Genossen Bock-Gotha und Reißhaus-Erfurt.

Zum ersten Male verbot die Polizei den Festzug der Genossen nicht. Die Beteiligung an demselben sowie an der überaus gelungenen Gedenkfeier war eine so großartige, wie in der Wartburgstadt bisher noch nie.

Soziales.

Fabrikordnung und § 394 B. G.-B.

Trotzdem das Bürgerliche Gesetzbuch nun bald zehn Jahre in Kraft ist, gibt es noch immer Fabrikordnungen, die dem § 394 B. G.-B. entgegen eine Aufrechnung von Schadenersatzansprüchen gegen die unpfändbare Lohnforderung aussprechen. Die Ungültigkeit solcher Vorschrift mußte dieser Tage das Schweidnitzer Gewerbegericht aussprechen. Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Kläger stand seit zwei Jahren als Schlossergeselle gegen einen Stundenlohn von 25 Pf. bei der Firma Heinrich Geisler in Schweidnitz (Heinrichshütte) in Arbeit. Im Laufe dieser Zeit sind ihm von seinem verdienten Lohn verschiedentlich kleine Abzüge für Beschädigung von Handwerkszeug, Arbeitsmaterial usw. gemacht worden. Der Kläger fordert nachträglich Berichtigung seines einbehaltenen Lohnes mit dem Antrage: **Die Beklagte zur Zahlung von 20 M. kostenpflichtig zu verurteilen.** Die Beklagte beantragte „Abweisung der Klage" und wendete ein, sie sei zu den Abzügen berechtigt gewesen, da Kläger sich mit ihnen jedesmal ausdrücklich einverstanden erklärt, auch durch unterschriftliche Vollziehung der **Arbeitsordnung** eine Haftung für die ihm anvertrauten Werkzeuge, Maschinen und Materialien mit seinem Lohne übernommen habe. Der in Betracht kommende § 4 der Arbeitsordnung lautet in seinem entscheidenden Teile:

„Jeder Arbeiter haftet für die ihm anvertrauten Werkzeuge, Maschinen und Materialien mit seinem verdienten Lohne. Der Wert des fehlenden oder beschädigten Werkzeuges usw. kann bei einem Verschulden des Arbeiters von seinem Lohne gekürzt werden."

Die Beklagte wurde entsprechend dem Klageantrage zur Zahlung von 20 M. kostenpflichtig verurteilt. Die Entscheidungsgründe lauten: „Es kann dahingestellt bleiben, ob der Kläger sich mit den ihm gemachten Lohnabzügen einverstanden erklärt hat oder nicht, der Klage war vielmehr, ohne daß es hierfür eines Beweises bedurft hätte, stattzugeben. Nach § 394 B. G.-B. findet die Aufrechnung gegen eine Forderung nicht statt, soweit die Forderung der Pfändung nicht unterworfen ist. Die Lohnforderung des Klägers ist aber nach den Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmegesetzes vom 21. Juni 1869 in der Fassung vom 29. März 1897 nicht pfändbar, da sie — wie unbestritten — **im Gesamtbetrage die Summe von 1500 M. für das Jahr nicht übersteigt.** Die genannten Bestimmungen sind zwingenden Rechtes, sie können also durch entgegenstehende Vereinbarungen der Parteien nicht abgeändert und aufgehoben werden, so daß ein angebliches Einverständnis des Klägers mit den Lohnabzügen bedeutungslos ist. Aus denselben Gründen ist auch die Unterzeichnung der Arbeitsordnung für die Entscheidung nicht maßgebend. Denn auch sie bedeutet eine unzulässige Aufhebung zwingenden Rechtes durch Parteiwillkür. Der in Bezug genommene § 4 der Arbeitsordnung entbehrt daher trotz polizeilicher Genehmigung der Rechtsgültigkeit. Ebenso ist die Ausübung des Zurückbehaltungsrechtes gemäß § 273 B. G.-B. ausgeschlossen, da sie sich als eine Umgehung des Aufrechnungsverbotes darstellen würde. Die Beklagte kann ihre Forderungen gegen den Kläger vor dem Gewerbegericht weder einredeweise noch widerklagend, sondern nur im Wege der Schadenersatzklage vor dem ordentlichen Gericht geltend machen. Es mußte nach alledem, da die klägerische Forderung weder verjährt noch in ihrer Höhe bemängelt war, dem Klageantrage gemäß erkannt werden."

Hygienische und Schul-Verhältnisse in Hinterpommern.

In dem Dorfe Varlow in Hinterpommern herrscht seit einem Jahre Wassernot. Zwar ist vor einigen Jahren auf dem neuen Schulhofe ein Brunnen gebaut worden, doch kann dieser nur von vier kräftigen Männern in Tätigkeit gesetzt werden und dann liefert er nur ganz wenig, wie eine gelbe Brühe aussehendes, unbrauchbares Wasser. Seit über Jahr und Tag ist der Brunnen gänzlich unbrauchbar und steht unbenutzt da. Die Schulkinder, die bei der Hitze und in den Pausen ihren Durst löschen wollen, sind gezwungen, aus den vorhandenen Wasserlöchern zu trinken. Teiche kann man diese Wasserlöcher nicht nennen. Von einem Gemeindemitglied ist das Wasser an den Chemiker Hildebrand zwecks Untersuchung eingesandt worden. Dessen Gutachten lautet: „Das **Wasser ist mit Abgangsstoffen tierischer Art verunreinigt und wimmelt von mikroskopischen Kleinwesen pflanzlicher und tierischer Art.** Durch Filtration mittels Sood- oder Kohlensandfilter würde es mit Sicherheit nicht so weit zu reinigen sein, daß es gleichmäßig als hygienisch einwandfreies Trinkwasser und Küchen- und Wirtschaftsgebrauchswasser gelten könnte. Es ist für beide Zwecke nicht zu empfehlen." Von den verschiedensten Gemeindemitgliedern sind an die Aufsichtsbehörde Bittgesuche um Linderung der Wassernot ergangen. Ja die Gemeindemitglieder sind sogar bereit, ihrerseits auch ein Scherflein beizutragen. Aber alles vergeblich. Dazu ist kein Geld und keine Zeit vorhanden. Wenn noch bemerkt wird, daß ein Vierteljahr keine Schule abgehalten wurde, weil der Lehrer verstorben war, so hat man ein typisches Bild von dem Dorado unserer Krautjunker.

Lage von Hotelangestellten in Borkum.

Im „Hamburger Echo" werden über die geradezu skandalösen Verhältnisse der Angestellten des Hotels „Kaiserhof" in Borkum, dem von Antisemiten für sich reklamierten Bade, folgende Darstellungen veröffentlicht. „Das Hotel „Kaiserhof" ist das zweitgrößte Luxushotel auf Borkum, mit zirka 150 Zimmern für Badegäste. Es beschäftigt in der gegenwärtigen Saison insgesamt (für Hotel, Restaurant, Weinstube und Saal) etwa 30 Kellner und 60 bis 70 Mädchen und Frauen sowie Hausdiener, Portiers und eine Anzahl Handwerker. Die Kellner wurden durch den Stellenvermittler Vosberg in Leer engagiert (dieser Mann hat die Generalvermittlung für alle Hoteliers auf Borkum) und mußten an diesen pro Mann eine **Vermittlungsgebühr von 25 M. entrichten** (in früheren Jahren hat das noch viel mehr gekostet, doch ist der Satz behördlich jetzt auf die genannte Höhe herabgedrückt worden). Dem Hotelbesitzer mußten sie eine unverzinsliche Kaution von 50 M. in bar hinterlegen, der erste Weinkellner 500 M. und der Oberkellner soll 2000 M. hinterlegt haben. Ein von jedem unterschriebener Vertrag sieht gegenseitige vierzehntägige Kündigung vor und bestimmt, daß die **hinterlegte Kaution** im Falle kündigungslosen Verlassens der Arbeit und im **Falle eines Streiks verfällt.** Zur Entschädigung der **Arbeitsleistung wird lediglich Kost und Logis** gewährt, keinerlei Barlohn. Die Arbeitsgelegenheit dauert während der Saison, also vom 15. Mai bis 15. September, in der übrigen Zeit sind diese Hotels geschlossen. Bis Mitte Juli d. J. war nun die Saison für die Kellner recht „mies"; die ersten Wochen waren überhaupt noch keine Gäste da, und auch später floß das Trinkgeld nur spärlich, so daß von den ursprünglich für den „Kaiserhof" Engagierten am 24. Juli bereits elf die Stellung wieder aufgegeben hatten. Dieses Aufgeben der Stellung hängt noch mit einem ganz besonderen Mißstande zusammen, nämlich mit dem im „Kaiserhof" den Angestellten gebotenen Logis. Ich hatte," schreibt der Berichterstatter unseres Bruderorgans, „Gelegenheit, diese persönlich in Augenschein zu nehmen. Durch einen schmalen, langen Gang kam ich auf den Hof, der mit Kisten, Kasten und sonstigem Transportmaterial gefüllt war. Dann trat ich unter ein weitläufiges Kellergewölbe, dessen erster Teil mit gleichen Materialien wie der Hof belegt war. Zwischendurch ein schmaler Gang, linker Hand nebeneinander eine größere Anzahl von Reisekoffern, den Kellnern gehörend und mit deren Kleidungsstücken vollgepackt. Dann eine Lattentür, mit Sackleinen beschlagen: der Zugang zum Logierraum. Und nun der **Logierraum** selbst: natürlich **eine Abteilung des Gesamtkellergewölbes,** Fußboden von Ziegelsteinpflaster, Wände und Decke ohne jedweden Putz, **also ein ganz gewöhnlicher Lagerkeller!** Die Größe des Raumes erkennt man aus der Anzahl der dort aufgestellten Betten: es stehen solche je drei in der Länge, links und rechts; hinten quer in Breite noch zwei eingeschoben. Letztere zeigen die Fläche des freien Raumes zwischen den beiden Bettreihen an, in deren Mitte aber noch ein wuchtiger Träger von Sandstein steht; erstere die Länge des ganzen Raumes. Die Betten selbst sind einfache **Seegrasmatratzen ohne Bettgestell, einfach auf hochgekanteten Konservenkisten gelegt!** Einige Nägel in den Wänden dienen zum Aufhängen von Kleidungsstücken. Auf einem Eisenständer stehen drei Waschbecken für acht Personen. Belichtet und ventiliert wird der Raum durch ein Kellerfenster, dieses muß des Nachts aber geschlossen gehalten werden, weil andernfalls bei dem auf der Insel ständig herrschenden Winde die in dessen Nähe Ruhenden der Dünensand beschüttet. In einem zweiten, noch kleineren Kellerraum fand ich elf Betten vor, hier lagen die Matratzen jedoch in alten eisernen Gestellen; einmal standen zwei übereinander, die anderen so dicht nebeneinander, daß die in der hinteren Reihe Ruhenden über die in den vorderen erst hinwegklettern müssen. Sonstige Einrichtung ähnlich der vorher genannten. Das eine Fenster liegt auf der Hofseite und war zum größten Teil mit Kisten zugestellt. — In einem **dritten Kellerraum sind 17 Mädchen einlogiert.** Büfettmamsells usw. „wohnen" in kleinen Dach„stuben". Für das männliche Personal, 60 bis 80 Personen, ist (und zwar in unmittelbarer Nähe der Kellerschlafräume!) **ein einziges Klosett** vorhanden, das auch noch zum Ausschütten von Spülwasser benutzt wird. **Die tägliche Arbeitszeit** der Kellner beträgt abwechselnd **14 und 16 Stunden,** zuweilen auch länger.

Es muß auffallen, daß für die insgesamt etwa 30 Kellner hier nur 19 Ruhestätten angeführt werden. Das erklärt sich aus folgendem. Dem Besitzer ist von früher her bekannt, daß viele Kellner, wenn sie das „Logis" erst gesehen, davon gewöhnlich Abstand nehmen, es zu beziehen. In dem Arbeitsvertrag, der den Kellnern von dem Stellenvermittler vorgelegt wird, ist darum gleich ein Passus dieses Inhalts aufgenommen: „Jedem Kellner steht das Recht zu, **sich auf eigne Kosten Wohnung** zu nehmen, wenn ihm die Wohnung im Hause nicht zusagt." Wer irgend noch die Mittel hat oder aufbringt, sucht sich demzufolge anderwärts Logis (Schlafstelle) und zahlt dafür pro Woche 7 bis 8 M., die er von dem Trinkgeldverdienst wegzustreichen hat. Viele erübrigen das aber nicht und sind darum gezwungen, in den geschilderten „Logis" zu verbleiben, demgemäß die 19 Matratzen zumeist belegt sind. — Jedwedes Vorstelligwerden beim Besitzer um Besserung der geschilderten Verhältnisse blieb erfolglos. Während der Zeit meiner Anwesenheit auf Borkum ist dann bei der Polizeibehörde sowie beim Landrat Anzeige erstattet worden, und in den letzten Tagen hat eine behördliche Kommission, wie mir gesagt wurde, die Zustände auch untersucht. Ob aber nun eine Aenderung eintreten wird, erscheint mir zweifelhaft. Im vorigen Jahre soll in den betreffenden Kellerräumen einmal Wasser gestanden haben; zugleich war eine ansteckende Krankheit ausgebrochen, die mehrere der Angestellten ergriff. Ein Masseur hat schon damals die Sache angezeigt, doch ist darauf nichts geändert worden."

Solche Zustände wären unmöglich, wenn die Gastwirtsgehilfen dem Verein der Gastwirtsgehilfen (Berlin, Große Hamburger-Straße 18/19) beitreten würden. Dadurch ließe sich ein Streik und ein Boykott gegen solches Hotel durchführen, und die Behörden könnten gezwungen werden, auf Innehaltung der minimalen, nach hartem Kampf errungenen Schutzvorschriften zu achten.

Aus Industrie und Handel.

Enorme Preissteigerung.

Anscheinend hält das Händlertum die Zeit für günstig, die Preisschraube ordentlich anzuziehen. Die Steuerreform dient als Vorwand der frechsten Preisaufschläge. Nach den Angaben der „Statistischen Korrespondenz", die das Resultat des Durchschnitts der an 50 Marktorten ermittelten Preise berechnet, sind in der zweiten Hälfte Juli gegenüber der ersten Hälfte folgende Steigerungen für Schweinefleisch eingetreten. Es kostete 1 Kilogramm Pfennig:

	1. Hälfte Juli	2. Hälfte Juli	Steigerung
Schweinefleisch von der Keule	173	180	7
„ vom Bauch . .	161	167	6
„ Kopf und Beine	82	83	1
Rückenfett	154	158	4
im Gesamtdurchschnitt	156	161	5
Schinken	255	261	6
Speck	179	181	2

Wenn das so weiter geht, wird für den Arbeiter Schweinefleisch bald zu den unerschwinglichen Genußmitteln gehören.

Profithoffnung. Während andere Industrien sich durch die schwarz-blaue Wirtschaftspolitik sehr geschädigt fühlen, sehen die Mordwerkzeugfabrikanten, besonders die der schwimmenden Zerstörungsmaschinerie, erhöhten Gewinn winken. So will die Firma Krupp, um für die gesteigerten Anforderungen, die sie vom Marinismus erwartet, schleunigst ihre Werftanlagen erweitern. Wie berichtet wird, hat die Firma zu diesem Zwecke kürzlich mehrere Grundstücke am Kieler Hafen, die ihrer dortigen „Germania"-Werft sich anschließen, erworben. Lieb' Vaterland, magst ruhig sein, Krupp baut immer noch mehr stahlgepanzerte Kanonenschiffe.

Betriebseinschränkung. Die Silberschlägereien in Fürth und Schwabach stellen 14 Tage die Arbeit ein wegen flauen Geschäftsganges.

Zwischenhandel und Steuererhöhungen.

Die Konsumvereine, deren Aufgabe die Wahrnehmung allgemeiner Konsumenteninteressen ist, stehen noch in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Käufer, und die Folge davon ist, daß ein geschlossenes Vorgehen der Konsumenten gegen unberechtigte Preiserhöhungen sehr erschwert wird. Ganz besonders dann, wenn, wie bei der Brausteuererhöhung, Produzenten und Zwischenhändler sich zu gemeinsamem Vorgehen verbünden. Es ist dann ein leichtes, die Konsumenten mit Extraaufschlägen zu bedenken, und ihnen nicht nur die gesamte Steuerlast aufzubürden, sondern noch obendrein ein Geschäft zu machen. Die Konsumenten sollten daher, schreibt ganz richtig die „Konsumvereins-Korrespondenz", aus den Vorgängen bei der Bierpreiserhöhung die Lehre ziehen, daß auch sie sich in den Konsumvereinen zusammenschließen müssen, wenn sie verhüten wollen, daß zu allem Steuersegen ihnen auch noch besondere Lasten zur Füllung des Säckels der Produzenten und Zwischenhändler auferlegt werden. Allem Anschein nach haben die Zwischenhändler es besser wie viele Konsumenten begriffen, welchen Einfluß leistungsfähige Konsumvereine in Perioden wie der jetzigen auszuüben imstande sind. Die Wirte haben daher in Berlin von den Brauereien das Zugeständnis erlangt, daß diese nur an solche Kunden Bier liefern wollen, die ihren Bierpreis derart heraufsetzen, daß er für 1 Liter mindestens 40 Pf. beträgt, oder daß dadurch gegenüber dem jetzigen Zustande der Ausschankpreis um mindestens 7 Pf. für 1 Liter erhöht wird. Diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen die Konsumvereine, die heute schon vielfach große Quantitäten von Flaschenbier absetzen. In Hamburg haben die Wirte einer Bierpreiserhöhung von 4 M. pro Hektoliter zugestimmt, verlangen dafür aber, daß die Konsumvereine verpflichtet werden, ihr Bier nicht unter 35 M. pro Hektoliter zu verkaufen. Ein Konsumverein, der heute sein Bier zu dem üblichen Preise von 12 Pf. pro halben Liter verkauft, würde in Zukunft 17½ Pf. nehmen müssen. Für die Konsumvereine würde die Preissteigerung 11 Pf. betragen, für die Wirte aber nur 4 Pf. pro Liter! Solche Forderungen werden natürlich nur erhoben, um die Konkurrenzfähigkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber den Wirten zu unterbinden. Die Leute sollen gezwungen werden, anstatt sich Flaschenbier im Konsumverein zu holen, die Kneipen aufzusuchen. Aehnliche Forderungen werden sicher auch an anderen Orten erhoben. Sie sollten für die Konsumenten erst recht einen Anlaß bieten, die Konsumgenossenschaften zu stärken.

Produzentenorganisationen.

Nachstehend eine Zusammenstellung von Kartell-, Syndikats- und Vereinigungsgründungen, Verschmelzungen und Verlängerungen von Produzentenorganisationen der verschiedensten Art, nur der allerletzten Monate: Die Berliner Baumwollgroßisten gründeten einen Verein für die Interessen der Baumwollwarenhändler. In Staßfurt wurde ein Verkaufsverein mitteldeutscher Kalkmergelwerke als G. m. b. H. gegründet. Die Deutsche Lokomotiven-Konvention wurde nach schwierigen Verhandlungen auf drei Jahre verlängert. Die oberschlesischen Ziegelei-Besitzer gründeten ein oberschlesisches Ziegelstein-Syndikat. Das deutsche Walzdrahtsyndikat schloß einen Schutzvertrag mit Splintdrahtfabrikantenvereinigung. Die Tapetenfabriken, die sich vor kurzer Zeit noch erbittert mit der Tapetenindustrie-Aktiengesellschaft in den Haaren lagen, sind wieder einig geworden; man ist brüderlich bei der Arbeit, durch eine Preiskonvention die geschlagenen Wunden wieder zu heilen. Die Kosten zahlen die Konsumenten. In der Papierindustrie hat sich ein „Verband der Falzschachtelfabrikanten" gebildet. Die Verhandlungen im Kalisyndikat haben zu einer Verständigung geführt. Da der alte Färberring aufgelöst worden ist, sind die sächsisch-thüringischen Färbereien daran gegangen, eine neue Färber-Konvention zu bilden. In der Wellrohrbranche machte sich eine scharfe Preiserhöhung bemerkbar. Die einfache Ursache dieses Vorganges ist die Gründung eines „Wellrohrverbandes". Die Preise für Kupferbleche stiegen ebenfalls. Der Kupferblechverband hatte die Preiserhöhung angeordnet. Das Tuben- und Spritzkorkensyndikat wird sich mit Jahresfrist auflösen in der ausgesprochenen Absicht, durch den offenen Preiskampf eine Anzahl kleinerer Fabriken zu vernichten und dann die Preise wieder hoch zu treiben. Da das „Deutsche Unfall- und Haftpflichtsyndikat" in absehbarer Zeit zu Ende geht, wird schon jetzt fleißig an der Erneuerung gearbeitet.

Um da gleichen Schritt zu halten, müssen die Arbeiter noch mehr wie bisher gründlich arbeiten.

International.

Die Perlen- und Porzellanknopffabrikanten haben sich zusammengeschlossen, um „ihre Erzeugnisse, deren Herstellung sich im Laufe der Jahre durch gesteigerte Ausgaben für Löhne und Materialien im Gegensatz zu den ständig zurückgegangenen Preisen fortwährend verteuert hat, wieder mit einem bescheidenen Nutzen auf dem Weltmarkt unterzubringen". Dies soll auf einem sehr einfachen Wege erreicht werden. Man will nicht nur nach gemeinsamer Preisliste zu ganz gleichen Bedingungen verkaufen, es soll auch nur noch eine einzige Qualität hergestellt werden. An der eigenartigen Konvention sind die Firmen F. Bapterosses u. Co., Paris; Risler u. Co., Freiburg im Breisgau; Ferd. Schmetz, Aachen; Gebrüder Redlhammer, Gablonz a. N.; Fratelli Simonis, Turin und die Rheinischen Perlen- und Porzellanknopffabriken G. m. b. H. beteiligt.

Gerichts-Zeitung.

Strafbarer Verkauf von Bedarfsartikeln in einem Hüttenwerk.

In der Konsumanstalt eines Lothringer Hüttenwerkes werden seit Jahren verschiedene Bedarfsartikel wie Schuhe, Griffel, Schulranzen, Wolle usw., den Arbeitern unter Benutzung von Kontobüchlein kreditiert und Lebensmittel zu höheren als Anschaffungspreisen verabfolgt. Dieses Trucksystem ist durch den § 115 der Gewerbeordnung verboten. Die drei verantwortlichen Direktoren des Werkes, sowie der Konsumverwalter wurden deshalb von der Strafkammer Metz in Geldstrafen genommen. Dagegen legten die Verurteilten Revision an das Reichsgericht ein, dies hat jetzt die Revision verworfen. Es führt in der Begründung aus, daß der § 115 der Gewerbeordnung die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne der Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen, und daß der Paragraph ferner verbietet das Kreditieren von Waren mit Ausnahme der Verabfolgung von Lebensmitteln usw. zum Betrage der Anschaffungskosten, sowie von Werkzeugen und Stoffen zu den durchschnittlichen Selbstkosten. Nur bei Akkordarbeiten ist die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen zu einem höheren Preise zulässig, wenn derselbe den ortsüblichen nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist. Gegen diese zum Schutz der Arbeiter seit Jahrzehnten bestehenden, bekannten Verbote des Trucksystems hat das Lothringer Hüttenwerk gefehlt und dadurch den Lohn der Arbeiter widerrechtlich gekürzt. Die Arbeiter sind berechtigt, die Zahlung ihres ihnen so vorenthaltenen Lohnes in vollem Betrage noch jetzt zu verlangen. Hoffentlich machen sie von ihrem Recht Anwendung.

Drei Ohrfeigen = 300 M.

Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen war gestern der Student der Philosophie Erich Prewitz vor der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I angeklagt, während der Student der Rechte Kurt Feddern sich wegen Kartellbruches verantworten mußte. Prewitz war außerdem wegen Körperverletzung angeklagt. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Der Angeklagte Prewitz war mit einer jungen Dame verlobt. Das Verlöbnis hätte in kurzer Zeit zu einer Heirat geführt, wenn sich nicht ein kleiner „Zwischenfall" ereignet hätte. Der Mitangeklagte Feddern hatte in Erfahrung gebracht, daß die junge Dame in recht intime Beziehungen zu einem Studenten der Philosophie Bartschat getreten war und daß sie diesen schon wiederholt in dessen Wohnung besucht hatte. Feddern hielt es für seine Pflicht, diese Tatsachen seinem Freunde Prewitz mitzuteilen. Dieser soll nun dem Bartschat durch Feddern eine Forderung auf Pistolen überbracht haben. Bartschat reagierte hierauf nicht. Am nächsten Tage erschien Prewitz in der Reichenberger Straße, wo Bartschat in einer Apotheke beschäftigt ist und ließ diesen herausrufen. Als B. erschien, erhielt er von Prewitz drei kräftige Ohrfeigen. Dieser Vorfall hatte eine größere Menschenansammlung zur Folge. — Vor Gericht bestritt Prewitz, dem Feddern einen Auftrag zur Ueberbringung einer Forderung gegeben zu haben; Feddern habe hierbei etwas eigenmächtig gehandelt. Das Gericht hielt durch die Beweisaufnahme als nicht für genügend festgestellt, daß P. eine Herausforderung an Bartschat hatte ergehen lassen, und sprach beide Angeklagte in dieser Beziehung frei. Dagegen mußte Prewitz die drei Ohrfeigen mit je 100 M. Geldstrafe büßen und wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Unterschlagung von zirka 20 000 Mark

mußte sich gestern der Bureaugehilfe Bruno Hensel vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts II verantworten. Der bisher unbescholtene Angeklagte war seit dem Jahre 1901 in dem Bureau des Justizrats Fiebig angestellt gewesen. Er führte sich hier in musterhafter Weise, so daß ihm bald die Erledigung der Stempelsachen übertragen wurde. Er hatte hierbei von den Stempelverteilern Stempel zu kaufen und damit die stempelsteuerpflichtigen Verträge und sonstige notariellen Urkunden zu versehen. Zu seinem Unglück machte H. die Bekanntschaft von Leuten, die ihr Glück am „Toto" und beim Kartenspiel versuchen. Seit dem Jahre 1908 verging sich der Angeklagte nun fortgesetzt an den ihm anvertrauten Stempelgeldern, die er zum Teil in seine Tasche wandern ließ. Diese Veruntreuungen währten bis in die letzten Monate hinein. Als sie dann zur Entdeckung kamen, legte H. sofort ein offenes Geständnis ab. Der Justizrat erstattete dennoch Strafanzeige. Vor Gericht zeigte sich der Angeklagte sehr reuevoll und zerknirscht und behauptete, daß den ersten Anstoß zu den Veruntreuungen ein ihm unerklärliches Manko von 2000 M. gegeben habe, welches sich plötzlich in seiner Kasse herausgestellt habe. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der unterschlagenen Summe eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Wegen zwei Zündhütchen ein Tag Gefängnis.

Ein Steinhauer aus Hardegsen hatte aus dem Steinbruche, in dem er arbeitete, zwei Zündhütchen mitgenommen und sie Spaßes halber bei Nacht auf der Dorfstraße aufgeknallt. In diesem Scherz erblickte das Schöffengericht Moringen zwei verschiedene Straftaten: erstens „Diebstahl", zweitens „groben Unfug". Der grobe Unfug wurde billig berechnet: 3 M. Geldstrafe, dagegen muß der Verbrecher wegen des „Diebstahls" auf 1 Tag ins Gefängnis wandern. Unweit von Moringen liegt die Universitätsstadt Göttingen. Dort gibt es ein Lokal, die „Neue Fink" geheißen, in dem an jedem Montag sämtliche Korps einen gemeinsamen Frühschoppen abhalten. Das Kneipzimmer ist äußerst originell: von der Decke herab und an allen vier Wänden hängen nicht Hunderte, nein Tausende von Trophäen, die von hierseligen Korpsstudenten bei ihren nächtlichen Wanderungen durch die Straßen der Stadt „erbeutet" sind, als: Gießkannen, Firmenschilder in allen Größen, Laternen, amtliche Plakate, Türklinken und Gott weiß was sonst noch alles. Von manchen dieser Beutestücke wissen kundige Führer ganze Räubergeschichten zu erzählen, auch von der Höhe der Polizei- und Gerichtsstrafen, die es darob gesetzt hat. Aber noch niemals hat man vernommen, daß das Mitnehmen eines dieser Gegenstände als „Diebstahl" ausgelegt worden wäre und der Attentäter deswegen ins Gefängnis hätte wandern müssen. Und doch wird man nicht sagen können, daß die Herren sich der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise nicht bewußt gewesen seien. Sind es doch zumeist junge Juristen, ja man munkelt sogar, daß Referendare und gar Assessoren bisweilen die Täter waren. Macht sich aber einmal ein gewöhnlicher Sterblicher einen ähnlichen Ulk, dann ist er ein Dieb und muß ins Loch.

Versammlungen.

Nach dem Berichte des „Vorwärts" über die Versammlung des ersten Berliner Reichstagswahlkreises vom 3. August hat ein Genosse Guttmann mit Beziehung auf einen von mir im „März" veröffentlichten Aufsatz behauptet, daß ich „für die Politik des Zentrums schwärme." In Wahrheit habe ich in dem betreffenden Satze über die Zentrumspartei gesagt: „so schlecht ihre Politik ist, so geschickt ist sie gemacht."

Urfeld, 6. VIII. 09. **Wolfgang Heine.**

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise für Ochsenfleisch anziehend, sonst unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise nachgebend. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr ausreichend, Geschäft schleppend bei stark nachgebenden Preisen. **Butter und Käse:** Geschäft lebhaft, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rege, Preise mehrfach verändert.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 8. August, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel, der Kassierer

Gustav Ostermann

im Alter von 52 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag auf dem Rixdorfer Friedhof am Mariendorfer Weg statt. (Zeitangabe erfolgt morgen.)

Todes-Anzeige.

Am Sonntagabend verstarb in der Charité unser lieber Kollege

Gustav Ostermann.

Ehre seinem Andenken!

Expedition des „Vorwärts".

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag auf dem Rixdorfer Kirchhof am Mariendorfer Weg statt. (Zeitangabe erfolgt morgen.)

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Landsberger Viertel.
Bezirk Nr. 873a, Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schürzenarbeiter

Friedrich Arndt

(Höchststr. 1)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Von der Reise zurück 20558

Dr. Zadek, Dresdener Str. 109.

Fernsprecher: Amt IV. 3690.

Von der Reise zurück. 89/4

Dr. Paul Christeller.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Frankfurter Viertel.
Bezirk Nr. 390.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Weber

Karl Huppert

(Frankfurter Allee 8)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 10. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 7. August, mittags 12 Uhr, entschlief nach langem Leiden mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Schriftsetzer

Max Zamzow

im 53. Lebensjahre. 8755

Wilhelmine Zamzow
und Kinder.
Oranienstraße 188.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf dem St.-Thomas-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, von der Halle aus statt.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 7. August im 58. Lebensjahre unser werter Kollege, der Schriftsetzer

Max Zamzow.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St.-Thomas-Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 8796

Die Kollegen
d. Hofbuchdruckerei W. Moeser.

Von der Reise zurück. 88/14*

Dr. Flatow,
Gr. Frankfurter Str. 101.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 5. August verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Otto Wilde

Gropiusstraße 5.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 10. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhauses aus auf dem neuen Paulskirchhof in Plötzensee statt.

Um rege Beteiligung ersucht

229/15 **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Am Freitag, den 6. August, verstarb unser Kollege

Otto Wilde

im Virchow-Krankenhause.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhauses aus nach dem Pauls-Kirchhof, Plötzensee, statt.

Rege Beteiligung erwartet

64/5 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Filiale Berlin.

Am 7. August starb unser Kollege

Eduard Krauel

im Alter von 44 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Philipp-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

172/3 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Richard Hampel

3. Gruppe

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs, Müllerstr. 42, aus statt.

Die Genossen des 25. und 26. Bezirks treffen sich im Restaurant Lahmann. 250/17

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Richard Hampel

am 6. August an Lungenschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. August, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

121/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

Mitgliedschaft Berlin III.

Nachruf.

Am 6. August verstarb unser Mitglied, der Lithograph

Richard Rohde

im Alter von 46 Jahren an der Lungenschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

Wir verlieren in ihm einen braven Mitkämpfer für unsere Sache. 257/4

Die Verwaltung.

Vielen Kranken Gesundung

durch Trinkkuren im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen, der von Geh. Medizinalrat Professor Dr. Liebreich als

ein Heilschatz ersten Ranges

bezeichnet worden ist.

Dankeswerte nach erfolgreichen Kuren: „Meine Tochter, jetzt siebenzehn Jahre alt, litt schon seit ihrer frühesten Jugend an Blutarmut, Appetitlosigkeit, Müdigkeit und Entkräftigung. Alle Mittel und Kuren, die ich angewandt, blieben erfolglos. Da griff ich zu dem mir empfohlenen Lamscheider Stahlbrunnen, und schon nach Gebrauch von 15 Flaschen hatte meine Tochter ihre völlige Gesundheit wiedererlangt." — „Die bestellte Sendung Lamscheider Stahlbrunnen habe ich im Frühjahr erhalten und kann Ihnen nur mitteilen, daß dasselbe wie ein Wunder auf meine langjährigen Magenschmerzen, welche mich oftmals bis zur Verzweiflung getrieben haben, eingewirkt hat." — „Mein Sohn litt seit Monaten an Schwäche, allgemeiner Körperabnahme und Blutarmut. Kein Mittel wollte helfen, und wir befürchteten das Schlimmste. Wir lasen in einer Zeitung von dem alten berühmten Heilquell, und schon nach vierwöchentlicher Kur fühlte mein Sohn sich wieder ganz wohl und gesund." — „Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Badereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden sind." — Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten wie Influenza usw. — **Broschüren kostenlos durch:** Lamscheider Stahlbrunnen, Düsseldorf O. 164.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O.
Joachimstraße 11 C,

liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Tonverbesserung.

Spezialität:
Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säle an alten u. neuen Geigen.

Mäßiges Honorar.

J. Baer

Badstr. 28 Ecke Prinz.-Alice

Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eleg. Paletots u. Pelerin. Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

Gelegenheitskauf.

Gesammelte Dichtungen

von John Henry Mackay.

Mit der Photogravüre des Dichters.

636 Seiten.

Statt 4.– M. nur 2.– M.

246/15*

Ssanin.

Sittenroman aus den Tagen der russischen Revolution.

Vollständige Ausgabe.

3 mal verboten gewesen

Preis nur 2.– M.

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 68

Lindenstraße 69, Laden.

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad.** Köpenickerstr. 60

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 10. August.
Anfang 7 Uhr.
Neues königliches Opernthaus. Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ketten.
Kammerspiele. Gelbstern.
Lessing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Neues. Sein Sündenregister.
Neues Schauspielhaus. Mitz Dudelsack.
Komische Oper. Demimonde.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Lustspielhaus. Familie Schimek.
Neues Operetten. Die Sprudelfee.
Kleines. Moral.
Westen. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Das Nachtlager von Granada.
Luisen. Der stille See.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte. Der Deserteur usw. Anf. 8¼ Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Apollo. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkams Friseur. Meine-Deine Tochter.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Bernhard Rose. Die Grille.
Walhalla. Spezialitäten.
Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal. (Anfang 4½ Uhr.)
W. Noacks Theater. Onkel Schlaumeier. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Der Amerika-Seppl. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Insel Rügen.

Lessing-Theater.
Ibsen-Zyklus. 12 Vorstellungen.
Parkett 55 resp. 50 und 38 Mark. 2. Rang 28 resp. 24 M., auf Wunsch auch Teilabonnements auf je 6 Vorstellungen. Erste Vorstellung i. Ibsenzyklus Dienstag, den 17. August. Der Verkauf ist eröffnet.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Berliner Theater.
Operetten-Gastspiel.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr zum 25. Male:
Sein Sündenregister
Morgen und folgende Tage:
Sein Sündenregister.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper. Einfache Preise.
Lohengrin.
Von Rich. Wagner. Anf. 7 Uhr.
Mittwoch: Orpheus. Donnerstag: Meistersinger. Freitag: Tannhäuser. Sonnabend: Lohengrin. Sonntag: Orpheus. Montag: La Traviata.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Der fidele Bauer Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.

Residenz-Theater

Direktion: Richard Alexander.
8 Uhr! 8 Uhr!
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in 3 Akten von Feydeau.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 10. August. Anf. 8 Uhr:
Das Nachtlager von Granada.
Mittwoch: Die Afrikanerin.
Donnerstag: Der Troubadour.
Freitag: Fra Diavolo.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Grille.
Auf der Gartenbühne Anfang 4½ Uhr.
U. a.: Der geheimnisvolle Mr. Taft.
Theatervorstellung. Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Passage-Panoptikum.
Aga!
die schweb. Jungfrau.
Ganz Berlin zerbricht sich wieder d. Kopf über **Aga.**
Der Mann m. d. eisernen Schlund!
Experimente d. IV. Dimension!
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Ein durchschlagender
Erfolg!
Alois Pöschl
Edmondo Lucini
The Lingtons
und das großartige August-Programm!
12 erstklass. Variété-Attraktionen.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
8 Uhr Das 8 Uhr
Bomben-Programm.
U. a.:
Eine Haremsnacht.
Triumph der Schönheit
und die übrigen Attraktionen.

Gebr. Herrnfeld Theater
Frau Elkam's Friseur.
Meine-Deine Tochter.
Beide Komödien mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Ab 7 Uhr: Promenaden-Konzert im schattigen Sommergarten und Pergola.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
D. neuen August-Spezialitäten
Frei: Im Garten Konzert.
Leben u. Treiben im Traumland.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
Der Amerika-Seppl.
Bauernposse in 3 Akten von Manz.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Puhlmann's Theater
Schönhauser Allee 148 / Kastanien-Allee 97/98
Aus Vaterlandsliebe.
12 erstklassige Spezialitäten.
Benefiz-Vorstellung.
Anfang 4½ Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: Elitetag.
Während und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Familie Schimek.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bezw. 5 Uhr. Garteneröffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Elitetag. Spezialitäten und Soiree der „Lustigen Sänger".
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger

Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Wie man eine Frau sucht.
Vorher: Sämtliche Spezialitäten.
Anf. 7, Konzert 6, Kasseöffnung 3 Uhr.
Entree 30 Pf.
Donnerstag: Benefiz Karl Reich: Ein gesunder Junge.
Sonnabend: Stiefmutter.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain
Täglich Anfang 4 resp. 5 Uhr Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialität. D. neue Augustprogr.
Kinematograph, Volksbelustigung.
Jed. Ab. 10 Uhr: **Leute von heute.** Lebensbild.
Jed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Amor auf Irrwegen.
Posse mit Gesang von Thrkowski.
Elly Burgois, Duett Herrmann, Heinz Heuer, Harves and Harves, Loewe-Lessen und erstklass. Spezialitäten.
Anf. wochent. 8, Sonntags 5 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Ella Vera × Lola Droll × Otto Beyer
The Herleys × Brothers Vollmer
Der Aktienbudiker.
Volksstück m. Ges. u. Tanz in 5 Bildern.
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartenfest

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.
Entree 15 Pf.

Neue Welt Hasenheide 108/114
Arnold Scholz
Täglich:
Spezialitäten ❀ Konzert
Anfang 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwochs: **Erntefest.**
Große Gratisverlosung.
Donnerstags: **Elitetag.** Monster-Feuerwerk

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 10. August cr., abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

in den **Andreas-Festsälen,** Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung: 219/7*

1. Die Provinzialkonferenz und Anträge dazu. 2. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung und Anträge dazu. 3. Vorstandsbericht. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse
für
Deutsch-Wilmersdorf und Umgeg.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder werden hiermit zu der am
Mittwoch, den 18. August 1909, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshause, Wilhelmsaue 112, stattfindenden
außerordentlichen General-Versammlung
ergebenst eingeladen. 276/20

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die sechzehnte Jahres-Versammlung des Zentralverbandes der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reiche am 8., 9. und 10. August d. J. in Bremen.
2. Aenderung der §§ 13, 14, 23, 36, 41, 42, 44, 49, 50, 56, 66, 67 des Statuts sowie der §§ 4 und 5 der Verhaltungsvorschriften für erwerbsunfähige Mitglieder.
3. Verschiedenes.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Havemanns größte Raubtierschule d. Welt. Spezialität., Konzert, Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Schauer Stralsunderstr. 1.

Gelegenheitskauf!
„Cunita"
Ein Gedicht aus Indien in 10 Gesängen von Leopold Jacoby
Mit einem Bildnis des Autors.
Preis geb. statt 2.50 M.
nur 60 Pf.

Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW.,
Lindenstr. 69, Laden.

„Seit Jahren litt ich an lästigen
Gesichtsausschlägen und Bartflechten.
Trotzdem ich verschiedene von Aerzten verordnete Mittel anwendete, konnte ich mein Uebel nicht los werden. — Nach Anwendung von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** bin ich seit ¾ Jahren von meiner Krankheit geheilt." F. M. in D. a Stck. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazu gehörige **Zuckoch-Creme** (nicht fettend) 2 M., kleine Tube 75 Pf., ferner **Zuckoch-Seife** (mild), Preis 50 Pf. und 1.50 M.
Nichts anderes aufreden lassen, es gibt dafür keinen Ersatz!
In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien etc. zu haben, wo nicht, direkt von **L. Zucker & Co.,** Berlin, Potsdamer Str. 73. 2043L

Schutzmarke
Unsere echten Biere sind überall zu haben.
In Flaschen à 10 Pf.
In Kannen Ltr. 35 Pf.
In Syphons Ltr. 35 Pf.
Tel. VII, 4088, 89, 90.
BÖHMISCHES BRAUHAUS

Möbelfabrik
Schulz, Reichenberger Straße 5 (Gegr. 1878)
liefert anerkannt gediegene Möbel zu äußerst billigen Preisen.
Ev. Teilzahlung.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Gerade-halten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelloten, angenehm u. weich am Körper.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, in Dräsels Festsälen, Neue Friedrichstraße 35:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kreisbericht. 2. Vereinsangelegenheiten. 208/7
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin, Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987

Donnerstag, den 12. August 1909:

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

1. **Norden:** Bockbrauerei, Chausseestr. 64, abends 8½ Uhr.
2. **Norden:** Wilkes Festsäle, Brunnenstraße 188, abends 8½ Uhr.
3. **Norden:** Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8½ Uhr.
4. **Moabit:** Kronenbrauerei, Alt-Moabit 46/47, abends 8½ Uhr.
   Außer der sonstigen Tagesordnung: Vortrag über: „Staat und Gemeinde als Arbeitgeber." Referent: Stadtverordneter Paul Hirsch.
5. **Süden:** Lokal „Süd-Ost", Waldemarstraße 75, abends 8½ Uhr.
6. **Osten und Lichtenberg:** Litfin, Memeler Str. 67, abends 8½ Uhr.
7. **Stralau und Rummelsburg:** Blume, Alt-Boxhagen 56, abds. 8½ Uhr.
8. **Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8½ Uhr.
9. **Westen und Schöneberg:** Wieloch, Grunewaldstraße 110, abends 8½ Uhr.
10. **Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8½ Uhr.
11. **Weißensee:** Roßkopf, Königchaussee 38, abends 8½ Uhr.
12. **Tegel:** Sachon, Müllerstraße 136, abends 8½ Uhr.
13. **Spandau:** Gottwald, Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80, abends 8½ Uhr.
    Vortrag des Kollegen H. Hilpert.
14. **Köpenick:** Gratkowskys Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8½ Uhr.
15. **Oberschöneweide:** Lokal Hasselwerder, abends 8½ Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zur General-Versammlung am 30. August.
Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!
Laufzettel werden zu diesen Versammlungen nicht verschickt.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. **Sektion der Maurer.**
Freitag, den 13. August, abends 8½ Uhr:
Versammlung der Baudeputierten
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.
Es ist Pflicht der Kollegen jedes Baues, durch ein Mitglied in der Versammlung vertreten zu sein.
138/19* **Die Verbandsleitung.**

Kleber.

Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr, bei Meyer, Oranienstr. 103:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Zustände in unserem Beruf und unsere Stellungnahme dazu.
Referent: Max Strasser. 177/8*
Pflicht eines jeden Kollegen, insbesondere der unorganisierten, ist es zu erscheinen.
Die Sektionsleitung.

Schwarzer Adler
Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 130).
Inh.: Gebr. Arnhold.
Täglich: Gr. internation. Ringkampf-Konkurrenz
um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in bar.
Heute Dienstag, den 10. August, ringen: Huber-Schweiz gegen Parschau-Ostpreußen. Petitjean-Elsaß-Lothringen geg. Milo-Italien. Petersen-Dänemark gegen Sauerer-Bayern. Axa-Australien geg. Legemeo-Bordeaux.
Revanchekampf um die Prämie 100 Mark.
Hitzler-Bayern gegen **van der Berg**-Holland.
Vor den Ringkämpfen: Auftreten erstklass. Spezialitäten mit Fr. Sobanski

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Mittwoch, den 11. August: Zahlabend in Groß-Berlin.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg

hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Charlottenburger Volkshause ab. Durch stimmungsvolle Gesangsvorträge leitete die „Charlottenburger Liedertafel“ die Versammlung ein.

Wollermann erstattete den Bericht des Vorstandes. Unter anderem teilte er mit, daß im letzten Halbjahr ein Wahlverein in Lichtenrade neu entstanden ist, so daß die Zahl der örtlichen Wahlvereine jetzt 45 beträgt. Die Zahl der Mitglieder des Zentralwahlvereins ist von 22 192 auf 22 403 gestiegen, hat also um 211 zugenommen. Die Zunahme kommt allerdings nur auf die weiblichen Mitglieder. Ihre Zahl hat sich um 614 vermehrt, während die Zahl der männlichen Mitglieder um 403 zurückgegangen ist. Männliche Mitglieder sind 20 076, weibliche 2327 vorhanden. 33 Ortsvereine haben weibliche Mitglieder. Wir haben im Kreise ein Stadtverordneten- und 6 Gemeindeverordnetenmandate gewonnen. Im ganzen haben wir in 6 Städten 69 und in 31 Landgemeinden 75 sozialdemokratische Vertreter. Der Vorstand hat beschlossen, daß Rechtsauskunftsstellen auf Kosten der betreffenden Orte errichtet werden sollen. Es handelt sich um die entlegeneren Orte, da es sich für die in unmittelbarer Nähe Berlins liegenden Orte empfiehlt, die hier bestehenden Einrichtungen zu benutzen.

Heinrichs teilte in seinem Bericht von der Preßkommission unter anderem mit: Die vorige Generalversammlung hatte beschlossen, daß die Preßkommission wegen des lokalen Teils der Vororte mit den Vertretern der Orte verhandeln sollte. Diese Verhandlung hat stattgefunden, doch lagen keine Beschwerden von wesentlicher Bedeutung vor. — Andere Klagen erstreckten sich darauf, daß die Redaktion den ihr zugemessenen Raum so weit überschritten habe, daß es für die finanzielle Lage des Blattes von ungünstigem Einfluß sei. Der Redaktion sei deshalb aufgegeben worden, während der parlamentslosen Zeit mit dem Raum sparsam umzugehen.

Rohr, Vertreter der Lokalkommission, machte verschiedene Angaben über die Lokalverhältnisse im Kreise.

Küter, der den Bericht der Agitationskommission gab, konstatierte einen erfreulichen Fortschritt unserer Organisation in der Provinz. Sowohl die Zahl der männlichen wie der weiblichen Mitglieder habe zugenommen. Die Zahl der Rechtsauskunftsstellen sei von 19 auf 22 vermehrt worden. Sie würden namentlich von der Landbevölkerung rege in Anspruch genommen und lieber aufgesucht, wie die von den Gemeinden eingerichteten Auskunftsstellen.

Groger machte einige Mitteilungen aus den Verhandlungen des Aktionsausschusses.

Die Mandatprüfungskommission hat festgestellt, daß 100 Delegierte sowie 14 Vorstandsmitglieder und Funktionäre anwesend sind.

In der Diskussion wurden lediglich einige örtliche Beschwerden vorgebracht, besonders in bezug auf Zurückweisung oder Kürzung von dem „Vorwärts“ eingesandten Berichten aus kleineren Vororten.

Als Kassierer des Zentralwahlvereins wurde Pagels gewählt.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem bevorstehenden Parteitag. — Die Verhandlungen erstreckten sich zunächst auf das Organisationstatut. Zu dem Entwurf lagen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. Der Referent Zubeil unterzog dieselben einer kritischen Besprechung, dann wurden sie der Reihe nach diskutiert. Die Diskussion drehte sich zunächst um die Stellung und die Rechte der örtlichen Vereine in der Kreisorganisation, dann um die Bestimmung, daß Frauen den Vorständen angehören müssen. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, wonach dem § 4 die Worte hinzugefügt werden sollen: „wo die Möglichkeit besteht“. — Weiter wurde über die Festsetzung der Beitragshöhe diskutiert, doch keine Aenderung dazu beschlossen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach die Gratislieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder im Statut nicht ausgesprochen werden soll. — Zu § 7 wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß nicht die ganze Reichstagsfraktion, sondern eine Vertretung derselben am Parteitage teilzunehmen berechtigt sein soll. — Zu der Bestimmung des § 12, wonach ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen ist „auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes“, wurde beschlossen, das Wort „einstimmig“ zu streichen. Ferner wurde die Streichung des Satzes im § 23 beschlossen, welcher lautet: „Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewußter Weise die Parteiinteressen schädigt.“ — Durch einen weiteren Beschluß brachte die Versammlung zum Ausdruck, daß durch eine redaktionelle Aenderung im § 24 unzweideutig gesagt werde, daß nur Parteigenossen als Schiedsrichter ernannt werden dürfen. — Zum § 28 (Wiederaufnahme) wurde der von den Zentralvorständen von Groß-Berlin beschlossene Antrag angenommen.

Hierauf ging die Versammlung zur Besprechung der übrigen Tagesordnung des Parteitages über. Der Referent Zubeil sagte unter anderem, es werde beim Geschäftsbericht wahrscheinlich zu Debatten über die allgemeine politische Haltung der Partei kommen, mit Rücksicht darauf, daß einzelne Genossen die Ansicht vertreten hätten, nachdem die Liberalen aus dem Block entfernt wurden, müßten wir uns in ein gewisses freundliches Verhältnis zu ihnen stellen. Dieser Ansicht trat der Redner entschieden entgegen. — Die Liberalen hätten gezeigt, daß sie auch nach dem Ausscheiden aus dem Block von entschiedenem Liberalismus weit entfernt und nach wie vor unsere entschiedenen Gegner seien. Von einem Bündnis mit dem Liberalismus könne keine Rede sein, wenn wir auch in gewissen Fällen mit den Liberalen zusammengehen könnten, wo unsere prinzipiellen Gegensätze nicht berührt werden. Der Parteitag müsse Klarheit schaffen zwischen Revisionismus und Radikalismus. Man sage immer, es gebe keine Revisionisten. Aber in jedem Jahre, wenn der Parteitag nahe sei, wären gewisse Sozialdemokraten an der Arbeit, um der Partei Knüppel zwischen die Beine zu werfen. So hätten es auch die sieben Schwaben gemacht. In dem Bewußtsein, daß es Spektakel geben würde, seien sie zum König gegangen. Es sei Zeit, daß der Parteitag endlich einmal ein ernstes Wort spreche, und mit mehr Entschiedenheit, als es bisher der Fall gewesen sei, Stellung nehme gegen den Revisionismus. Den Parteigenossen, die fortgesetzt der Partei Knüppel zwischen die Beine werfen, müsse endlich gesagt werden: Wenn ihr immerfort die Interessen der Partei schädigt, dann müssen wir uns trennen. — Beim parlamentarischen Bericht werde die Frage eine Rolle spielen, ob die Fraktion bei der Reichsfinanzreform nicht hätte Obstruktion treiben sollen. Der Redner sprach sich dahin aus, daß eine Obstruktion gewiß wünschenswert gewesen wäre, sie habe sich leider nicht durchführen lassen, denn unsere Partei habe allein dagestanden, und durch die Geschäftsordnung würde der Obstruktion sofort ein Ende gemacht worden sein. — Die Maifeier werde seit einigen Jahren in einer Weise behandelt, an der wir keine Freude haben könnten. So habe der Metallarbeiterverband durch den Beschluß seiner Generalversammlung dazu beigetragen, daß von der Maifeier fast nichts mehr übrig bleibe. Die Arbeitsruhe sei ein hervorragendes Mittel, um die Arbeiter zum Klassenkampf zu erziehen. Ohne eine solche Erziehung könne eine Generalstreik, wie er jetzt in Schweden durchgefochten wird, nicht ausgeführt werden. Eine Maifeier am Sonntag oder am Abend sei wertlos. Lieber könnte man gleich die Maifeier ganz ausmerzen aus unseren Kampfmitteln. Wir müßten fest daran halten, daß von keiner Seite an der Maifeier gerüttelt werde. Gerade die Gewerkschaften hätten alle Ursache, an der Maifeier durch Arbeitsruhe festzuhalten, denn sie würden harte Kämpfe führen müssen, um die Schäden wieder gutzumachen, welche ihren Mitgliedern durch die Reichsfinanzreform in wirtschaftlicher Hinsicht zugefügt worden sind. Die Maifeier aber trage zur Stärkung des Klassenkampfes bei und diene deshalb auch den gewerkschaftlichen Kämpfen. — Die Genossen, welche als Vertreter des Kreises zum Parteitage gehen, müßten dahin wirken, daß der Klassenkampfcharakter der Partei nicht abgeschwächt werde.

In der Diskussion herrschte vollkommene Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten hinsichtlich Befürwortung der Maifeier und Gründung eines Zentralfonds zur Unterstützung der Gemaßregelten. Auch in der entschiedenen Verurteilung des „Schwabenstreiches“ sowie des Revisionismus überhaupt waren alle Redner mit dem Referenten einverstanden. Bemerkt wurde jedoch, daß die Berliner Genossen, so sehr sie auch den Streich der sieben Schwaben verurteilen, eigentlich keine Ursache hätten, sich darüber besonders aufzuregen, denn sie hätten ja auch das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht verurteilt, die in London in ähnliche Situationen gekommen seien, wie die sieben Schwaben. — Abweichend von dem Standpunkt des Referenten vertraten einige Redner die Ansicht, bei der Reichsfinanzreform hätten unsere Abgeordneten ohne Rücksicht auf alle Hindernisse Obstruktion machen müssen, um dadurch Eindruck bei den Wählern zu machen.

Folgende Anträge zum Parteitag wurden angenommen:

„Auf die Tagesordnung des Parteitages 1910 die Genossenschaftsfrage zu setzen.“

„Der Parteitag hält es für eine unerläßliche Pflicht aller Parteigenossen, für den internationalen Beschluß, die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, eine weit energischere Agitation in die Wege zu leiten. Angesichts der neuesten Stellungnahme auf gewerkschaftlicher Seite betont der Parteitag, daß wir gegenüber der herrschenden Klasse unmöglich eine Verwässerung der so dringend mehr als je nötigen Energie in dem gewaltigen Befreiungskampfe zulassen können. Idealismus und Energie sind die treibenden Kräfte bei der weit über das Alltägliche hinausragenden Demonstration am 1. Mai. Diese zu beseitigen, erklärt der Parteitag für eine Unmöglichkeit.“

„Zur Errichtung eines Fonds, aus dem den wegen der Maifeier gemaßregelten Parteigenossen eine Unterstützung gezahlt werden kann, sind vom Parteivorstand Beitragsmarken herauszugeben, zu deren Abnahme jeder Parteigenosse nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Lage verpflichtet ist.

Der Beschluß von Nürnberg, den Maifeierfonds betreffend, wird aufgehoben.“

„Parteigenossen, welche nicht in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, haben einen Tagesverdienst an den Maifonds abzuliefern.“

„Die Generalversammlung beauftragt ihre Delegierten, sich auf dem Parteitage der von den Göppinger Genossen angenommenen Resolution gegen das Verhalten der württembergischen Landtagsabgeordneten anzuschließen.“

Als Delegierte wurden Pagels, Fischer und Ulm gewählt.

Küter gab eine kurze Uebersicht über die Tagesordnung der Provinzialkonferenz. Anträge lagen dazu nicht vor. Als Delegierte wurden gewählt: Frau Thiel, Feller und Bengsch.

Zur Generalversammlung von Groß-Berlin lagen mehrere Anträge vor, von denen nach längerer Diskussion die nachstehenden angenommen wurden:

„Das „Mitteilungsblatt“ ist dahin auszugestalten, daß in jeder Nummer ein Artikel erscheint, der über Organisation, Agitation und die Partei interessierende Fragen kurze Abhandlungen bringt.“

„Die Erträge der bei den allgemeinen, über Groß-Berlin sich erstreckenden Demonstrationsversammlungen veranstalteten Tellersammlungen verbleiben den örtlichen Wahlvereinen resp. der Kreiskasse.

Die durch die Veranstaltung der Demonstrationsversammlungen dem Zentralvorstand von Groß-Berlin entstandenen Unkosten sind im Umlageverfahren von den Kreisen zurückzuerstatten.“

Kombinierte Sitzung des Kreises: Die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow erwartet von der Generalversammlung Groß-Berlins, daß der Beschluß derselben: „der 3. Wahlkreis hat vom Jahre 1910 die „Neue Welt“ dem Wahlverein Rixdorf zur Maifeier zu überlassen“, durchgeführt wird.

Der folgende Antrag wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen:

„Protestversammlungen, die vom Aktionsausschuß Groß-Berlins veranstaltet werden, sind auch so weit als möglich und so weit Lokale vorhanden, auf dem Lande abzuhalten.“

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr, Fortsetzung der Generalversammlung im großen Saal von Draesel, Neue Friedrichstr. 35. Die Genossen werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis. Heute abend 8½ Uhr findet in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, die Fortsetzung der Generalversammlung vom 3. August statt. Pflicht der Mitglieder ist es, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis. Die Frauen und Mädchen des fünften Kreises werden zu einem gemütlichen Kaffeekochen am Dienstag, den 10. August, nachmittags von 3 Uhr an, nach dem Schweizergarten, Königstor, eingeladen.

Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Rixdorf. Infolge der neuen Bezirkseinteilung mußte ein Wechsel bezw. Neuwahl einer ganzen Reihe von Zahlabend-Lokalen erfolgen. Wir ersuchen daher die Genossinnen und Genossen genau zu beachten, welches Lokal auf der Einladung, welche sie zu diesem Zahlabend erhalten, angegeben ist.

Der Vorstand.

Grünau. Mittwoch, den 11. d. M., abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen G. Franz, Köpenicker Str. 88. Berichterstattung von der Kreisgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten, Oertliches und Verschiedenes. — Beiträge können entrichtet werden.

Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Den Parteigenossen der beiden Bezirke obengenannten Ortes zur Kenntnis, daß der diesmalige Zahlabend beider Bezirke gemeinschaftlich im „Siegeskranz“ abgehalten wird. Es soll eine Aussprache über unsere örtlichen Agitationsverhältnisse herbeigeführt werden. Jeder Genosse und jede Genossin muß daher erscheinen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Ueberschuß“ für den Stadtsäckel.

Aus dem Rathaus ist der Presse die Mitteilung zugegangen, daß für das Etatsjahr 1908 (das mit dem 31. März 1909 endete) bei dem jetzt fertig gestellten Kassenabschluß sich ein Ueberschuß von rund 8 Millionen Mark ergeben habe. 8 Millionen hat man zu erübrigen gewußt, die teils durch ein Mehr an Einnahmen, teils durch ein Weniger an Ausgaben herangeschafft worden sind. Also wieder ein Ueberschuß, trotz all der düsteren Prophezeiungen, mit denen der Entwurf des Stadthaushaltetats für 1908 aufgenommen worden war!

Die „frohe Botschaft“ aus dem Rathause, die der Bürgerschaft dieses um so viel günstigere Ergebnis meldet, bringt auch ein paar dürftige Angaben darüber, aus welchen Quellen der „Ueberschuß“ geflossen ist. Einen erheblichen Anteil daran haben die Steuerverwaltung und die Kapital- und Schuldenverwaltung. Der Steuerverwaltung habe die Grundsteuer um 2,7 Millionen mehr, die Einkommensteuer um 1,8 Millionen mehr gebracht, als im Voranschlag erwartet worden war. Auch der Ertrag der Umsatzsteuer habe sich um 889 000 M. günstiger gestellt, dagegen sei die Braumalzsteuer um 85 000 M. hinter der Erwartung zurückgeblieben. Bei der Kapital- und Schuldenverwaltung weise der Abschluß gegenüber dem Voranschlag eine Verbesserung um 2 296 000 M. auf. Wie sie zustande gekommen ist, wird nicht des näheren angegeben. Aus anderen Verwaltungen wird hervorgehoben ein Ausgabenmehr von 674 000 M. für die offene Armenpflege, von 270 000 M. für die Irrenanstalt Dalldorf, von 554 000 M. für die Straßenreinigung. Dagegen schließe Hoch- und Tiefbau um rund 250 000 beziehungsweise 500 000 M. günstiger ab, und das Kapitel „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ weise eine Verbesserung um mehr als 300 000 M. auf. Der Abschluß der Werke zeigt eine Verbesserung von im ganzen nur 473 000 M. Im besonderen sei der Ertrag der Gaswerke um 446 000 M., der der Markthallen um 118 000 M. ungünstiger, dagegen habe sich ergeben bei den Wasserwerken eine Verbesserung des Ertrages um 916 000 M. und beim Nordwesthafen eine Ersparnis von 383 000 M. (namentlich nicht verausgabte Zinsen).

Man sieht: es ist Jahr für Jahr dieselbe Geschichte! Allemal wenn der Entwurf des neuen Stadthaushaltsetats vorgelegt wird, hören wir die sattsam bekannte Klage, es fehle an Geld, die Etats der einzelnen Verwaltungen reichlicher auszustatten. Und wenn dann das neue Etatsjahr wieder mal um ist und der Kassenabschluß vorliegt, ertönt mit derselben Regelmäßigkeit der Jubelhymnus auf die „guten Hausväter“, die in der Stadtverwaltung so klug zu wirtschaften verstehen, daß immer wieder noch etwas drüber bleibt. Ja, die „Ueberschuß“-Wirtschaft! Sie ist ein probates Mittel, noch auf eine ganze Weile hinaus über die wirkliche Sachlage zu täuschen. Wird auch, was drüber bleibt, von Jahr zu Jahr geringer, so heißt's doch immer noch „Ueberschuß“. Das Wort ist es, das da imponiert. Nur um das andere Wort, das gefürchtete, das uns das Defizit meldet, will man recht lange sich herumdrücken dürfen. Wie lange wird das noch möglich sein? Aus 1906 waren noch reichlich 14½ Millionen erübrigt worden, aus 1907 hatte man nur noch 10½ Millionen drüber behalten — und aus 1908 können jetzt die „Ueberschuß“-Künstler nur noch 8 Millionen buchen. Der „Ueberschuß“ ist bisher alljährlich in womöglich voller Höhe in den Etat des auf den Kassenabschluß folgenden Jahres eingestellt worden; aus 1906 z. B. kamen 14 Millionen dem Etat pro 1908 zugute, und aus 1907 gingen 10 Millionen in den Etat pro 1909 über. Ohne diese Beiträge wären die Etats pro 1908 und 1909 schon nicht mehr zu balanzieren gewesen, es drängt sich daher die Frage auf, wieweit bei der Aufstellung des Etats pro 1910 der jetzige Ueberschuß von nur noch 8 Millionen reichen soll. Wenn ein Ueberschuß, mit dem für die Balanzierung des Etats gerechnet werden muß, sich verringert, dann ist genau genommen das Defizit schon da. Zwischen den 8 Millionen aus 1908 und den für 1908 hergegebenen 14 Millionen aus 1906 besteht bereits eine Differenz von 6 Millionen, die in 1908 „eingeschustert“ worden sind. Bald wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo nichts mehr drüber bleibt, was in einem folgenden Jahr „eingeschustert“ werden könnte.

Was wird dann geschehen? Da die Freisinnsmänner des Rathauses dem Stadtsäckel nicht beizeiten neue Einnahmequellen haben erschließen wollen — man denke nur an ihre ablehnende Haltung zu dem Projekt einer Wertzuwachssteuer — so werden diese „guten Hausväter“ schließlich sich doch dazu bequemen müssen, die Einkommensteuer über 100 Prozent hinaus zu erheben. Mit dem billigen Trost, daß nach schlechten Jahren auch wieder gute kommen werden, läßt sich nun mal kein Etat balanzieren — solange die guten Jahre noch nicht kommen wollen.

Der letzte Feriensonntag brachte der Eisenbahn einen Massenverkehr. Viele Tausende Ferienreisende hatten mit Rücksicht auf das in der vergangenen Woche eingetretene gute Wetter die für früher in Aussicht genommene Rückreise auf den vorgestrigen Sonntag verschoben und so entstand ein ganz gewaltiger Andrang zu den aus den Bädern und Sommerfrischen in Berlin einlaufenden Zügen. Auf allen Hauptstationen mußten Personenwagen angehängt werden, wodurch die einzelnen Züge bis auf sechzig Achsen verlängert wurden. Unter solchen Umständen konnte der Fahrplan nicht innegehalten werden. Am stärksten war der Verkehr wieder auf dem Stettiner Bahnhof. Hier mußte jedem fahrplanmäßigen Zuge ein Vorzug vorausgehen. Die Strecken waren derartig belastet, daß die Züge Verspätungen bis zu einer Stunde erlitten. Der Andrang von Personen, die Angehörige abholen wollten, war so groß, daß zeitweise der Zutritt zu den Perrons auch mit Bahnsteigkarten nicht gestattet werden konnte und viele hunderte sich an der Bahnsteigsperre stauten. In Berlin selbst hatte das schöne Sonntagswetter eine wahre Völkerwanderung hervorgerufen. Schon vom frühen Morgen an wurden die nach den Vororten führenden Züge geradezu gestürmt und auf den Ausgangsstationen der Stadt- und Vorortbahn herrschte ein fürchterliches Gedränge. Besonders stark war der Verkehr auf den Strecken nach Erkner, Grünau, Grunewald. Die Große Berliner Straßenbahn hatte ihr gesamtes rollendes Material in Betrieb genommen und auch die städtische Straßenbahn ließ auf ihren Strecken vom frühen Morgen bis zum späten Abend sämtliche Züge mit 1—2 Anhängern verkehren.

Ueberzählige Automatengroschen. Einen nicht unbeträchtlichen Ueberschuß erhält die Reichspostverwaltung aus den Fernsprechautomaten, bei welchen das Publikum infolge Unkenntnis bei Benutzung des Apparates sehr häufig doppelte Zahlung leisten muß. Obwohl an jedem Automaten die Aufschrift vorhanden ist: „Nicht zahlen, bevor das Amt dazu auffordert“, werden Tag für Tag in zahlreichen Fällen von den Benutzern der öffentlichen Fernsprecher die Zehnpfennigstücke vorzeitig in die Oeffnung geworfen, so daß sie, um sprechen zu können, gezwungen sind, noch ein zweites Mal Zahlung zu leisten. Beschwerden über die doppelte Entrichtung des Nickels sind natürlich erfolglos. Es kann daher nicht oft

genug wiederholt werden, daß bei Benutzung der Fernsprechautomaten das Geldstück nicht früher in den Schlitz gesteckt wird, bis vom Amte die Aufforderung ergeht: „Bitte zahlen."

Unglücksfälle im Straßengetriebe. Am Sonntag wurde ein 43 Jahre alter, in der Lübbener Straße wohnhafter Straßenreiniger, als er am Hafenplatz seiner Beschäftigung oblag, von einer Kraftdroschke überfahren und zog sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. In demselben Gefährt wurde der Verunglückte nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht.

Beim Spielen auf dem Fahrdamm der Waßmannstraße lief in der Nähe der elterlichen Wohnung der fünfjährige Sohn eines Schneiders gegen einen Schlächterwagen und geriet unter die Räder. Der Kutscher fuhr den Knaben zur Unfallstation VIII, wo der Arzt einen Schädelbruch und innere Verletzungen feststellte und einen Notverband anlegte. Dann wurde der Ueberfahrene in einer Droschke dem Krankenhause am Friedrichshain zugeführt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Arbeitswagen der Berliner Feuerwehr und einem Straßenbahnzuge ereignete sich am gestrigen Montagvormittag gegen 10 Uhr auf der Treptower Chaussee. Das Pferd eines den Straßenzug passierenden Arbeitswagens der Feuerwehr scheute vor einem vorübersausenden Privatautomobil und ging durch. Das Tier raste die Chaussee entlang und lief gegen einen aus entgegengesetzter Richtung herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 83. Die Deichsel des Arbeitswagens stieß mit voller Gewalt gegen den Vorderperron des Bahnwaggons, der voll besetzt war. Fünf Personen wurden bei dem Zusammenprall mehr oder minder erheblich verletzt. Der Führer des Straßenbahnzuges Linngran erlitt eine schwere Brustquetschung, seine dreizehnjährige Tochter, die auf dem Vorderperron stand, Hautabschürfungen an den Händen. Beide wurden nach ihrer in der Nähe belegenen Wohnung gebracht. Der Straßenbahnfahrer Gülle trug eine Quetschung des rechten Oberschenkels, ein Herr Joseph Krumierz aus der Krummestraße 42 in Charlottenburg eine Quetschung des linken Unterschenkels davon. Letzterer wurde durch den Rettungswagen der Straßenbahn zunächst nach der Unfallstation am Görlitzer Bahnhof und von hier nach Anlegung eines Notverbandes mittels Droschke nach seiner Wohnung übergeführt. Der Kaufmann Richard Troppens, Schlesische Straße 31 wohnhaft, der sich im Innern des angefahrenen Bahnwagens befand, erlitt einige blutende Wunden im Gesicht und an den Händen. Die übrigen Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Der Vorderperron des Motorwagens wurde stark beschädigt, die Tür eingedrückt. Das eine Pferd des Feuerwehrwagens wurde bei dem Zusammenstoß schwer an der Brust verletzt.

Durch einen bedauerlichen Vorfall wurde das fröhliche Leben und Treiben unterbrochen, das am Sonntag auf dem von vielen Laubenkolonisten in Treptow veranstalteten Erntefest herrschte. In der Neuen Krugallee, Ecke Dammweg, fuhr ein Wagen der Straßenbahn mit einem mit etwa 80 Kindern besetzten Erntewagen zusammen. Hierdurch wurde ein Hinterrad des Wagens zertrümmert. Unter dem Angstgeschrei der Kinder stürzte der Wagen um, und die Kinder fielen aufs Pflaster. Ein Knabe erlitt hierbei einen Oberschenkelbruch, während drei andere Quetschungen am ganzen Körper davontrugen, die auf der Unfallstation am Görlitzer Bahnhof behandelt wurden.

Am Hitzschlag gestorben ist Sonntagnachmittag um 4 Uhr der 51 Jahre alte Maurer Hermann Krieg aus der Ibsenstr. 16. Mit seiner Ehefrau und zwei Töchtern besuchte er eine Laubenkolonie in der Schönhauser Allee und freute sich. Plötzlich brach er zusammen. Als man ihn nach der Rettungswache in der Gaudystraße gebracht hatte, war der Tod schon eingetreten.

Auf gleiche Weise kam der 26 Jahre alte Handlungsgehilfe Max Heinze aus der Steinmetzstr. 10 zu Rixdorf um das Leben. In der Blethenstr. 10 fiel er um und starb auf dem Hausflur, bevor ein Arzt von der Unfallstation hinzu.

Als Kindesentführerin verhaftet wurde das 19 Jahre alte ehemalige Dienstmädchen Emma Gorius. Es handelt sich um das Mädchen, das am 3. d. M. die 8 Jahre alte Klara Schmidt aus dem Kurfürstendamm 247 zu Charlottenburg an sich lockte und entführte. Klara Schmidt wurde in einem Pensionate der Wilhelmstraße in Berlin zurückgelassen und konnte den Eltern wieder zugeführt werden. Die Steglitzer Kriminalpolizei ermittelte die Entführerin, die das Kind wahrscheinlich zu unsittlichen Zwecken an sich gelockt hat. Die Entführerin behauptet, daß sie die Kleine aus Zuneigung zu Kindern überhaupt mitgenommen habe und bestreitet jede böse Absicht. Sie wurde von der kleinen Schmidt wiedererkannt und dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Beim Baden ertrunken. In der Oberspree bei Köpenick hatten mehrere junge Berliner, die auf einem Ausfluge begriffen waren, gebadet. Einer der Badenden wagte sich etwas zu weit in den Fluß hinein und als er wieder zurückschwimmen wollte, verließen ihn die Kräfte. Trotzdem sofort Versuche unternommen wurden, den Gefährdeten ans Ufer zu schaffen, sank der Schwimmer unter und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden.

Im Freibad Wannsee geriet eine junge Dame in die Gefahr des Ertrinkens. Sie hatte sich gleichfalls zu weit in den offenen See hinausgewagt und wäre wohl zweifellos ertrunken, wenn sie nicht in einem heranfahrenden Motorboot aufgenommen worden wäre.

Durch Not und Entbehrungen in den Tod getrieben wurde der Arbeiter Emil Lehmann aus der Treskowstraße 32. L., der Vater von fünf unmündigen Kindern war, hatte vor einigen Wochen seine Arbeit verloren und seitdem vergeblich versucht, wieder neue Beschäftigung zu erhalten, um für seine Familie sorgen zu können. Die Notlage in der Behausung wurde von Tag zu Tag schlimmer und in seiner Verzweiflung wußte sich L. keinen anderen Ausweg, als in den Tod zu gehen. Vorgestern fand ihn seine Frau im Schlafzimmer erhängt auf.

Eisenbahnunfall. Ein schrecklicher Vorfall hat sich gestern nachmittag auf der Zossener Bahn zugetragen. Als der Personenzug nach 4 Uhr den Bahnhof Groß-Lichterfelde verlassen hatte und sich bereits wieder in voller Fahrt befand, stürzte der Lokomotivführer Fiedler aus der Maschine heraus. F. hatte Ausschau halten wollen, sich dabei zu weit nach vorn übergebeugt und dabei das Gleichgewicht verloren. Der Zug wurde von dem begleitenden Heizer sofort zum Halten gebracht. In besinnungslosem Zustande fand man F. neben den Gleisen liegend auf. Er hatte schwere innere und äußere Verletzungen davongetragen und wurde sterbend in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagmittag in der Großen Frankfurter Straße. Dort fuhr ein Motorwagen der Linie 71 in voller Fahrt gegen einen Anhängewagen der Linie 68. Durch den Anprall wurde die Kuppelung zwischen dem Anhängewagen und dem dazu gehörigen Motorwagen verbogen und dessen hinteres Perronblech eingedrückt. Als leicht verletzt meldeten sich drei Fahrgäste und der Schaffner des Anhängewagens, Wolfraumm, die über Schmerzen im Rücken klagten. Die durch den Zusammenstoß verursachte Betriebsstörung war nach 15 Minuten behoben.

Auf einem Spaziergang gestorben ist am Sonnabendabend gegen 10 Uhr der 59 Jahre alte Schneidermeister Gottlob Jentzsch aus der Lychener Straße 8. Am Exerzierplatz an der einsamen Pappel brach er plötzlich zusammen. Man brachte ihn nach der Rettungswache in der Gaudystraße, wo er tot eingeliefert wurde.

Aus dem Fenster gestürzt. Bei einem verhängnisvollen Unfall ist gestern nachmittag der 82 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Sura aus der Juliusstr. 33 lebensgefährlich verletzt worden. S., der an Atembeschwerden litt, hatte sich aus dem Fenster herausgelehnt, um frische Luft zu schöpfen. Er wurde dabei von einem Schwindelanfall heimgesucht und stürzte aus dem im dritten Stockwerk belegenen Fenster auf den Hof hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Hausbewohner fanden den Verunglückten bald darauf auf und sorgten für seine Ueberführung nach dem städtischen Krankenhause.

Die Diensträume der (Bau-) Abteilung III des Polizeipräsidiums werden, wie amtlich bekanntgegeben wird, zum 15. August d. J. aus dem Polizeipräsidialgebäude am Alexanderplatz nach dem neuen Dienstgebäude in der Magazinstraße 3/4 (Postamt O. 27) verlegt. Der Umzug dahin wird in den Tagen vom 11. bis zum 14. d. M. stattfinden.

Während der ersten drei Umzugstage sind die Geschäftsräume der Abteilung geschlossen, und auch am vierten Tage kann ein Verkehr mit dem Publikum während der Sprechstunde von 11—12 Uhr vormittags nur in beschränktem Maße stattfinden.

Es wird daher dringend ersucht, Anträge, Gesuche, Vorstellungen usw. in Bauangelegenheiten in der Zeit vom 11. bis zum 18. d. M. bei dem Polizeipräsidium nicht anzubringen, da ihre Erledigung während dieser Zeit voraussichtlich nicht möglich ist.

Grober Unfug lag drei Feuermeldungen zugrunde, die aus der Münzstr. 14, Warschauer Straße 16 und Mathiasstraße einliefen. Nur in einem Falle konnte der Täter ermittelt werden. Es war ein Händler, der sich Schiewitzki nannte und von der Polizei mit nach der Wache genommen wurde. Am Montag früh um 5 Uhr brannten auf einem Bahnhof Preßkohlen in solcher Ausdehnung, daß kräftig Wasser gegeben werden mußte. Auch auf dem Nordbahnhof und anderen mußten Preßkohlenbrände gelöscht werden. Vor dem Hause Linkstraße 8 stand eine Automobildroschke in Flammen, die mit einer Schlauchleitung gelöscht werden konnten, und vor dem Hause Wiener Straße 8 brannte ein Omnibus infolge der Explosion einer Petroleumlampe, wobei ein Fahrgast leichte Verletzungen erlitt. Etwas schwerere Verletzungen zog sich eine Frau Littmann bei der Explosion einer Spiritusflasche im Seifenladen Admiralstraße 37 zu. Die Feuerwehr löschte die Flammen, die auch alten Hausrat erfaßt hatten. In selbstmörderischer Absicht versuchte sich am Sonntag eine Frau in der Potsdamer Straße 83 B zu vergiften. Sie hatte die Hähne der Gasleitung geöffnet und wurde schon leblos aufgefunden. Samariter der Feuerwehr brachten sie durch Einflößen von Sauerstoff wieder zum Bewußtsein. Der 15. Zug hatte in der Waldstraße 48 einen Wohnungsbrand zu löschen. Bretter, Fußböden, eine Markise u. a. brannten Waldstraße 148, Ebertystr. 30, Torfstr. 16 und an anderen Stellen. In der Bohenstr. 20 mußte ein Bodenbrand gelöscht werden. Säcke wurden in der Britzer Straße 6 ein Raub der Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Landsberger Allee 129, Romintener Straße 28 und an anderen Stellen zu tun.

Sportpark Steglitz. Nach längerer Pause hat Steglitz seine Pforten wieder geöffnet und hielt sein erstes Rennen großen Stils ohne Motorführung ab. Die Anteilnahme des zahlreichen Publikums an dem Verlauf der Rennen bewies, daß der Radrennsport durch die Verwendung menschlicher Schrittmacher gesundere Bahnen einschlägt, und es ist zu hoffen, daß auch der Fliegersport wieder zu Ehren kommt. Das Steglitzer Hauptfahren, welches in drei Läufen den Franzosen Poulain, Otto Meyer, den Neger Major Taylor und Messori am Start sah, gab hochinteressante Kämpfe und endete mit einem Siege Poulains vor Meyer, Major Taylor und Messori. Da Meyer und der Neger die gleiche Punktzahl hatten, fuhren beide noch einen Entscheidungslauf, der einen überlegenen Sieg von Meyer ergab. — Ein Dauerrennen über 50 Kilometer mit Tandemführung, wobei jeder Fahrer fünf Tandempaare zur Verfügung hatte, bot ein äußerst interessantes, abwechslungsreiches Bild und war durch die bunten Farben und den geräuschlosen Verlauf für Auge und Ohr wohltuend. Das Rennen ergab einen Sieg von Theile vor Scheuermann, Contenet und Bouhours, während Demke aufgab. Den beiden Ersten kam ihre ruhmreiche Vergangenheit als Flieger sehr zu statten, doch auch die beiden Franzosen hielten sich tapfer. Theile hatte unstreitig die besten Schrittmacher und durch rasche und geschickte Ablösung sicherte er sich bis zu 80 Kilometern eine Runde Vorsprung, um dann zum Schluß noch einen energischen Vorstoß zu machen; hierbei verlor Contenet auch noch seinen zweiten Platz an den schön aufholenden Scheuermann, die beide $1^1/_2$ Runden zurück endeten, während Bouhours 2 Runden Abstand hatte. — Ferner waren noch siegreich Kudela vor Peter und Arend; Wegner vor Nedela; Techmer vor Pawle und Carapezzi; Rudel vor Süßmilch. Das Tandemfahren sah die sieggewohnte Mannschaft Kudela-Peter vor Techmer-Wegner und Nedela-Stabe.

Sein 15. Schwimmfest verbunden mit Damenschwimmen und Wasserballspiel veranstaltete am Sonntag in der See-Terrasse Lichtenberg der Berliner Schwimmverein „Welle" (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes). Die Resultate der Wettkämpfe waren folgende:

Herren-Staffettenschwimmen, 4×50 Meter. 1. „Freiheit" 2 Min. $47^1/_5$ Sek. 2. „Welle" 2 Min. $52^3/_5$ Sek. — Knabenbrustschwimmen 50 Meter. 1. Sprotte („Welle") $49^2/_5$ Sek. 2. Schmidt („Vorwärts"-Rixdorf) $49^4/_5$ Sek. 3. Ziesche („Freiheit") $53^1/_5$ Sek. Rückenschwimmen 100 Meter. 1. Fröhlich („Vorwärts", Rixdorf) 2 Min. 10 Sek. — Jugendstaffettenschwimmen 4×50 Meter. 1. „Vorwärts", Rixdorf, 2 Min. 51 Sek. 2. „Fr. Schw., Charlottenburg", 2 Min. $58^3/_5$ Sek. — Damenwettschwimmen a) bis 16 Jahre, 100 Meter. 1. Frl. May („Fr. Schw. Charlottenburg") 1 Min. $58^4/_5$ Sek. 2. Frl. Janisch („Welle") 2 Min. $45^2/_5$ Sek. Damenbrustschwimmen b) über 16 Jahre 150 Meter: 1. Frl. Leutloff „Fr. Schw. Charlottenburg", 3 Min. $^1/_5$ Sek., 2. Frl. Menschel „Neptun"-Weißensee, 3 Min. 2 Sek., 3. Frl. Wähnelt „Welle", 3 Min. $3^3/_5$ Sek. Hauptschwimmen 800 Meter: 1. Schwenzer „Welle", 4 Min. $55^4/_5$ Sek., 2. Sommerfeld „Fr. Schw. Charlottenburg", 4 Min. $57^4/_5$ Sek., 3. Buro „Freiheit", 5 Min. 4 Sek. — Jugendschwimmen 100 Meter: 1. Kurz „Fr. Schw. Charlottenburg" 1 Min. $27^4/_5$ Sek., 2. Frank „Vorwärts"-Rixdorf, 1 Min. $31^4/_5$ Sek., 3. Rutke „Vorwärts"-Rixdorf, 1 Min. 33 Sek. Kopfweitsprung. 1. Müller („Welle") 16 Meter. 2. Wahmuth („Aegir") 15 Meter. — Kürspringen. 1. Narkun (Fr. Schw., Charlottenburg) $19^3/_5$ Punkte. 2. Kilian („Neptun", Weißensee) $19^1/_5$ Punkte. Wasserballspiel. „Welle" gegen „Freiheit". Sieger: „Freiheit" mit 2:1 Goal.

Es hatten sich ca. 3000 Personen eingefunden, die das Schwimmen beobachteten.

Einen empfindlichen Verlust hat eine Arbeiterfrau zu beklagen, die am Sonntagvormittag in der Scherer- oder Maxstraße ein schwarzes Portemonnaie mit 50 Mk. Inhalt verlor. Der ehrliche Finder wird um Wiedergabe des Verlustes an Frau Braun, Liebenwalderstraße 5, 2. Quergebäude, parterre, gebeten.

Der August-Sternschnuppenschwarm, der sich in der Zeit vom 8.—12. August alljährlich entfaltet, wird in diesem Jahre besonders günstig zu beobachten sein, da am 16. August Neumond ist, so daß das Mondlicht die Beobachtung des Phänomens nicht stört. — In der Treptow-Sternwarte wird am Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, Direktor Dr. F. S. Archenhold über: „Die Beobachtung und Herkunft der Sternschnuppenfälle, insbesondere der Perseiden, einen gemeinverständlichen Lichtbildervortrag halten. — Im Anschluß hieran werden auf der Plattform der Sternwarte die Sternschnuppen beobachtet werden. — Im großen Fernrohr wird tagsüber die Sonne, abends Doppelsterne und von 11 Uhr ab der Planet Mars beobachtet. Außerdem stehen den Besuchern kleinere Fernrohre zur beliebigen Benutzung zur Verfügung.

Zeugen gesucht. Personen, die am Dienstag, den 3. d. M., in der Gerichtstraße unter der Bahnüberführung beobachtet haben, wie ein älterer Mann von einem Kraftwagen erfaßt wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Hintze, Königsberger Straße 4, einzusenden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

St. Bureaukratius. Ueber ein sonderbares Vorkommnis wird uns berichtet: Ein Gastwirt, der von Berlin nach Charlottenburg gezogen war, meldete sich und seine Familie bei der hiesigen Polizeibehörde an. Nach einiger Zeit erhält die 13 Jahre alte Tochter des Gastwirts eine Aufforderung, ihre Einkommensteuer zu bezahlen. Selbstredend wurde die Zahlung verweigert. Es dauert jedoch nicht lange, so erscheint ein Magistratsbote, um zu recherchieren und festzustellen, ob „Fräulein" L. eine Verkäuferin ist oder ein Schulmädchen. Nach Vorlegung des letzten Schulzeugnisses überzeugte sich der Magistratsdiener, daß das Mädchen keine Verkäuferin ist, sondern noch die Charlottenburger Volksschule besucht. Nach kurzer Zeit erschien ein Schutzmann, der sich dann informieren wollte, ob sich Fräulein L. einer Steuerhinterziehung schuldig gemacht hätte. Der Beamte war denn auch nicht wenig erstaunt, als er sich überzeugen mußte, daß das Mädchen noch die Schule besucht. Doch hiermit noch nicht genug, erhielt das noch schulpflichtige Mädchen auch eine Steuerzahlkarte, die Annahme derselben wurde jedoch verweigert. Nun fehlt nur noch, daß der Gerichtsvollzieher erscheint, um das Mädchen zu pfänden.

Schöneberg.

Einen größeren Brand hatte die Schöneberger Feuerwehr am Sonntag in der Holbeinstraße zu löschen. Abermals brannte dort ein Holzlager und abermals wird Brandstiftung vermutet. Als die große Gefahr für die dort aufgestapelten ausgedehnten Holzlager im Werte von mehreren Millionen Mark bemerkt wurde, wurde die Feuerwehr alarmiert. Sie war schnell zur Stelle und konnte durch kräftiges Wassergeben aus mehreren Schlauchleitungen eine weitere Ausdehnung der Flammen verhüten. Bretter, Rüstzeug usw. sind verbrannt. Ferner hatte die Feuerwehr in der Frankenstraße 16 und Erdmannstraße 10 zu tun, wo Preßkohlen u. a. brannten und ein Pferd aus einer Notlage befreit werden mußte.

Durch die Ausschreibung des Rathausbaues ist der Beginn desselben um mindestens zwei Jahre hinausgeschoben. Denn bis zum 1. Februar 1910 sollen die Preisschreiben eingereicht sein, dann finden die Prüfungen und Erwägungen der Preisrichter statt, die sich bis April ausdehnen, um Vorschläge zu machen, wem von den Bewerbern der Preis zuerkannt werden soll. Der Magistrat, der nunmehr prüft, welches Projekt er empfehlen wird, braucht längere Zeit damit, so daß die Stadtverordnetenversammlung kurz vor oder gleich nach den Ferien im September eine dementsprechende Vorlage zugestellt erhält. Der Ausschuß, dem das ganze überwiesen wird, prüft ebenfalls sorgsam, so daß im Spätherbst die Vorlage zur Beschlußfassung unterbreitet werden kann. Das Projekt ist derartig umfangreich, daß, da im Winter mit derartigen Bauten nicht begonnen wird, die Arbeiten zu dem Rathausbau vor März 1911 nicht angefangen werden können. Für Mieträume, die außerhalb des jetzigen Rathauses liegen, werden jährlich 60 000 M. Mieten gezahlt. Und trotzdem diese Verzögerung.

Kinder zu brandschatzen sucht in letzter Zeit ein etwa 16jähriges Mädchen. So wurde einem Kinde im Friedenauer Ortsteil, das für seine Mutter Einkäufe besorgen sollte, die Tasche mit Waren und Geld abgenommen. Unter dem Vorwand, bei einem Herrn im zweiten Stockwerk eine Bestellung auszurichten, schickte sie das Kind in ein Haus hinein und versprach, bis zur Wiederkehr auf die Sachen aufzupassen. Das Kind ließ sich betören, und als es unverrichteter Sache zurückkam, da war die Schwindlerin mit Tasche, Geld und Waren verschwunden. Die Eltern tun gut, den Kindern einzuschärfen, daß sie derartigen Lockungen nicht folgen dürfen.

Rixdorf.

In der Totschlagsaffäre, welche sich Mitte Juni hier abgespielt hatte und bei welcher ein Angestellter der Vereinsbrauerei infolge der erlittenen Verletzungen seinen Tod fand, sind jetzt die Ermittelungen abgeschlossen und die Akten zur Erhebung der Anklage gegen die drei in Haft befindlichen Beschuldigten, die Arbeiter Eberle, Kurby und Permann an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Der Angeschuldigte Kurby bestreitet jede Mittäterschaft. Nach seinen Angaben will er mit seiner Braut in dem dortigen Park gewesen und dort von dem Verstorbenen belauscht worden sein. Hierüber sei er mit ihm in Streit geraten und habe ihn bis an das Haus verfolgt, in welchem dieser wohnte, um seinen Namen festzustellen. Vor dem Hause wären beide nochmals in einem Wortwechsel geraten, der in beiderseitige Tätlichkeiten ausgeartet habe. Die beiden Mitbeschuldigten wären erst jetzt hinzugekommen und hätten ohne weiteres auf den Verstorbenen mit irgend welchen Werkzeugen losgeschlagen. Hierdurch habe er erst die Verletzungen erlitten, die später den Tod herbeiführten. Kurby will die beiden Mitbeschuldigten von weiteren Mißhandlungen abgehalten haben.

Britz.

Im Adamsgewande auf der Straßenbahn. Eine unfreiwillige „Nachtvorstellung" gab in der gestigen Nacht der Gastwirt W. Gegen 1 Uhr nachts wurde der Gastwirt durch Diebe, die in seine Wohnung eingestiegen waren, aus dem Schlafe geweckt. Er sprang schnell aus dem Bett und jagte, nur mit dem Nachthemd bekleidet, den Dieben nach. Es gelang ihm, einen der Diebe zu fassen. W. hatte die Absicht, den Dieb dem Wächter zu übergeben und begab sich ohne Kleidung bis an die Haustür. Da sich aber kein Wächter zeigte, entschloß er sich, den Eindringling trotz seiner ungenügenden Kleidung persönlich nach dem einige hundert Meter entfernten Polizeibureau zu bringen. Bald sammelte sich um die Beiden eine große Menschenmenge, die schließlich gegen den Wirt Partei ergriff und ihm das Hemd vom Leibe riß. Inzwischen war der Dieb entkommen. Da aber auch jetzt noch die Menschenmasse auf ihn einstürmte, zog W. es vor, sich in eine gerade vorbeifahrende, stark besetzte Straßenbahn zu flüchten. Jetzt wurde der Hallo noch ärger. Der bedrängte „Nackte" mußte die Elektrische sofort verlassen, da an seinem Aufenthalt Anstoß genommen wurde. Endlich nahm sich die Polizei seiner an und brachte ihn in einer Droschke in seine Wohnung.

Weißensee.

Eine interessante Debatte für die Unbeteiligten ging der letzten Gemeindevertretersitzung vorauf. Der besoldete Schöffe Dr. Klamroth nahm Stellung gegen eine Resolution, die in einer Protestversammlung der Hausbesitzer angenommen worden war und in der das tiefste Mißfallen gegen die Mitglieder der Grundwerteinschätzungskommission ausgesprochen wurde. Als Vorsitzender der Kommission, so betonte der Redner, müsse er diese in Schutz nehmen, da nur nach Recht und Gewissen abgeschätzt wurde. Durch die Veröffentlichung solcher Resolutionen schädige man nicht nur das Ansehen der Gemeinde, sondern auch sich selbst. Der Bürgermeister sekundierte seinem Kollegen, indem er hervorhob, daß sich die Herren Hausbesitzer in ihren Versammlungen einer Sprache bedienten, wie er sie noch nirgends gehört, das ganze ginge auf ein Diskreditieren des Gemeindevorstandes hinaus. Aus dem Zeitungsbericht sei ferner hervorgegangen, daß er, Redner, sich sehr vorsichtig bei einer Unterredung mit einer Hausbesitzerkommission ausgedrückt habe, darauf erwidere er nur, daß man ihn nicht zwingen könne, mehr zu antworten als persönlich zu verantworten sei. Herr Konitz als Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins nahm die Versammlung in Schutz; eine Absicht zu beleidigen habe nicht bestanden, man habe nur sein Recht wahren wollen. Genosse Frentz als Mitglied der Einschätzungskommission erklärte, daß der Gemeindevorstand durch diese Debatte den organisierten Hausbesitzern viel zu viel Ehre antue, denn er fühle sich durch das ganze Geschrei nicht beleidigt; der ganze Stank komme aus Alt-Weißensee, wo man bisher nicht gewöhnt war, Steuern zu zahlen. Die Alt-Weißenseer stellten zwar Ansprüche an die Gemeinde, aber Steuern zahlen sei für sie ein wunder Punkt. Hausbesitzer Fechner sagte ebenfalls, beleidigen wollte keiner, aber in der Hitze des Gefechts falle auch mal ein scharfer Ausdruck und so sei auch die Resolution zustande gekommen, die gar nicht veröffentlicht werden sollte. Genosse Fuhrmann legte den Standpunkt klar, daß sich die Vertreter der dritten Abteilung über den Bruderzwist nur freuen könnten. Während außerhalb des Hauses ein anderer Wind wehe, führe man hier im Saale vor dem Gemeindevorstand eine andere Sprache und versuche zu „kneifen". Gerade von Herrn Fechner als größten Schreier habe er erwartet, daß er endlich Farbe bekenne. Herr Mewes erklärt auch, daß die Haus- und Grundbesitzer in ihrer Mehrheit nicht auf dem Boden der Resolution stehen, vielleicht 20 bis 30 Herren hätten Ursache

Beschwerde zu führen; im übrigen nimmt Redner die Kommissionsmitglieder in Schutz. Jetzt endlich kam Herr Konitz damit heraus, daß der Alt-Weißensee Grundbesitzerverein an der Veröffentlichung der Resolution die Schuld trage, denn dieser habe ohne besonderen gemeinsamen Beschluß die Resolution und das Protokoll der Zeitung übergeben. Darob nochmals auf allen Seiten große Aufregung; an der Debatte nahm auch u. a. Genosse Fuhrmann teil. Letzterer gab der Meinung Ausdruck, daß man bis zu den nächsten Wahlen diese Angelegenheit nicht vergessen solle, wenigstens würde die Sozialdemokratie dieselbe im Auge behalten, denn so wie hier hätten sich wohl selten die Hausbesitzer als Interessengruppe gezeigt.

Rummelsburg.

Der wegen Brandstiftung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilte Gastwirt Gorgas ist, wie berichtet wird, flüchtig geworden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Flüchtigen einen Steckbrief erlassen.

Nieder-Schöneweide.

Ein Unfall, wobei zwei Personen erheblich verletzt wurden, hat sich vorgestern nachmittag in der Carlshorster Straße zugetragen. Der Inhaber des Restaurants „Tabberts Waldschlößchen" hatte auf seinem Fuhrwerk eine Ausfahrt unternommen, als beim Passieren der Carlshorster Straße plötzlich eine Achse brach. Der Wagen stürzte vorn zusammen und der Besitzer Schneider sowohl als auch sein Kutscher wurden heruntergerissen und eine längere Strecke mitgeschleift. Durch Spaziergänger mußte das Pferd zum Stehen gebracht werden. Schneider hatte am ganzen Körper erhebliche Hautabschürfungen, einen komplizierten Unterschenkelbruch und Anschwellungen der Knie erlitten, während der Kutscher anscheinend innere Verletzungen davongetragen hatte.

Tegel.

Straßenbahn und Arbeiter. Der Verkehr der Straßenbahn von Tegel nach Berlin läßt zurzeit sehr vieles wünschen. Wenn um ½6 Uhr das Borsig-Werk seinen Betrieb schließt, haben gleichzeitig die Arbeiter in den Fabriken der Egellsstraße in Tegel, des städtischen Gaswerkes Berlin und der Fabriken in Borsigwalde Feierabend. Während nun die Große Berliner Straßenbahn für die Borsig-Arbeiter Extrawagen einstellt, die um ½6 Uhr oder kurz nachher vor der Fabrik eintreffen, werden die übrigen Arbeiter, die sich meist an den Haltestellen Bernauer Straße und Gefängnis sammeln, nicht so zuvorkommend behandelt. Stundenlang müssen diese Fahrgäste der Straßenbahn mitunter warten, wenn schönes Wetter ist. Das liegt mit daran, daß dann der Ausflugsverkehr in ganz verstärktem Maße nach Berlin zurückflutet. Die Große Berliner Straßenbahn ist bereits in Petitionen mit den Unterschriften sämtlicher beteiligten Arbeiter auf den Uebelstand aufmerksam gemacht worden, irgend welche Abhilfe ist aber nicht erfolgt. Die Arbeiter fühlen sich durch solche Verhältnisse mit Recht geschädigt, kommen sie doch durch das lange Warten auf Beförderung um einen Teil ihrer verdienten Ruhe. Der Straßenbahn aber sollte der Fall gleichzeitig Anlaß geben, nun endlich daran zu denken, der seit fast zehn Jahren geforderten Linienführung einer Straßenbahn nach Reinickendorf-Ost über Borsigwalde näher zu treten.

Spandau.

Umständehalber bleibt die Gewerkschaftsbibliothek noch bis zum 28. August geschlossen, da es infolge von Neuanschaffungen nicht möglich war, die Bibliothek zu dem zuerst angegebenen Zeitpunkt zu eröffnen. Wir ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsgenossen hiervon Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß des Gewerkschaftskartells.

Vermischtes.

Massenunfälle in Köln. Der vorgestrige Menschenzusammenfluß gelegentlich des Eucharistischen Kongresses in Köln hat, wie von dort berichtet wird, eine große Zahl von Verletzungen von Personen im Gefolge gehabt. Am Dom, wo das Hauptgedränge stattfand, erlitten 400 Personen, am Neumarkt 93 Personen Ohnmachtsanfälle. Zehn Kinder wurden durch Fuhrwerke überfahren. Alle Verletzten suchten Zuflucht in Hospitälern und den zahlreichen Sanitätswachen, wo sie mehrere Stunden verbringen mußten. Zwei Personen erlitten Hitzschläge. Auf dem Hauptbahnhofe war bei 550 ein- und ausfahrenden Zügen der Verkehr kaum zu bewältigen. Ueber 30 Personen erlitten Verletzungen durch plötzliches Zuschlagen der Coupötüren.

Abgestürzt. Münchener Meldung zufolge ist an der Alpspitze bei Garmisch ein Münchener, namens Zick, durch Absturz tödlich verunglückt.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Ueber einen folgenschweren Zugzusammenstoß, bei dem elf Personen getötet und etwa 30 Personen verletzt worden sind, wird aus Paris vom gestrigen Tage gemeldet:

Auf der Eisenbahnstrecke Arpajon-Ohéon bei Longjumeau (Dep. Seine-et-Oise) ist gestern abend ein Güterzug auf einen für kurze Zeit haltenden Personenzug aufgefahren. Bei dem äußerst heftigen Zusammenstoß wurden mehrere Wagen zertrümmert, elf Reisende getötet und gegen dreißig verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ☞ Fahrstuhl ☜ wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. H. 32. Offiziell hießen beide Ballons „Z. II". Der bei Echterdingen verbrannte war der vierte von Z. erbaute, der andere ein neues Fahrzeug. — **Isaac Beudien Jz. Almelo.** Wir empfehlen Ihnen: Eberstadt „Das Zunftwesen" 5,— M. und Zimmermann „Bauernkrieg" 5,50 M. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts. — **T. P. 88.** 1. Ausgelernte erstes Jahr 40 Pf., zweites Jahr 43 Pf., alle übrigen Jahre 52 Pf. die Stunde mit Ausnahme von Spezialarbeitern, welche 55 und 65 Pf. erhalten. 2. Eine Lehrstelle ist immer im Großbetriebe vorzuziehen. 3. Wir beschäftigen keine Lehrlinge. 4. Die Knaben müssen die erste Klasse absolviert haben, um Buchdrucker lernen zu können. — **G. O. 23.** Nein. — **M. Sch. 30.** Soll gelegentlich verwendet werden. — **B. T. M.** 1. Ja. 2. Nach rechtskräftig entschiedener Sache. 3. Geldstrafe und Einziehung des Fischernetzes. — **B. H. 100.** 1. Weniger. 2. Mehr. — **M. 3.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Sie müßten bei der Kirchenbehörde reklamieren. Zur Verhütung künftiger ähnlicher Vorkommnisse empfiehlt sich der Austritt aus der Landeskirche. — **W. S. 10.** Entscheidend ist der Inhalt der von Ihnen unterschriebenen Bestellung, der uns nicht bekannt ist. — **L. 222.** Zunächst müßten Sie sich von dem Amtsvorsteher bescheinigen lassen, daß Sie zur Tragung der Kosten außerstande sind und dann müßten Sie unter Darlegung des Sachverhalts und der Angabe der Beweismittel beim Amtsgericht Bewilligung des Armenrechts beantragen. — **333.** Nein. **Stargard.** 1. Falls Ihr Mietsvertrag nichts Gegenteiliges enthält, nein. 2. Klagen Sie auf Herstellung der notwendigen Reparatur. **G. B. 101.** 1. Der Geburtsschein Ihrer Braut ist hinreichend. 2. Erforderlich ist Ihre Geburtsurkunde, Ihre Heiratsurkunde, der Totenschein Ihrer früheren Frau, Ihre Militärpapiere und, falls Kinder aus der ersten Ehe vorhanden sein sollten, ein Auseinandersetzungsschein. **Rix 10.** Aus Ihren Angaben erhellt nicht, ob Ihr Mündel Preuße oder Oesterreicher ist. Hat sich sein Vater mit der Ungarin verheiratet und ihn anerkannt, so ist er Preuße. Ist das nicht der Fall, so ist er Oesterreicher und müßte sich von dort den Paß geben lassen, erhält ihn auch, wenn er nachweist, daß seine Mutter zur Zeit seiner Geburt noch Ungarin war. **G. D. 38.** Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt am Kölnischen Park. Dieselbe ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Zahngebisse zu liefern. **H. W. 86.** Nein.

M. B. 79. 1. Derartige Fragen beantworten wir grundsätzlich nicht. 2. Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen. Vertreter für Berlin ist Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66. — **O. R. 1000.** In solchen Anstalten werden die verschiedensten Waren als Massenartikel hergestellt. In welcher Anstalt nun gerade bestimmte Artikel hergestellt werden, entzieht sich unserer Kenntnis. — **P. S. 100.** Die Hebammengebühren sind in der Nummer unseres Blattes vom 15. Juli veröffentlicht. — **A. G. 22.** Zuverlässige Auskunft erhalten Sie bei der Zentralkommission für Krankenkassen, Engelufer 15. — **W. 80.** Das ist Geschmackssache. Uebrigens hängt das hauptsächlich mehr oder weniger von der soliden Ausführung der Instrumente ab. **J. P. 76.** 1. Nein. 2. Nein. — **Wich., Lindenstr. 3.** Ein Teil der Dorfstraße führte früher den Namen Blücherstraße. Ihre Ansicht ist also irrig. — **Zwei Wettende — Essen.** 1. und 2. Die ersten Worte bezeichnen eine Straße und Nummer dieser belgischen Stadt, welche zu deutsch Lüttig heißt. — **M. Z. 100.** 1. und 2. Verein der Hausangestellten, Bureau, Michaelkirchplatz 1.

Eingegangene Druckschriften.

Süddeutsche Monatshefte. Heft 8. Herausgegeben von P. N. Cohmann. Einzelh. 1,50 M. Selbstverlag in München.

Der kommende Tag. Erwägungen über die Neuordnung des Bodenbesitzes in Deutschland. Von F. von Morawski. 29 Seiten. Druckerei „Praca", Posen.

Die Beamtenbesoldung in Preußen 1909. Von einem Mitgliede der Zentrumsfraktion. Geb. 1,50 M. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag.

Eine Erinnerung an Solferino. Von J. H. Dunant. Anhang: Der Ursprung des Roten Kreuzes. 2 M. Fr. Semminger, Bern.

Die Programme der politischen Parteien in Deutschland. Von K. Mahler. 75 Pf. O. Gracklauer (A. Goldonfer), Leipzig.

Deutsche Humoristen. Bd. 1. („Hausbücherei", Bd. 3.) Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung in Hamburg-Großborstel. Preis geheftet 75 Pf.

Naturphilosophie. Von G. Janssen. 60 Pf. Selbstverlag, Sillenstede (Oldenburg).

Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden. 1. Bd. B. G. Teubner, Leipzig.

Die Verwertung des Obstes von F. Barth. 1 M. K. Greßlein, Leipzig.

Von Löwen und Lausbuben. Fabeln und Zirlefanz von M. Ebel. Umschlagzeichnung von C. O. Petersen. Geh. 2 M., geb. 3 M. **Fräulein Tugendschön,** die edle Gouvernante und andere Humoresken von Karschen (Karl Ettlinger). Umschlagzeichnung von P. Rieth und eine Karikatur Karschens von E. Wilke. Geh. 2 M., geb. 3 M. G. Müller, München.

Witterungsübersicht vom 9. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	765 W		1	heiter	17	Haparanda	752 NW		4	wolkenl	11
Hamburg	766 O		2	heiter	18	Petersburg	755 WNW		4	heiter	14
Berlin	766 Still			Dunst	18	Scilly	764 N		3	halb bd.	16
Frankf. a. M.	763 NO		1	wolkig	21	Aberdeen	765 WNW		1	halb bd.	16
München	765 Still			heiter	18	Paris	762 SSW		3	heiter	20
Wien	765 Still			wolkenl	20						

Wetterprognose für Dienstag, den 10. August 1909.

Anfangs noch vielfach heiter und warm bei schwachen östlichen Winden, später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 8. cm	seit 7. 8. cm [1])	Wasserstand	am 8. 8. cm	seit 7. 8. cm
Memel, Tilsit	216	—5	Saale, Grochlitz	—	—
Pregel, Insterburg	6	—4	Havel, Spandau [2])	49	—1
Weichsel, Thorn	78	0	„ Rathenow [2])	29	+1
Oder, Ratibor	116	—8	Spree, Spremberg [2])	82	0
„ Krossen	181	—1	„ Beeskow	90	0
„ Frankfurt	141	—6	Weser, Münden	—78	—9
Warthe, Schrimm	64	+1	„ Minden	4	—9
„ Landsberg	7	—1	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Bordamm	—20	—4	„ Kaub	254	—3
Elbe, Leitmeritz	5	—7	„ Köln	—	—
„ Dresden	—	—	Neckar, Heilbronn	38	—10
„ Barby	132	—8	Main, Wertheim	115	—5
„ Magdeburg	—	—	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Warenhaus W. Wertheim G. m. b. H.

Friedrichstrasse 110-112 *Passage-Kaufhaus* Oranienburgerstr. 54-56a

Wir bringen von morgen an bis auf weiteres

sämtliche Waren zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf

Auch die zur Vervollständigung der Auswahl neu eingegangene Ware wird zu entsprechend billigen Preisen verkauft

Von der Preisermässigung sind einige wenige Artikel ausgenommen

Sie scheuert

den Fußboden mit Automors-Wasser, da dieses die Krankheitskeime (Bazillen) vernichtet u. reine, gesunde Luft schafft. Dies ist besonders wichtig für Schulräume, Contore, Läden, Krankenzimmer, Wohnräume.

1922L

Abfahrtstelle
Schillingsbrücke
am Schlesischen Bahnhof.

Täglich mit **Musik** früh 9 Uhr, mittag 2 Uhr, nach **Woltersdorfer Schleuse.**
früh 9½, mittags 2 Uhr, nach Gosener Berge neben Berl. Schweiz.
Jeden Dienstag, Freitag früh 10 Uhr nach Neue Mühle. Hin u. zurück 60 Pf.

Manoli
Cigaretten

1190L*

bleiben
die besten
auch für den verwöhntesten Raucher.

Spezialmarken:
Abbas, Dandy, Gibson Girl.

Eingeführt v. d. französisch. u. italienisch. staatl. Tabak-Regien.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

IVO PUHONNY.

So wie die Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überragt, so überragt das aus ihrer Frucht gewonnene Pflanzenfett Palmin alle tierische Fette durch seine Reinheit und Güte.
Palmin eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den

Kapitän-Rauchtabaken

die von hervorragendster Qualität in den verschiedensten Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis 1,50 M.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind.
Spezialität: Feiner Goldshag in roten Düten.
Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort „Kapitän". Päckchen ohne diese Bezeichnung weise man als unecht zurück. 1911L*
Gen.-Vertrieb Karl Röcker, Grüner Weg 112.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28 I** Ecke Ritterstr.

Stempel-Fabrik von 3634L*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1,50 M.** an

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1780L*
Amt 4, 3014.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalausverkauf. Restbestände Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. E. Weißenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125. 2402L

Tüllbettdecken, extra groß, 1.95, 2.25, 3.35, 4.25 usw.

Erbstüllstores, entzückende Ausführungen, 3.45, 3.85 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Schal) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.—, 13.—, 15.— usw. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

Plüschdecken 3.85, 4.85, 6.50, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Steppdecken, Wolle und Similiseide, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Massenverkauf von Möbelstoffresten, Linoleum- und Läuferstoffresten zu Spottpreisen. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 2373K*

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 5 Anzeigen.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,75, Englisch Tüll 2,50, Tüllbettrückwände 6,75. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2243K*

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweilochgaskocher! 5,00. Einlochgaskocher! 0,80. Gasbratbackofen! 8,00. Gasbügelapparat! Gasplätteisen! spottbillig! Gasrohrkronen! 1,50. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Drehrollen, Buttermaschinen, Wiegeschalen, „Berlinea", Waßmannstraße 29 (Katalog kostenlos). *

Fünfzig wöchentlich. Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wäsche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Eisenmöbel, Kronleuchter, Sprechmaschinen, Musikwerke, Trauringe. Granzow, Stargarderstraße 64. *

Rauchtabake, Pfeifen, Ersatzteile. Rixdorf, Steinmetzstraße 30. †108*

Vorjährige hochelegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Maßstoffen, früherer Preis 60—90, jetzt 20—40, werden täglich im Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft. *

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1611L*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1613L*

Bekanntmachung! Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Pfänderverkauf! Riesengroßer Bettenverkauf! Brautbetten! Wunderbare Aussteuerwäsche! Steppdecken! Gardinen! Plüschtischdecken! Prachtteppiche! Hochelegante Herrengarderobe! Extrabillige Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Verkauf täglich, auch Sonntags. 2386K*

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 871b*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 872b*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Hermannplatz 6. Staunend billige Pfänderverkäufe! Bettenverkäufe! Aussteuerwäsche! Taschenuhren! Freischwinger! Gardinenverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Extrabillige Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! „Jedermanns Wareneinkauf, ebenfalls Sonntags." 108†*

Ladeneinrichtung, eventuell einzelne Regale verkauft Harkert, Krossenerstraße 20. †129

Plüschtischdecken, staunend billiger Massenverkauf! wundervolle, bestickte 5,85, 6,75 bis 13,50. Gloriatuchdecke 1,55, 2,25 usw. Teppichhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt. *

Rolle und Ladeneinrichtung zu verkaufen Ebenaerstraße 16 II rechts.

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Geschäftsverkäufe.

Parteilokal, gutgehend, veränderungshalber zu verkaufen. Näheres Reinickendorf-West, Birkenstraße 69, bei Roemer. Nachmittags 5 Uhr ab.

Milch-, Kolonialwaren-Geschäft billig zu verkaufen Rixdorf, Schillerpromenade 11. †108*

Gutgehendes Parteilokal sofort billig zu verkaufen. Näheres Spedition Petersburger Platz 4. †36

Restauration mit Taubenbörse verkauft billig Bankstraße 87. †83

Möbel.

Wegen baupolizeilicher Räumung spottbilliger Möbelverkauf Andreasstraße 30, gegenüber Markthalle. *

68 billige Wohnungs-Einrichtungen und einzelne Möbelstücke kommen in meinem Aufbewahrungsspeicher Lothringerstraße 26 zum billigsten Verkauf! Viel billiger wie im Möbelgeschäft, darum Augen auf. Bitte auf Nummer 26 Lothringerstraße zu achten, da in der Straße mehrere Möbelgeschäfte sind! Verkauf nur Hof, Speicher! Transport frei. *

Hohes Doppelschreibpult nebst zwei Drehstühlen billigst verkäuflich Malmöerstraße 24, I rechts. 6525*

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716K*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 2356K*

Möbeltischlerei, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (am Moritzplatz), Hof, Fabrikgebäude, liefert reelle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl. Ratenzahlung. Harnack, Tischlermeister. Genossen 3 Prozent. 1958K*

Möbelausverkauf. Wegen Todesfall bedeutend herabgesetzte Preise. Wiehr, Petersburgerstraße 62. *

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue. Kleiderspind, Vertiko 18, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Küchenspind 10, Bettstelle mit Matratze 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Chaiselongue mit Decke 19, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofas 68, Säulentrumeau 30, Nußbaumbüfetts, Bücherspinde, englische Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Waschtoiletten 20. Ratenzahlung. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Lothringerstraße 69. 222/14*

Polstermöbel - Fabrik Heinrich Stargardt, Dresdenerstraße 107/108, verkauft billig Paneelsofa mit Spiegel 60,00, elegante Taschensofas 45,00, Herrenschreibtische 30,00, Säulentrumeaus 28,00, Bettstellen mit Matratze 18,00, Waschtoiletten 20,00, Kleiderschrank 24,00, Ausziehtisch 15,00, komplette Wohnungs-Einrichtung 150,00 an, bunte Küchen sehr billig.

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Verkaufe 2 mahagoni Schränke, Vertiko, Spiegelspind mit Spiegel, Eckspind mit Spiegel, Waschtisch mit Marmor, Sofa, verschiedene Tische, Wiener Schaukelstuhl, Teppiche, Läufer, Bettstellen mit Betten, Badewanne, Kupferkessel, Küchenschrank, Sofabezüge. Rummelsburg, Friedrichstraße 41b, Borth. †129

Für Selbstverkäufer! Einige Spiegel mit Konsole, ein Tisch verzugshalber billig Münzstraße 20, vorn II, bei Friedrich. †65*

Möbelverkauf! Echtes Vertiko 25,—, Spiegelspind, Spiegel 12,—, Kommode 12,—, Kleiderschränke, Plüschsofa, Küchenspind 12,—, Bettstellen 15,— Dresdenerstraße 124. *

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683K*

Halbrenner und Damenrad, schönes, modernes 35,00, Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu. *

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

400 Damenräder, 15,—, 20,—, 25,—, 30,—. Neue 45,—, 50,—, 55,—, Machnow, Weinmeisterstraße 14. Verlangen Sie Prachtkatalog gratis und franko. 2354K*

1000 Brennabor-, Adler-, Dürkopp-räder usw, 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Auch Einzelverkauf, Engrospreise. Fahrradgroßhaus Machnow, Weinmeisterstraße 14. Verlangen Sie Prachtkatalog gratis und franko. *

Fahrräder. Teilzahlungen ohne Preisaufschlag, Zubehör, Gummi, staunend billig. Lothringerstraße 40 und Steglitz, Schloßstr. 116. 2020K*

Musik.

Sprechmaschinen, eigene Fabrikation, staunend billig. Teilzahlung. Lothringerstraße 40 und Steglitz, Schloßstraße 116. 2361K*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

1000 Mark Belohnung. Verloren Freitag lederne Handtasche: Pfandbriefe, Wechsel, Sparkassenbücher — sofort gesperrt — 2 goldene Uhrketten. Abzugeben Kurfürstenstraße 20, Clemenz, oder Polizeipräsidium.

Die Beleidigung gegen Herrn John und Braut nehme ich hiermit zurück. K. Scholz, Neue Hochstraße 45.

Gesangchor, großer, mit eigenem Orchester (Dilettanten erwünscht), sucht stimmbegabte Damen, Herren. Teilnahme, Ausbildung kostenlos. Persönliche Meldungen Musikdirektor, Gormannstraße 1. 274/18*

Elsholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 8785*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Vereinszimmer, großes, Bankstraße 84, Ecke. †93*

Aufpolierung sämtlicher Polstersachen reell, billig. Freitag, Weißenburgerstraße 69. 849b*

Leihhaus Merkur, G. m. b. H., beleiht hoch und kauft Lexika, Goldwaren, Klaviere, Möbel, ganze Wohnungseinrichtungen, Stoffe, ganze Warenposten, Große Frankfurterstraße 116 I. VII. 579. 2161K*

Technikum. Elektrotechnik. Maschinenbau. Hochbau. Tiefbau. Architektur. Steinmetz-, Kunstschlosserschule. Gas. Wasser. Heizung. Abendkurse. Tageskurse. (Staatliche Aufsicht.) Neanderstraße 3. 2362K*

Bauschule. Polierkurse. Techniker-, Meisterkurse. Handwerkskammer alle bestanden. Statik. Entwerfen. Kostenanschlag. Tageskurse. Abendkurse. (Staatliche Aufsicht.) Neanderstraße 3. 2363K*

Vermietungen.

Urbanstraße 7 Laden mit Wohnung, bisher flottgehendes Vorkost- und Gemüsegeschäft, Oktober vermietbar. 850b*

Wohnungen.

Kaiser-Friedrichstraße 176, Rixdorf, 2 Zimmer, Zubehör, Gas 26,50, sofort oder später. 823b*

Billige Hofwohnungen Am Schlesischen Bahnhof 3. 843b*

Zimmer.

Stube mit Benutzung der Küche und Garten, passend für Frau, Rummelsburg, Friedrichstraße 41b, Borth. †129

Mietsgesuche.

Möblierte Schlafstelle sucht anständiges Mädchen 15. September im Südosten. Otto, Wendenstraße 3, vorn 3 Treppen. †17

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Bürstenmacher, Holzwerker, auf Schneidebank und Fräse verlangt Wiesteny, Ackerstraße 133. 876b

Marmor-Maschinenschleifer verlangt Daniel, Mariendorf, Eisenacherstraße. 877b

Geübte Rundstuhl-Arbeiter oder Arbeiterinnen für deutsche Stühle werden verlangt Nieder-Schöneweide, Anton Alfred Lehmann. 858b*

Arbeiterinnen auf Damenpaletots. Briest, Scharnweberstraße 63. †117*

Mamsells auf Jacketts verlangt im Hause Freybrodt, Görlitzerstraße 69.

Paletot-Mamsells, auch lernen. Apel, Bücklerstraße 26. 89/3

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. — Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2339K*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**
Fräserei **Schendler,** Blumenstraße.
Firma **Staats,** Oberbaumstr. 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Kottbus, Rathenow, Muskau, Segeberg (Holstein) u. Magdeburg.**
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.
Für **Einsetzer:**
die Bauten **Korneliusstraße 30 in Lankwitz** und **Windscheidstr. 8 in Charlottenburg.**
Für **Stellmacher:**
Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.